

ATLAS DER MIGRATION

Neue Daten und Fakten
über Menschen in Bewegung




ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Der **ATLAS DER MIGRATION. NEUE DATEN UND FAKTEN ÜBER MENSCHEN IN BEWEGUNG** ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

herausgegeben von Johanna Bussemer, Franziska Albrecht, Dorit Riethmüller und Christian Jakob
redaktionelle Koordination: Christian Jakob

Projektmanagement und Datenrecherche: Dietmar Bartz
Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar 

Dokumentation und Schlussredaktion: Andreas Kaizik, Hannah Pöhlmann (Infotext GbR)

Mit Originalbeiträgen von Dany Bahar, Dorothea Biaback Anong, Johanna Bussemer, Phoebe Daliani, Petra Ezzeddine, Alice Fritze, Laura Goßner, Vera Hanewinkel, Thomas Hohlfeld, Florian Horn, Christian Jakob, Yuliya Kosyakova, Michaela Kreyenfeld, Stephan Liebscher, Daniela Majstorović, Karolina Novinšćak Kölker, Jochen Oltmer, Barbara Orth, Maria Oshana, Liza Pflaum, Katrin Radtke, Bentley Schieckoff, Bernard Schmid, Antonie Schmiz, Sören Schneider, Alina Schürmann, Eberhard Seidel, Maximilian Sprengholz, Federico Tomasone, Amali Tower, Zuzana Uhde, Laetitia van der Veen, Frances Webber, Bartosz T. Wielniński

Cover: Ellen Stockmar

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist allein die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder.

Für ihre Beiträge sind allein die Autor:innen verantwortlich. Die Inhalte entsprechen nicht zwingend den Positionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Grenzverläufe zeigen die Erhebungsgebiete der Statistik an und treffen keine Aussage über politische Zugehörigkeiten.

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein, Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Auflage, November 2022

Druck: Bonifatius GmbH Druck – Buch – Verlag, Paderborn
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier



Dieses Werk steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen. Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis „Bartz/Stockmar, CC BY 4.0“ in der Nähe der Grafik steht, bei Bearbeitungen „Bartz/Stockmar (M), CC BY 4.0“



ADRESSE ZUR KOSTENFREIEN BESTELLUNG UND ZUM DOWNLOAD

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
www.rosalux.de/atlasdermigration

Der **ATLAS DER MIGRATION** erscheint online als **ATLAS OF MIGRATION** auch auf Englisch.
www.rosalux.de/atlasofmigration

ATLAS DER MIGRATION

Neue Daten und Fakten
über Menschen in Bewegung

2022

INHALT

02 IMPRESSUM

06 VORWORTE

08 12 KURZE LEKTIONEN ÜBER DIE WELT DER MIGRATION

10 GESCHICHTE MENSCHEN IN BEWEGUNG

In den letzten Jahrhunderten haben viele Millionen Menschen ihre Heimat verlassen oder verlassen müssen. Das Ende ihrer häufig riskanten Reisen bedeutete für die einen ein besseres Leben, für die anderen Sklaverei über Generationen.

12 GEGENWART NEUER HÖCHSTSTAND

Arbeit, Selbstbestimmung und Sicherheit gehören zu den Hauptgründen der Migration. Nach offiziellen Angaben steigt sie von Jahr zu Jahr. Herkunfts- und Zielländer liegen meist in der gleichen Weltregion oder die Migration findet innerhalb eines Landes statt.

14 GEWALT FLUCHT VOR DEM KRIEG

Die meisten Menschen, die sich vor Kampfhandlungen außer Gefahr bringen wollen, suchen im eigenen Land Schutz. Wer ins sichere Ausland will, muss oftmals Regionen durchqueren, die ebenfalls gefährlich sind.

16 UKRAINE SCHUTZ FÜR MILLIONEN

Kein anderer Krieg der Neuzeit hat so schnell so viele Menschen zu Flüchtlingen gemacht wie der russische Überfall auf die Ukraine. Offene Grenzen erleichterten vor allem Frauen und Kindern die Suche nach Schutz.

18 KLIMA DIE UMWELT ALS GEFAHR

Wetterbedingte Ereignisse, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, vertreiben Millionen Menschen. Doch der Status Klimaflüchtling oder Umweltmigrant:in ist bisher nicht anerkannt.

20 REGIONALPOLITIK UNTERSCHÄTZTE MOBILITÄT

Beispiel Westafrika: Die alten Kolonialgrenzen

nehmen keine Rücksicht auf die Wanderungen der vielen ethnischen Gruppen in der Region. Die Afrikanische Union bemüht sich, die Grenzen durchlässiger zu machen und die traditionelle Mobilität zu fördern – doch die EU will das verhindern.

22 FRONTEx IM VORFELD DER GRENZE

Die EU versucht die Migration auch jenseits ihres Territoriums zu kontrollieren – besonders in Afrika. Wichtigstes Ziel: Weniger Flüchtlinge sollen über das Mittelmeer kommen – und am besten gar nicht erst dorthin gelangen.

24 HILFE WO KRIMINALISIERUNG DROHT

Menschenhandel, Spionage, gar Terrorismus – mit solchen Vorwürfen geht die Justiz gegen Geflüchtete vor, weil sie unerlaubt eingereist sind, und gegen Aktivist:innen, weil sie ihnen auf Hoher See oder in den Bergen das Leben gerettet haben. Das soll einschüchtern.

26 KARTEN IM DIENSTE DER MÄCHTIGEN

Je mehr Institutionen georeferenziertes Wissen über Migration produzieren, umso wichtiger wird es, sich mit der Macht von Karten, kartografischem Denken und den von ihnen vermittelten Repräsentationen von Raum zu beschäftigen.

28 VISA KÄUFLICHE FREIHEIT

Grenzenloses Reisen ist – offiziell – innerhalb der Europäischen Union selbstverständlich. Der richtige Pass macht es auch möglich, weltweit frei unterwegs zu sein. Wer ihn nicht hat, merkt schnell, dass der Geldbeutel über die Bewegungsfreiheit entscheidet.

30 PAPIERLOSIGKEIT DAS BLEIBEN ERLAUBEN

Für Migrant:innen bedeutet ein Leben ohne gültigen Aufenthaltsstatus, in besonders starkem Maße der Ausbeutung und Diskriminierung, aber auch der Angst vor Abschiebung ausgesetzt zu sein. Viele Länder setzen auf eine Regularisierung – aber nur von Zeit zu Zeit.

32 ABSCHIEBUNG LANGER WEG ZURÜCK

Wer in der EU mit einem Asylantrag endgültig scheitert und damit ausreisepflichtig wird, kann von den Behörden eine Duldung erhalten, bevor die „freiwillige“ Ausreise oder die gewaltsame Abschiebung droht.

34 RECHTSEXTREMISMUS IDENTITÄT UND EMOTION

Einwanderung, Islam, Putin – in verschiedenen europäischen Ländern legen nationalistische Parteien bei ihren Freund- und Feindbildern einen gewissen Opportunismus an den Tag.

36 ARBEIT DIE GROSSE MOBILISIERUNG

Viele Menschen weltweit sind bereit, für einen neuen Job ihren Wohnort zu wechseln. Mit der Globalisierung macht diese Mobilität häufig nicht mehr an Ländergrenzen halt. Aber Arbeitsmigration wird oft durch erhebliche Hürden behindert.

38 PARTIZIPATION DABEI SEIN IST VIEL

Trotz der langen Einwanderungsgeschichte sind die Barrieren für Menschen ohne deutschen Pass für eine Beteiligung an der Politik in Deutschland noch immer hoch. Menschen mit Migrationserfahrungen sind deshalb auf allen politischen Ebenen im Vergleich zu ihrem Anteil in der Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert.

40 RÜCKÜBERWEISUNGEN GELD AUS DER FERNE

Das Ersparte, das Migrant:innen in ihre Herkunftsländer schicken, ist dort enorm wichtig. Unter Ökonom:innen gilt es auch als Kompensation für die Ausbildungskosten der Ausgewanderten und für weniger Staatseinnahmen in den Herkunftsländern.

42 FRAUEN ARBEIT MIT HINDERNISSEN

Wenn die Migration von Frauen untersucht wurde, dann oft lediglich als zweitrangiges Phänomen, bestimmt von den Migrationsentscheidungen des männlichen Partners. Allerdings sind Frauen seit jeher selbstbestimmt migriert, und eine wachsende Zahl tut dies auch heute.

44 SORGEARBEIT DIE PFLEGEWANDERUNG

Wenn mehr Menschen älter werden, brauchen sie auch mehr Pflege. Und wenn dafür heimische Arbeitskräfte fehlen, machen die höheren Löhne Frauen aus ärmeren Nachbarländern zu Migrantinnen – trotz eigener Familie.

46 LANDWIRTSCHAFT JOBS MIT AUSREISEPFLICHT

Saisonarbeiter:innen werden in der Landwirtschaft vor allem zur Pflanz- und

Erntezeit angeheuert, wenn der Bedarf an Arbeitskräften besonders hoch ist. Anwerbungen finden in immer neuen Ländern statt.

48 STÄDTE MUTIGE LOKALPOLITIK

Manche Stadtverwaltungen betreiben eine humanitäre und inklusive Migrationspolitik – gegen die restriktiven Bestimmungen der höheren Ebenen. Oft regen zivilgesellschaftliche Bündnisse dieses Vorgehen an.

50 SELBSTORGANISATION IM EIGENEN NAMEN

Migrant:innen entwickeln unterschiedlichste Formen der Selbsthilfe und -organisation. In der südeuropäischen Landwirtschaft haben sie gemeinsam mit Basisgewerkschaften Rechte durchsetzen können.

52 BOSNIEN UND HERZEGOWINA VERLORENE ZUKUNFT

Neue Regelungen seit 2015 erleichtern es Migrationswilligen, in Deutschland zu arbeiten. Unter jungen Bosnier:innen, die pessimistisch auf ihr Land blicken, trägt dies zu einer neuen Auswanderungswelle bei.

54 POLEN LAND DER DOPPELMORAL

Der Arbeitsmarkt zeigt die Widersprüche der nationalkonservativen Regierung Polens auf. Ukrainische Arbeitskräfte sind willkommen, Menschen aus anderen Ländern nicht. Und einige Tausend ins Land geholte Asiat:innen möchte man nicht zur Kenntnis nehmen.

56 GRIECHENLAND LEIDEN IM LAGER

Das Leben von Geflüchteten wird in Griechenland brutal reglementiert. Das Ziel: Abschreckung und Zermürbung. Berüchtigt sind auch die illegalen „Pushbacks“ der griechischen Küstenwache.

58 DEUTSCHLAND UNGLEICHES LEBEN

Für viele Millionen Menschen aus der ganzen Welt ist Deutschland zur neuen Heimat geworden. Eine moderne Gesellschaft ist auf diese Einwanderung angewiesen.

60 AUTOR:INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

VORWORTE

DEN BLICK AUF MIGRATION VERÄNDERN

Mit diesem zweiten „Atlas der Migration“ legt die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine komplett neue Ausgabe mit zahlreichen aktuellen Texten und Themen vor. Neben Länderbeispielen und einem Schwerpunkt auf Arbeitsmigration und Pflege widmen wir uns auch den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Vierzehn Millionen Ukrainer:innen haben seit dem Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 Schutz vor dem Tod in und außerhalb der Ukraine gesucht. Und auch viele junge russische Männer fliehen nun vor der Einberufung durch ihre Regierung.

Schon im letzten Atlas haben wir davon erzählt, dass Schutz meistens bei den Nachbarn gesucht wird, damals noch am

Beispiel von Ländern des Globalen Südens wie Syrien und Afghanistan. Jetzt ist in Europa ein Nachbar in Not.

Die wenigsten Menschen migrieren freiwillig. Der Klimawandel mit seinen verheerenden Folgen zwingt immer öfter Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Aber auch die Suche nach Arbeit und einem besseren Einkommen veranlasst Menschen, sich auf den Weg zu machen. Migration hat viele Realitäten. Dieser Atlas soll all diejenigen unterstützen, die sich für eine Gesellschaft der Vielen engagieren. Er will den Blick auf Migration verändern und für Offenheit und Pragmatismus werben.

Daniela Trochowski
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Johanna Bussemer, Dorit Riethmüller, Franziska Albrecht
und Christian Jakob**
Herausgeber:innen des Atlas der Migration

Während manche Menschen mit ihrem Pass und ihrer Hautfarbe die Möglichkeit haben, sich in der Welt ungehindert zu bewegen und den eigenen Aufenthaltsort frei zu wählen, können sich andere nicht einmal vor Armut, Krieg und Terror in Sicherheit bringen. Hundert Millionen Menschen sind im Jahr 2022 weltweit auf der Flucht, die meisten von ihnen in Ländern des Globalen Südens. Sie befinden sich zum Teil über Jahre und Jahrzehnte in einer ungeschützten Situation, die ein sicheres Ankommen und würdiges Leben verhindert.

Darüber hinaus beobachten wir, dass die EU-Staaten das System von Abschreckung und Entrechtung in unserer direkten Nähe an den EU-Außengrenzen weiter vorantreiben. In diesem Jahr massakrierten Grenzbeamt:innen am Zaun zu der spanischen Exklave Melilla Dutzende Menschen. Täglich sterben viele weitere auf dem Mittelmeer, während die europäischen Staaten, die das verhindern könnten, nicht nur volle Kenntnis von der Situation haben, sondern deren Rettung aktiv verhindern.

Auch über Europa hinaus sind Militarisierung und Abschottung an der Tagesordnung. An der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze, vor Australien und in der Sahara – überall greifen hochgerüstete Staaten in Migrationsbewegungen so stark ein, dass Menschen durch aktive Gewalt oder durch Unterlassen von Hilfe getötet werden. Die Klimakrise, von Konzernen aus dem Globalen Norden maßgeblich angefeuert, wird zunehmend Menschen zur Flucht treiben. Zu Recht kämpfen Organisationen dafür, den Klimawandel als Fluchtursache anzuerkennen.

Als Bürger:innen eines Staates, der nicht nur über Jahrhunderte durch die Kolonialisierung unsägliche Schuld auf sich geladen hat, sondern auch heute das Weltgeschehen stark prägt, stehen wir in besonderer Verantwortung, uns für sichere Fluchtwege, rechtsstaatliche Verfahren und gute Lebensbedingungen für alle einzusetzen.

Clara Bünger
MdB Die Linke, Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik

Um an Nahrung zu kommen oder Brutstätten zu finden, ziehen viele Tiere zu bestimmten Zeiten an bestimmte Orte, ohne Rücksicht auf existierende Grenzen. Ähnlich der Tierwelt ziehen auch die Menschen umher. Sie sind Migrant:innen und haben sich auf diese Weise über die ganze Erde ausgebreitet. Ihre Ortswechsel sind entweder periodisch oder von langer Dauer. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, die dieses universelle Merkmal festschreibt, heißt es in Artikel 13: „Jeder Mensch hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Wohnsitz frei zu wählen. Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

Bei genauerer Betrachtung war die Erklärung von 1948 alles andere als universell. Tatsächlich wurde 1948 die große Mehrheit der nicht weißen Bevölkerung von der weißen

Mehrheitsgesellschaft als vermeintliche Untermenschen betrachtet. Auch heute noch können sich nicht alle Menschen frei bewegen. Grenzen, die für manche zu unüberwindbaren Mauern werden, existieren nicht für alle.

Werden diejenigen, die an sie stoßen, als weniger wertvoll angesehen als wandernde, umherziehende Tiere? Wer entscheidet über das Recht oder das Verbot, bestimmte Grenzen zu passieren? Ist es für Reiche nicht leichter, sie zu überqueren, als für Arme? Jahrhunderte lang hat der Globale Norden, der Okzident, die Erde kolonialisiert, weil er dachte, sie gehöre ihm. Es stellt sich also die Frage: Wem gehört die Erde heute?

Lilian Thuram
Französischer Autor und Ex-Fußballer, Weltmeister 1998 und Stiftungsdirektor der Fondation Education contre le racisme, pour l'égalité (Stiftung gegen Rassismus, für die Gleichheit)

12 KURZE LEKTIONEN

ÜBER DIE WELT DER MIGRATION

1 Menschen sind schon immer gewandert. Die **GESCHICHTE** der Menschheit ist auch eine Geschichte von Migration. Jede moderne **GESELLSCHAFT** und jede Nation ist heute ein Ergebnis von **MOBILITÄT**.



2 Menschen fliehen vor Krieg und Umweltkatastrophen oder gehen zum Arbeiten und Leben in andere Länder. Nie gab es mehr Migrant:innen als heute, doch ihr **ANTEIL** an der Weltbevölkerung ist **SEHR KLEIN**.



3 Wo Migrant:innen ankommen, werden sie oft **DISKRIMINIERT**. Sie bekommen weniger Lohn, schlechtere Wohnungen und haben schlechtere Bildungschancen. Auch ihre Kinder und Enkel:innen gelten teils noch als „**FREMD**“.



4 Migrant:innen nehmen häufig **SCHLECHT BEZAHLTE** oder informelle Arbeit an, weil ihnen der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt oder Sozialleistungen verwehrt werden.



5 Die **ARBEITSLEISTUNG** von Migrant:innen wird von vielen Gesellschaften in Anspruch genommen, aber um ihre **RECHTE** müssen sie oft kämpfen. Von diesen Kämpfen können auch andere profitieren – etwa einheimische Arbeiter:innen, wenn sich alle gemeinsam gegen Ausbeutung wehren.



6 **GUT AUSGEBILDETE MENSCHEN** gehen aus armen Ländern oft ins Ausland. Dort können sie mehr verdienen. Weil sie meist **GELD ZURÜCKSCHICKEN** und teils auch besser qualifiziert **ZURÜCKKEHREN**, ist Migration auch für Entwicklungsländer gut.



7 Menschen aus dem Globalen Norden bekommen leicht **VISA**. Sie dürfen fast überallhin **UNGEHINDERT** reisen und können in viele Länder auswandern. Umgekehrt wird diese Bewegungsfreiheit den meisten anderen Menschen auf der Welt **VERWEIGERT**.



8 Für arme Menschen und eine große Zahl von Flüchtenden gibt es **KEINE LEGALEN WEGE**. Oft müssen sie Schlepper:innen Geld bezahlen, um über Grenzen zu gelangen. Auf diesen sehr **GEFÄHRLICHEN** Routen **STERBEN** deshalb viele Menschen.



9 Immer mehr Menschen müssen wegen des **KLIMAWANDELS** an andere Orte ziehen. Dafür ist die Lebensweise der Menschen in den Industriestaaten mitverantwortlich. **KLIMAFLÜCHTLINGE** haben deshalb ein Recht auf Unterstützung.



10 Die EU versucht heute schon weit **VOR IHREN EIGENEN GRENZEN** Migrant:innen zu stoppen. Dafür nimmt sie schwere Menschenrechtsverletzungen in Kauf. Vor allem in Afrika können sich Menschen deshalb nicht mehr überall **FREI BEWEGEN**.



11 **FRAUEN UND MÄDCHEN** migrieren heute immer häufiger allein – weil sie vor Gefahren fliehen, mehr verdienen, ihr **LEBEN FREIER** gestalten oder ihren Familien helfen wollen. Auf ihrem Weg und nach der Ankunft brauchen sie besonderen **SCHUTZ**.



12 Eine Gesellschaft, in der Einheimische und Zugewanderte miteinander leben, ist der **NORMALFALL**, nicht die Ausnahme. Die Grundlage dafür ist **SOLIDARITÄT** – die Bereitschaft zu teilen.

MENSCHEN IN BEWEGUNG

In den letzten Jahrhunderten haben viele Millionen Menschen ihre Heimat verlassen oder verlassen müssen. Das Ende ihrer häufig riskanten Reisen bedeutete für die einen ein besseres Leben, für die anderen Sklaverei über Generationen.

Menschheitsgeschichte ist Migrationsgeschichte. Menschen sind keineswegs erst in der Moderne mobil geworden. Sie überwand bereits weite Distanzen, bevor es die heutigen Massenverkehrsmittel gab. Ein Mythos ist auch die Vorstellung, in der Vergangenheit sei Migration immer darauf ausgerichtet gewesen, sich dauerhaft an anderer Stelle niederlassen zu wollen. Tatsächlich kennzeichnen Rückwanderung, saisonale Bewegung und Fluktuation die lokalen, regionalen und globalen Wanderungen in Vergangenheit wie Gegenwart.

Von globaler Migration, also von Mobilität über die Grenzen der Kontinente hinweg, kann erst seit Beginn des Kolonialismus ab etwa 1500 n. Chr. gesprochen werden.

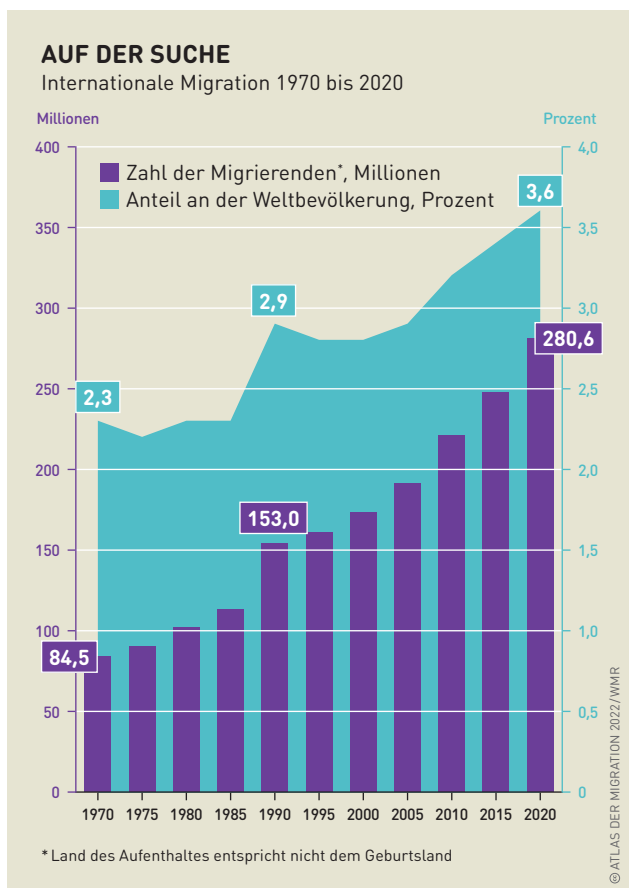
Ein wichtiger Faktor war dabei der Sklav:innenhandel. Bis zu zwölf Millionen Menschen wurden vom 16. bis zum 19. Jahrhundert aus Westafrika nach Amerika verschleppt. Ostafrika wiederum war Herkunftsraum von Millionen versklavter Menschen, die vor allem auf der Arabischen Halbinsel arbeiten mussten.

In Europa wuchs im 19. Jahrhundert die Zahl der Menschen rapide an, die dem Kontinent den Rücken kehrten. Der kleinere Teil dieser Wandernden zwischen den Kontinenten ging über Land nach Osten und siedelte sich vornehmlich in den asiatischen Gebieten des Russischen Reiches an. Der weit größere Teil überwand die maritimen Grenzen Europas westwärts. Von den 55 bis 60 Millionen Menschen, die zwischen 1815 und 1930 nach Übersee zogen, gingen mehr als zwei Drittel nach Nordamerika. Rund ein Fünftel wanderte nach Südamerika ab. Etwa sieben Prozent erreichten Australien und Neuseeland. In ihren Siedlungsgebieten veränderte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung. Es entstanden gleichsam neue Europas.

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der Auswanderung, begann zugleich die Geschichte Europas als Einwanderungskontinent, zu dem er sich nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig wandelte. Viele Menschen kamen aus den ehemaligen Kolonien vor allem in Hauptstädte wie London, Paris oder Brüssel. Der Wirtschaftsaufschwung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg führte dazu, dass die dortigen Regierungen sogenannte Gastarbeiter:innen in Südeuropa anwarben, die später ihre Familien nachholten. Bis zur Öffnung des Eisernen Vorhangs 1989 flohen oder übersiedelten auch viele Menschen aus den Ländern des damaligen Ostblocks in den Westen. Nach 1989 stieg ihre Zahl noch erheblich an.

In den USA setzte ab 1965 eine zweite Welle der Migration ein. Damals liberalisierten die USA ihr Einwanderungsrecht. Bis Ende 2021 stieg daraufhin die Zahl der Migrant:innen auf 46 Millionen, davon fast genau die Hälfte aus Lateinamerika.

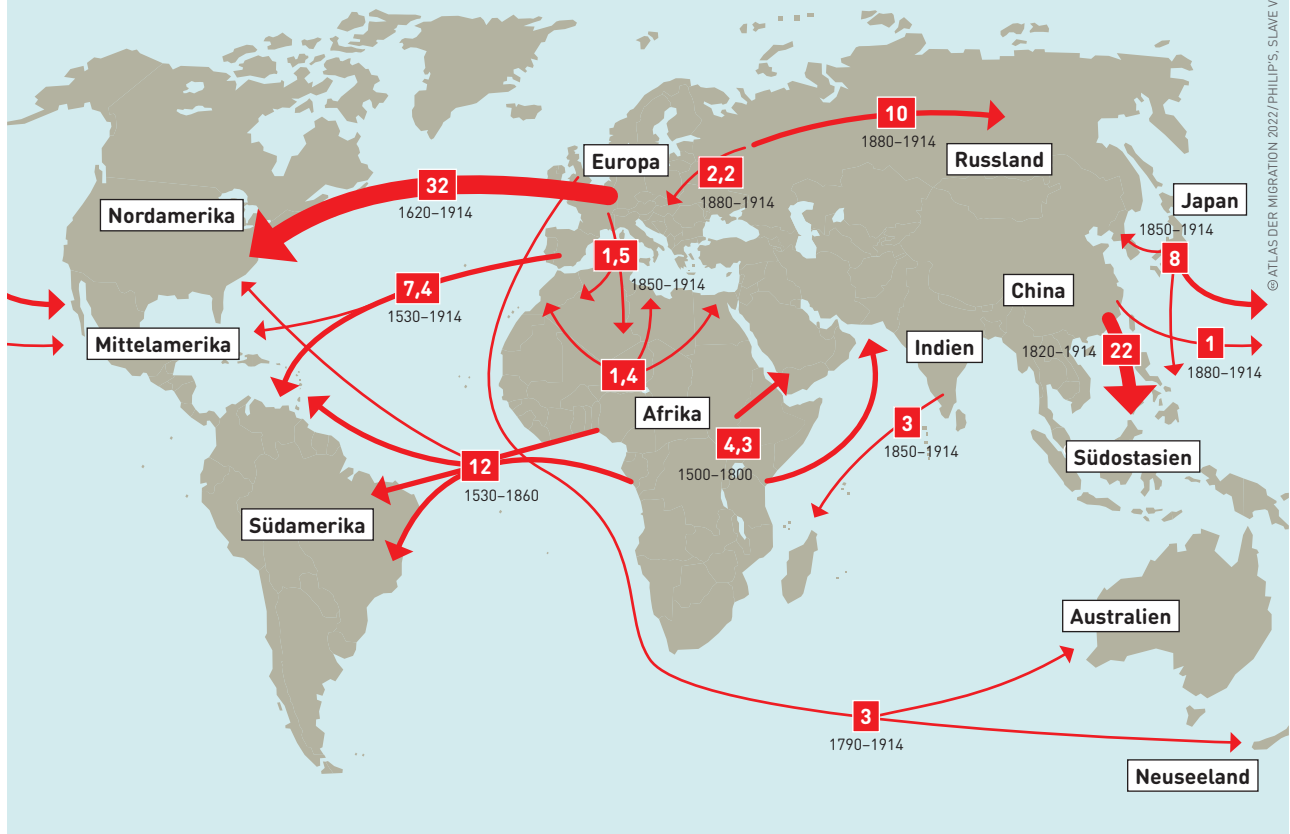
Selten gingen oder gehen Migrierende in eine völlig unbekannte Fremde. Die Bewegung innerhalb von verwandtschaftlich und bekanntschaftlichen Netzwerken war immer schon ein tragendes Element der Mobilität. Migration war nie Selbstzweck oder gar Ziel – der dauerhafte oder zeitweilige Aufenthalt an anderen Orten sollte den Migrierenden die Möglichkeit geben, ihr Leben



Ungleiche globale Wohlstandsverteilung, mehr Information und bessere Verkehrswege fördern die internationale Migration

AUF DEM LAND UND ÜBER WASSER

Herkunfts- und Zielregionen der jüngeren Migrationsgeschichte, 1500 bis 1914, Auswahl, in Millionen Menschen



selbstbestimmter zu gestalten. Das gilt für die Suche nach Arbeit oder Bildung ebenso wie für das Streben nach Autonomie, um zum Beispiel arrangierten Ehen zu entfliehen oder Wünsche bei der Berufswahl zu verwirklichen.

Seit jeher kann Migration aber auch eine Folge der Androhung oder Anwendung von Krieg oder Gewalt sein. Nicht erst in der Gegenwart ist die Vorstellung verbreitet, durch die Nötigung zur Migration ließe sich Herrschaft stabilisieren oder könnten politische Interessen durchgesetzt werden. Flucht, Vertreibung oder Deportation treten auf, wenn vornehmlich staatliche Akteure, Lebens- und Überlebensmöglichkeiten sowie körperliche Unversehrtheit, Rechte und Freiheiten, politische Partizipation, ferner die Souveränität und Sicherheit von Einzelnen oder Kollektiven so weit beschränken, dass Menschen sich zum Verlassen ihrer Herkunftsorte gezwungen sehen.

Schon die heiligen Schriften des Judentums, des Christentums und des Islam sind durchsetzt mit Berichten über Schutzsuchende und deren Aufnahme oder Abweisung. Rom, so lautete die Botschaft der Überlieferung aus der Antike, sei deshalb so mächtig geworden, weil es immer und in großer Zahl verfolgte aufgenommen habe. In den folgenden Jahrhunderten gab es bereits Regelungen zum Asyl. Differenzierte, national und international gültige Normen, die verfolgte und vor Gewalt fliehende Menschen schützen sollten, entstanden erst viel später,

Vom Kolonialismus bis ins Industriezeitalter nahmen über 100 Millionen Menschen an weiten Wanderungen teil oder wurden als Sklav:innen verkauft

seit dem Ersten Weltkrieg. Als Wegmarke im überstaatlich vereinbarten Recht gilt die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Die häufig gestellte Frage, ob es heute mehr Migration als früher gebe, lässt sich schwer beantworten. Für viele Zeiträume gibt es keine Daten, und zudem wird der Begriff Migration sehr unterschiedlich definiert. Festzustellen ist, dass die Zahl jener, die sich als Binnenwandernde innerhalb von Territorien bewegten, schon immer hoch war – etwa durch den folgenreichen und langen Prozess der Verstädterung. Die Wanderung vom Land in die Stadt, die Urbanisierung, war Voraussetzung und Ergebnis der Industrialisierung. Doch nur der geringste Teil der Menschen hat in den vergangenen Jahrhunderten Bewegungen über größere Distanzen, über staatliche oder gar kontinentale Grenzen unternommen.

Migration, vor allem über große Distanzen, ist ein sehr voraussetzungsvoller sozialer Prozess. Dennoch bleibt er eine Konstante der menschlichen Entwicklung. Keine moderne Gesellschaft, kein heute existierender Nationalstaat und auch keine große Stadt würde ohne Migration existieren. —

NEUER HÖCHSTSTAND

Arbeit, Selbstbestimmung und Sicherheit gehören zu den Hauptgründen der Migration. Nach offiziellen Angaben steigt sie von Jahr zu Jahr. Herkunfts- und Zielländer liegen meist in der gleichen Weltregion oder die Migration findet innerhalb eines Landes statt.

Die Vereinten Nationen erfassen regelmäßig die Zahl der Menschen, die zeitweise oder dauerhaft nicht in dem Land leben, in dem sie geboren wurden oder dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Die absolute Zahl dieser internationalen Migrant:innen ist in den letzten drei Jahrzehnten deutlich gestiegen: von 153 Millionen 1990 auf 281 Millionen im Jahr 2020. Ohne die coronabedingten Reisebeschränkungen wäre der Anstieg wohl noch deutlicher ausgefallen.

Menschen entscheiden sich aus unterschiedlichen Gründen, ihr Herkunftsland zu verlassen: die Suche nach Arbeit, die Aufnahme eines Studiums, die Gründung einer Familie oder Partnerschaft oder der Wunsch nach Selbstbestimmung sind nur einige davon. Nicht alle Menschen verlassen ihre Herkunftsorte freiwillig. Krieg, Verfolgung und Gewalt zwingen sie, andernorts Schutz zu suchen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR gab es Mitte 2022 rund 47 Millionen Menschen, die aus ihren Herkunftsländern geflüchtet waren. Damit hat sich die weltweite Zahl der Menschen, die ins Ausland geflohen sind, seit 2000 (17 Millionen) knapp verdreifacht. Insgesamt war 2022 weltweit rund jeder siebte

Mensch, der seine Heimat verlassen hat, ein Flüchtling oder eine asylsuchende Person.

Noch größer als die Zahl internationaler Migrant:innen ist die Zahl der Menschen, die innerhalb ihres Landes den Wohnort wechseln. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen gab es bereits 2009 insgesamt 749 Millionen Binnenmigrant:innen. Allein in China zählte das nationale Statistikbüro 2020 rund 286 Millionen Menschen, die aus ländlichen Regionen stammten und auf der Suche nach Arbeit in wirtschaftlich prosperierende Städte gezogen waren.

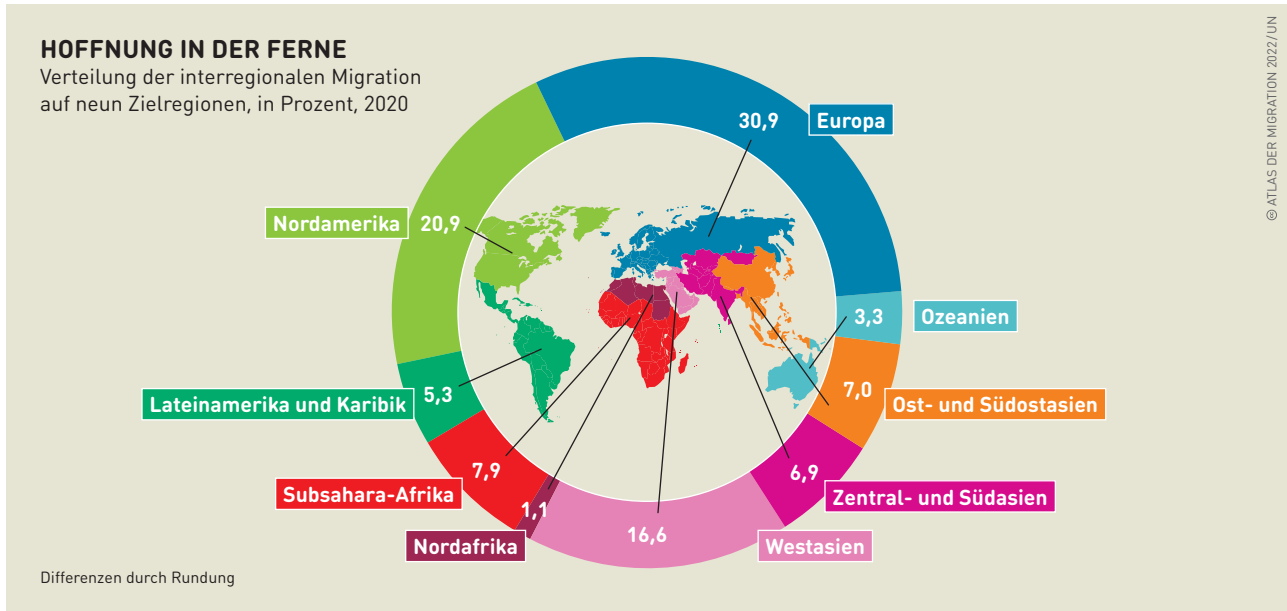
Was für grenzüberschreitende Migrationen gilt, trifft auch auf Migrationen innerhalb eines Landes zu: Nicht in jedem Fall erfolgen sie freiwillig. Ende 2021 registrierte das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) rund 53 Millionen Menschen, die innerhalb ihres Landes vor Krieg und Gewalt auf der Flucht waren. Hinzu kamen Vertreibungen aufgrund von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Stürmen oder Erdbeben. Im Laufe des Jahres 2021 betraf dies rund 24 Millionen Menschen. Viele dieser umweltbedingten Migrationen erfolgen allerdings nur kurzfristig. Die Betroffenen kehren an ihre Herkunftsorte zurück, sobald sich die Situation dort verbessert hat. Es wird angenommen, dass der Klimawandel Migrationen aufgrund schleichender Umweltveränderungen oder

Krieg oder Suche nach einem besseren Leben: Länder für Reiche und arbeitssuchende Arme, Religiöse, Steuerflüchtlinge und Passkäufer:innen



HOFFNUNG IN DER FERNE

Verteilung der interregionalen Migration auf neun Zielregionen, in Prozent, 2020



© ATLAS DER MIGRATION 2022/UN

plötzlich auftretender Naturkatastrophen verstärken wird. Der größte Teil der klimabedingt migrierten Menschen wird allerdings innerhalb der Herkunftsländer verbleiben.

Überhaupt zeigt sich, dass ein Großteil der Migrationsbewegungen eher kleinräumig, innerhalb einer Weltregion verläuft. Über kontinentale Grenzen hinweg ist Migration wegen der hohen finanziellen und sozialen Kosten weniger wahrscheinlich. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die meisten Migrant:innen nicht aus den ärmsten Ländern der Welt kommen.

2020 konzentrierten sich zwei Drittel aller Menschen, die aus ihrem Herkunftsland ausgewandert waren, auf nur 20 Länder, vor allem die USA mit 51 Millionen internationalen Migrant:innen, gefolgt von Deutschland (16 Millionen) und Saudi Arabien (13 Millionen). Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Anteil der Migrant:innen an der Gesamtbevölkerung einzelner Länder betrachtet wird. Dann zählen einige Staaten am Persischen Golf zu den wichtigsten Migrationszielen. 2020 waren 88,1 Prozent der Bevölkerung der Vereinigten Arabischen Emirate Eingewanderte, während dies nur auf 18,8 Prozent der Bevölkerung Deutschlands und 15,3 Prozent in den USA zutrifft.

Insgesamt zeigt sich, dass Nordamerika im internationalen Migrationsgeschehen an Bedeutung verliert und sich der Schwerpunkt allmählich nach Asien verschiebt. Zentral- und Südasien erfuhren zwischen 2000 und 2020 den größten Zuwachs an internationalen Migrant:innen. Die größte Diaspora mit 18 Millionen Menschen hat das bevölkerungsreiche Indien, gefolgt von Mexiko und Russland (jeweils 11 Millionen Ausgewanderte) sowie China (10 Millionen) und Syrien (8 Millionen).

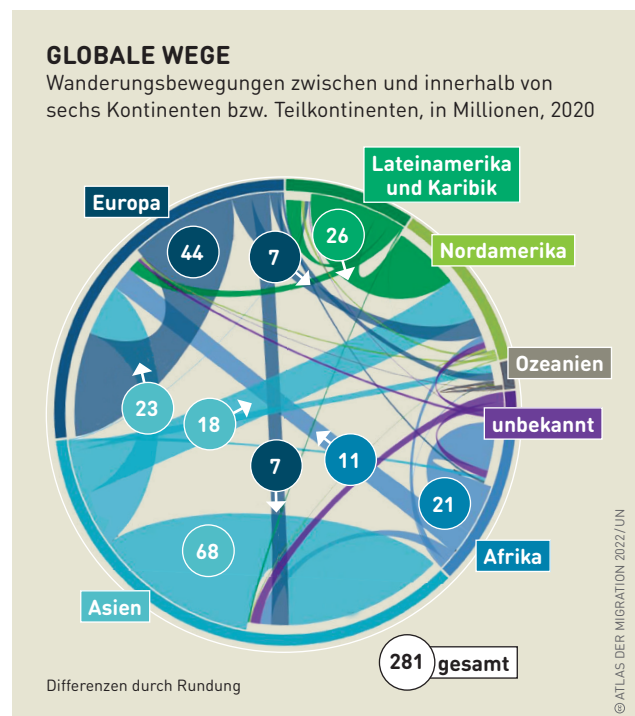
Der Schwerpunkt der internationalen Migration liegt innerhalb Asiens. Zugleich kommen die meisten interkontinentalen Migrant:innen von hier

Zwei Drittel aller Fernmigrant:innen brechen in die wohlhabenden Regionen der Welt auf, nach Nordamerika, Europa und Westasien – in die Ölstaaten am Golf

Migration ist nicht zwangsläufig auf Dauer angelegt. Viele Menschen kehren nach begrenzter Zeit im Ausland in ihr Herkunftsland zurück oder wandern in ein anderes Land weiter. Die Medien berichten viel über Geflüchtete, aber seltener über Fachkräfte, die als „Expatriates“ für eine bestimmte Zeit von ihrem Unternehmen ins Ausland entsendet werden. Und wem ist schon bewusst, dass es sich bei Babys, die aus dem Ausland adoptiert werden, ebenfalls um Migrant:innen handelt? —

Globale Wege

Wanderungsbewegungen zwischen und innerhalb von sechs Kontinenten bzw. Teilkontinenten, in Millionen, 2020



© ATLAS DER MIGRATION 2022/UN

FLUCHT VOR DEM KRIEG

Die meisten Menschen, die sich vor Kampfhandlungen außer Gefahr bringen wollen, suchen im eigenen Land Schutz. Wer ins sichere Ausland will, muss oftmals Regionen durchqueren, die ebenfalls gefährlich sind.

Gewaltsame Konflikte zählen zu den wichtigsten Gründen, aus denen Menschen ihre Heimat verlassen und innerhalb oder außerhalb ihres Herkunftslandes Schutz suchen. Dazu gehören sowohl Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Armeen als auch solche, an denen nicht staatliche Kämpfer:innen beteiligt sind. Die Anzahl der Konflikte zwischen Staaten ist nach 1989 zurückgegangen. Jedoch sind bei den sogenannten Bürgerkriegen Anzahl, Dauer und Komplexität insbesondere in den letzten zehn Jahren gestiegen.

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) zählte für 2021 insgesamt 20 auch grenzüberschreitende und 20 begrenzte Kriege. Beide Konflikttypen zeichnen sich durch massive Waffengewalt und menschliches Leid aus. Ein Großteil dieser Konflikte spielt sich in der Sahel-Region in Afrika sowie im Nahen Osten ab.

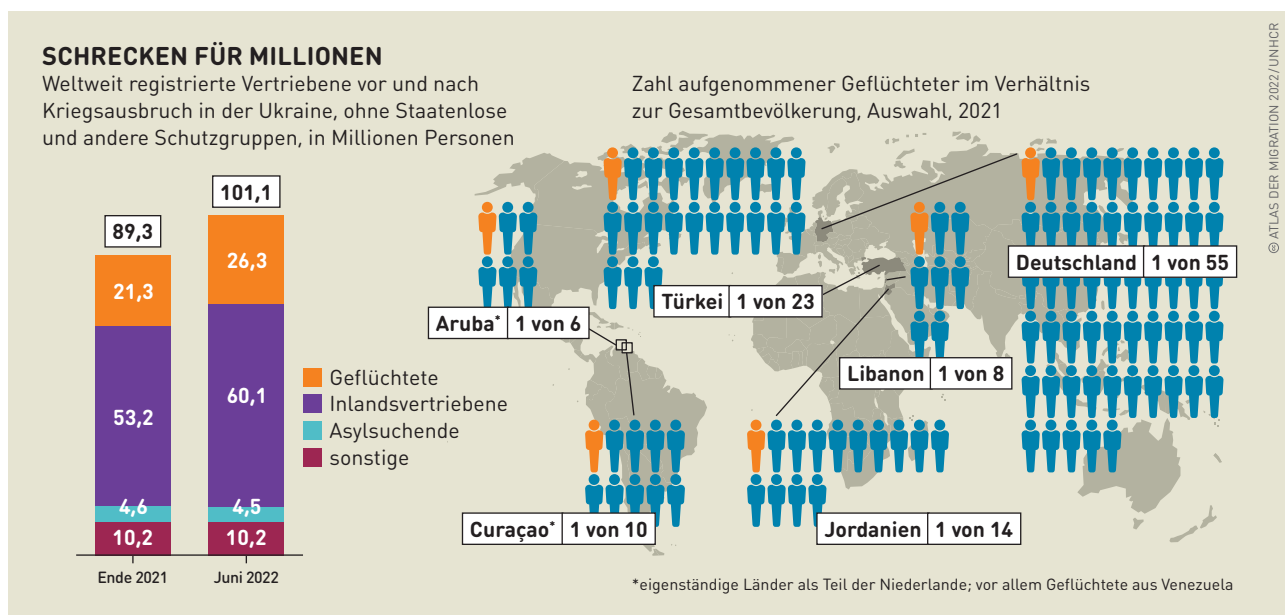
Die Konflikte in diesen Regionen, etwa in Syrien, Jemen oder Mali, zeigen die Komplexität heutiger Auseinandersetzungen. Sie sind gekennzeichnet von diffusen und oft konträren Interessen nicht staatlicher Gruppen, nationaler Regierungen und internationaler Akteure. Das erschwert die effektive Lösung des Konflikts und das Beenden humanitärer Notlagen. Wichtige Fluchtursachen

sind auch vorübergehende gewaltsame Krisen, zum Beispiel durch Terrorismus oder im Rahmen von umstrittenen Wahlen, sowie organisierte Kriminalität, etwa in Mexiko. Ihre humanitären Folgen stehen den Konflikten im völkerrechtlichen Sinne oft in nichts nach.

Die Auswirkungen sind gravierend. Über 145.000 Menschen starben weltweit im Jahr 2021 in Kriegen, bewaffneten Konflikten und durch andere Formen politischer Gewalt. Die meisten Todesopfer forderten 2021 die Konflikte in Afghanistan (42.200), im Jemen (18.300) und Myanmar (10.400). Mehr als die Hälfte der Todesopfer durch explosive Waffen waren Zivilist:innen. Auch die Zerstörung von Infrastruktur wie Landwirtschaftsflächen, Häusern, Krankenhäusern, Straßen und Schulen hatte verheerende Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft. Rund 77 Millionen Menschen litten aufgrund von bewaffneten Konflikten an Hunger. Die gesundheitliche Versorgung beispielsweise in Syrien und Jemen wurde durch die Bombardierung zahlreicher Krankenhäuser weiter geschwächt.

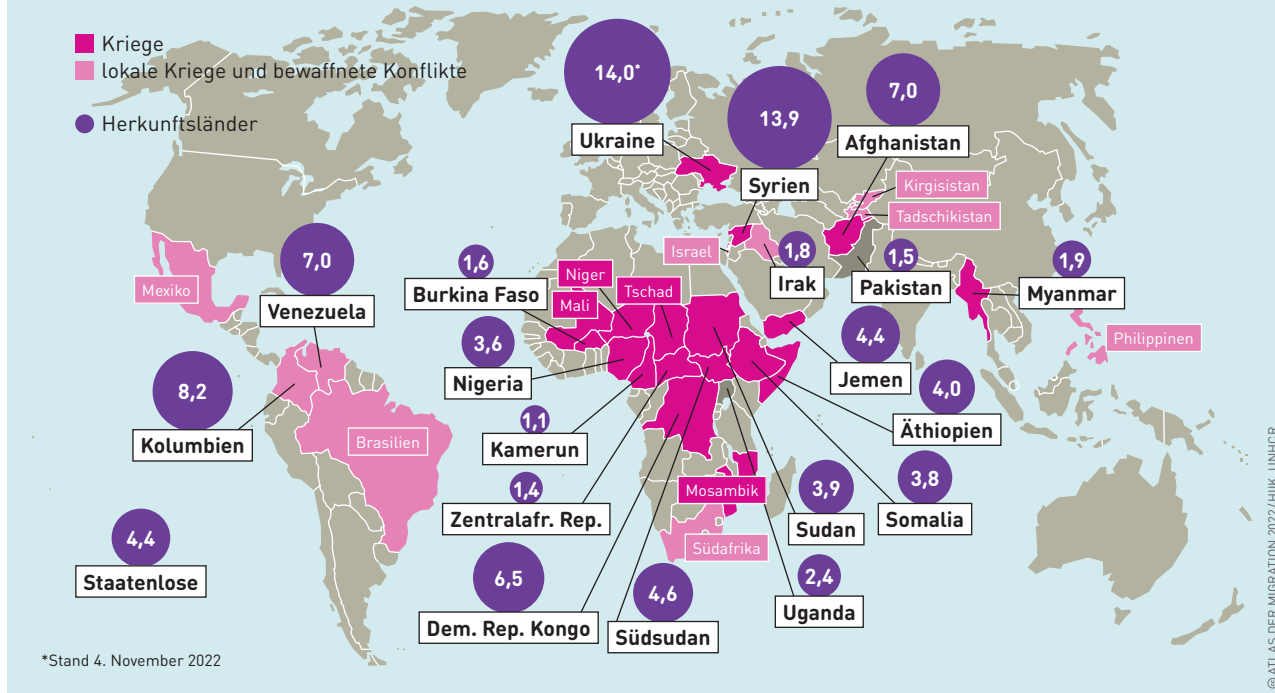
Oftmals verschlimmert die Kombination verschiedener Krisen die humanitäre Lage. Extremwetterereignisse sowie die Corona-Pandemie trafen besonders vulnerable Gruppen in Konfliktregionen massiv. 235 Millionen Menschen waren 2021 auf humanitäre Hilfe angewiesen – ein Rekord.

Wie viele Geflüchtete kann eine Gesellschaft aufnehmen? Kleine Länder zeigen großen Industriestaaten, dass mehr möglich ist



WAFFENGEWALT AUF VIER KONTINENTEN

Aktuelle landesweite und internationale hoch gewaltsame Konflikte, Herkunftsländer von Geflüchteten im In- und Ausland mit mehr als 1 Million Personen, 2021, sowie Angaben für die Ukraine, 2022



Für viele Menschen stellt Flucht den einzigen Ausweg aus dieser großen Not dar. Ein Großteil von ihnen sucht dabei Schutz innerhalb des eigenen Landes. So flohen 2021 laut dem Internal Displacement Monitoring Center weltweit mehr als 14 Millionen vor Gewalt und Konflikten innerhalb des Landes in eine andere Region, die meisten davon in Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo und Afghanistan. Damit stieg die Gesamtzahl dieser sogenannten Binnenvertriebenen durch Konflikte auf den Höchstwert von weltweit 53 Millionen Menschen.

Dazu kommen den Vereinten Nationen zufolge 27 Millionen internationale Flüchtlinge, die vor Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung fliehen. Ein Großteil stammt aus Syrien (6,8 Millionen), Venezuela (4,6 Millionen) und Afghanistan (2,7 Millionen) und floh in Nachbarländer wie Kolumbien, Pakistan oder die Türkei. Industrieländer nahmen nur 17 Prozent der Geflüchteten auf. Fast 16 Millionen Menschen lebten im Jahr 2019 mehr als fünf aufeinander folgende Jahre im Exil.

Auf ihrer Flucht durchqueren viele Menschen Regionen, die ebenfalls von Konflikt, schwacher Staatlichkeit und korruptionsanfälligen Sicherheitsbehörden gekennzeichnet sind – etwa die Sahara oder Mittelamerika. Dort sind Migrant:innen teils extremen Menschenrechtsverletzungen und physischer Gewalt ausgesetzt. Sie werden Opfer von Zwangsarbeit, Folter oder willkürlichen Tötungen. Milizen, Schmuggler und Schleuser können hier weitgehend ungestraft agieren. Insbesondere Mädchen und Frauen sind zudem einem hohen Risiko von sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

Zu den 40 schwersten Konflikten 2021 kam 2022 noch der Krieg gegen die Ukraine mit einer Rekordzahl von im Inland und ins Ausland Geflohenen hinzu

Um die Lage von Menschen auf der Flucht vor gewaltsamen Konflikten zu verbessern, gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Viele davon sind im Globalen Pakt für Flüchtlinge der UN beschrieben. In diesem hatten sich 2018 insgesamt 181 Staaten unter anderem dazu bekannt, dass der Schutz von Geflüchteten durch entschiedene Anstrengungen zur Bekämpfung der tieferen Ursachen von Konflikten begleitet werden muss.

Vier Jahre nach der Verabschiedung des Paktes ist die Bilanz jedoch gemischt. An vielen Grenzen in Europa, Afrika, Asien und im Pazifik werden Geflüchtete weiterhin zurückgewiesen. Noch immer sind viele „Refugee Response Plans“ unterfinanziert und die Umsiedlung in Drittländer ist – auch bedingt durch die Corona-Pandemie – zurückgegangen und nicht gestiegen. Noch immer leben rund zwei Drittel der Geflüchteten in Armut, die Hälfte hat keinen Zugang zu Bildung.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen: ein deutlich höheres Engagement von Entwicklungsakteuren und eine verbesserte Zusammenarbeit an der Schnittstelle von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Friedensarbeit. Zudem haben sehr viele Aufnahmeländer zugesagt, im Sinne des Paktes umzusteuern und die Teilhabe von Geflüchteten zu verbessern und ihnen Zugang zum Arbeitsmarkt und sozialen Dienstleistungen zu gewähren. —

UKRAINE

SCHUTZ FÜR MILLIONEN

Kein anderer Krieg der Neuzeit hat so schnell so viele Menschen zu Flüchtlingen gemacht wie der russische Überfall auf die Ukraine. Offene Grenzen erleichterten vor allem Frauen und Kindern die Suche nach Schutz.

Der kriegerische Überfall Russlands auf die Ukraine hat im Jahr 2022 die bereits zweite große Fluchtbewegung im Europa des 21. Jahrhunderts ausgelöst. Insgesamt sollen seit dem 24. Februar, als der Krieg begann, bis zum Herbst rund 14,5 Millionen Menschen die Ukraine zumindest zeitweilig verlassen haben. Das entspricht etwas mehr als einem Viertel der gesamten Bevölkerung des Landes. Viele sind inzwischen wieder in die Ukraine zurückgekehrt, aber um die 7,5 Millionen waren im Herbst 2022 weiterhin in einem anderen europäischen Land als Flüchtlinge registriert.

Ein Großteil der Ukrainer:innen ist in benachbarte Länder geflohen. Die meisten, rund 2,8 Millionen, wurden in Russland und Belarus registriert, die zweithöchste Anzahl mit circa 1,4 Millionen in Polen. Deutschland steht mit einer Million registrierten Flüchtlingen – davon zwei Drittel Frauen und ein Drittel Kinder und Jugendliche – an dritter Stelle. Laut der International Organisation of Migration (IOM) haben weitere knapp 7 Millionen Menschen innerhalb der Ukraine ihren Wohnort verlassen, sind also Binnenflüchtlinge. Damit hat der russische Angriffskrieg beinahe 50 Prozent der ukrainischen Bevölkerung zumindest zeitweilig zu Flüchtlingen gemacht.

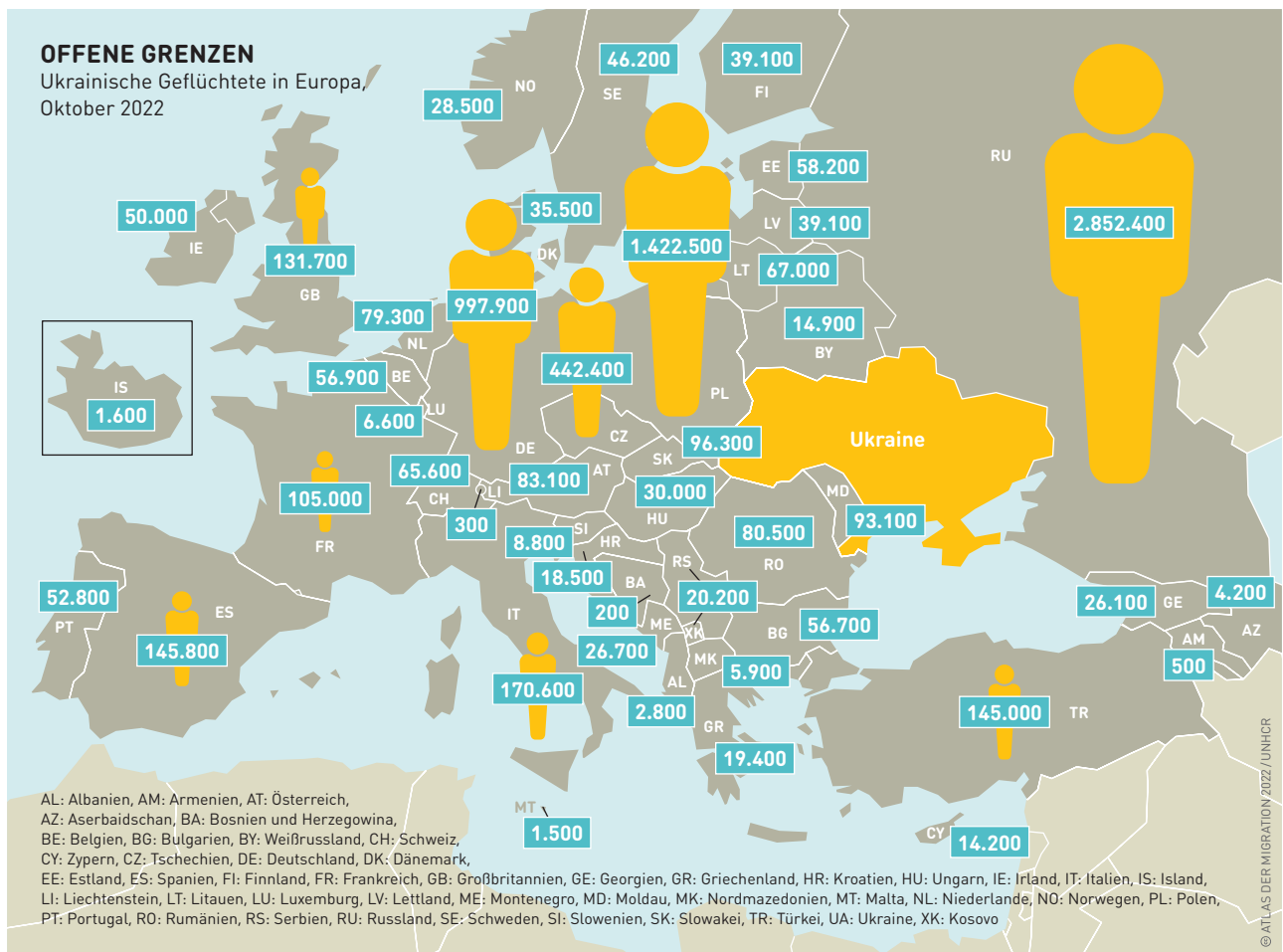
Der plötzliche Kriegsausbruch stellte die Aufnahme-

länder vor große Herausforderungen. Sie ähneln jenen im Sommer 2015, als mehr als 1,3 Millionen Menschen vorrangig aus Syrien, Afghanistan und dem Irak in Europa Schutz vor den kriegerischen Auseinandersetzungen in ihren Ländern suchten. Damals registrierten sich innerhalb eines Jahres um die 890.000 Ankömmlinge beim Bundesamt für Flucht und Migration in Deutschland (BAMF). Trotz der enormen Solidarität nutzen und nutzten antidemokratische Akteur:innen das Flüchtlingsthema, um Hetze gegen Minderheiten und gesellschaftliche Institutionen zu betreiben.

Die Bereitschaft, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu unterstützen, ist insbesondere in Polen und Deutschland hoch, aber auch in anderen Ländern Europas sehr ausgeprägt. Auch die Regierungen reagierten mit weitreichenden Schritten wie der sofortigen Erteilung einer Arbeitserlaubnis für Ukrainer:innen in Deutschland. Dennoch haben solche Maßnahmen für eine spezielle Gruppe Geflüchteter für kontroverse Diskussionen gesorgt. Im Winter 2021/22 hatten Tausende Menschen vor allem aus Syrien, Afghanistan und Irak versucht, die polnisch-belarussische Grenze zu überqueren. Die polnische Regierung versuchte mit allen Mitteln, diese Einreisen zu verhindern, was zu dramatischen und menschenunwürdigen Situationen führte. Die Empörung über die Ungleichbehandlung weißer Flüchtender aus der Ukrai-

Der Überfall auf die Ukraine hat 14,5 Millionen Menschen fliehen lassen, noch zwei Millionen mehr als aus und in Syrien seit 2011





ne und nicht weißer Flüchtender – von dort oder anderswo her – ist berechtigt. Gleichzeitig sind Erklärungen, dass dies allein auf rassistischen Motiven basiert, unzureichend.

Folgende Aspekte haben bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge eine zentrale Rolle gespielt: Dass Nachbarstaaten bei Kriegen die Grenzen für Flüchtlinge öffnen, ist eine gute und sinnvolle Regel. Es gibt international in der jüngeren Vergangenheit kaum Ausnahmen davon. Auf diesen Solidarisierungseffekt können Flüchtlinge von weiter weg leider selten hoffen. Zweitens hatte die im Rahmen des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine geregelte Visa-Freiheit zur Folge, dass Ukrainer:innen nach Kriegsausbruch legal in die EU einreisen konnten. Dies trifft in der Regel für Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kommen, nicht zu. Bei dieser Betrachtung werden andere Rechte, zum Beispiel das Menschenrecht auf Asyl, nicht berücksichtigt. Drittens hat die Angst vor einer weiter reichenden russischen Aggression auch die westeuropäischen Gesellschaften ergriffen und entsprechend zu einem kurzfristig starken Zusammenhalt zwischen den west- und mitteleuropäischen Ländern und der Ukraine geführt.

Moralisch ist die Ungleichbehandlung nicht zu rechtfertigen. Gleichwohl gehören Nachbarschaft und unterschiedlicher Rechtsstatus zur Erklärung dazu, warum

Unklar ist, wie viele der Ukrainer:innen in Russland und Belarus dorthin flüchteten und wie viele dorthin deportiert wurden oder übergelaufen sind

die europäischen Gesellschaften bereit waren, Millionen Menschen aus der Ukraine unbegrenzte Aufnahmegarantie mit allen Rechten zu gewähren, während vergleichsweise kleinen anderen Gruppen von Flüchtlingen – etwa über Belarus oder das Mittelmeer Ankommende – mit härtesten Abwehrmechanismen begegnet wird.

Mit der sogenannten Teilmobilisierung, die Russlands Präsident Putin im September 2022 angeordnet hat, und mit der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation verlassen auch mehr und mehr Russ:innen ihr Land. Russischen Deserteur:innen drohen langjährige Strafen, die sie zwingen könnten, auf Dauer im Ausland zu bleiben. Der Krieg gegen die Ukraine wird im Hinblick auf die Lebenssituation der in diesem Kontext geflüchteten Menschen auf die Topografie der Migration in Europa jahrelange Folgen haben.

Viele ukrainische Geflüchtete werden auch im Falle eines baldigen Endes des Krieges nicht in das zerstörte Land zurückkehren. Auch die Annektierung von ukrainischen Gebieten verschärft das Problem der Rückkehr. Die traumatischen Folgen von Flucht und Zerstörung werden die Lebensrealität vieler Menschen bleiben. —

DIE UMWELT ALS GEFAHR

Wetterbedingte Ereignisse, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, vertreiben Millionen Menschen. Doch der Status Klimaflüchtling oder Umweltmigrant:in ist bisher nicht anerkannt.

Der Klimawandel verändert die Migration in allen Regionen der Welt. Wetterextreme wie Überschwemmungen, Wirbelstürme und der Anstieg des Meeresspiegels sind die Ursache für Flucht und Vertreibung. Trotz ihrer relativ geringen CO₂-Emissionen sind dabei Länder mit niedrigem Einkommen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig stark betroffen. Extremwetterereignisse wie Dürren zerstören ihre Lebensgrundlagen und zwingen Menschen zu gehen – nicht nur auf der Suche nach Arbeit, sondern um ihr Überleben zu sichern.

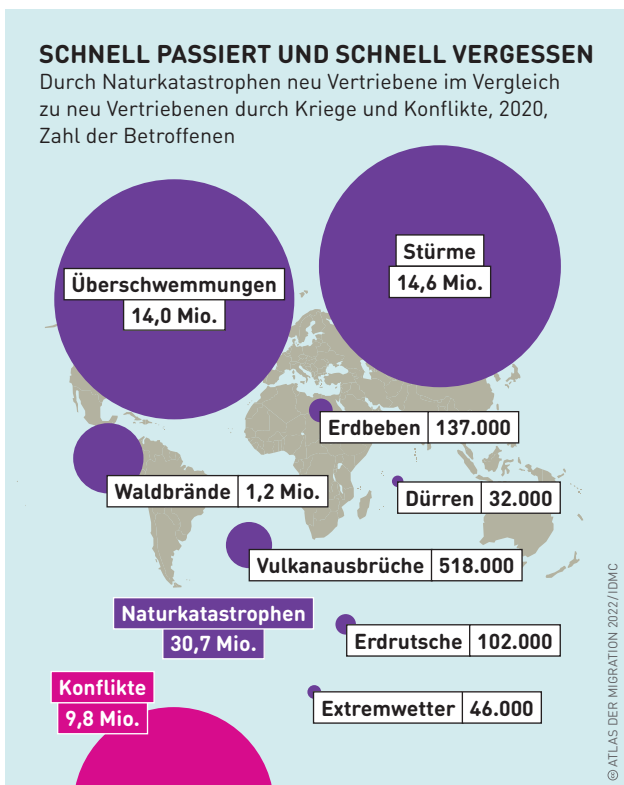
Die meisten Migrations- und Fluchtbewegungen spielen sich innerhalb des eigenen Landes ab. Wenn das nicht ausreicht und das Land verlassen werden muss, ziehen Menschen meist zunächst in Nachbarländer. Die Weltbank geht davon aus, dass die Auswirkungen des Klimawandels bis 2050 bis zu 216 Millionen Menschen dazu zwingen könnten, innerhalb ihres Landes umzuziehen.

Allein 2020 wurden 30,7 Millionen Menschen aufgrund wetterbedingter Ereignisse vertrieben. Das waren dreimal so viele, wie durch Konflikte oder Gewalt entwurzelt wurden. Die meisten Klimaflüchtlinge gibt es in Asien, wo im Jahr 2021 über 57 Millionen Menschen betroffen waren. Eine:r von drei Migrant:innen weltweit stammt von dem Kontinent. Ländliche Ortschaften leeren sich, Megastädte wie Indonesiens Hauptstadt Jakarta sind bedroht. Einige Regionen, die derzeit dicht besiedelt sind, werden unsicher oder unbewohnbar werden, heißt es im Bericht des Weltklimarates. Gründe sind Wassermangel und Ernteausfälle, Sturmfluten, Überschwemmungen in Flusstälern und andere Katastrophen.

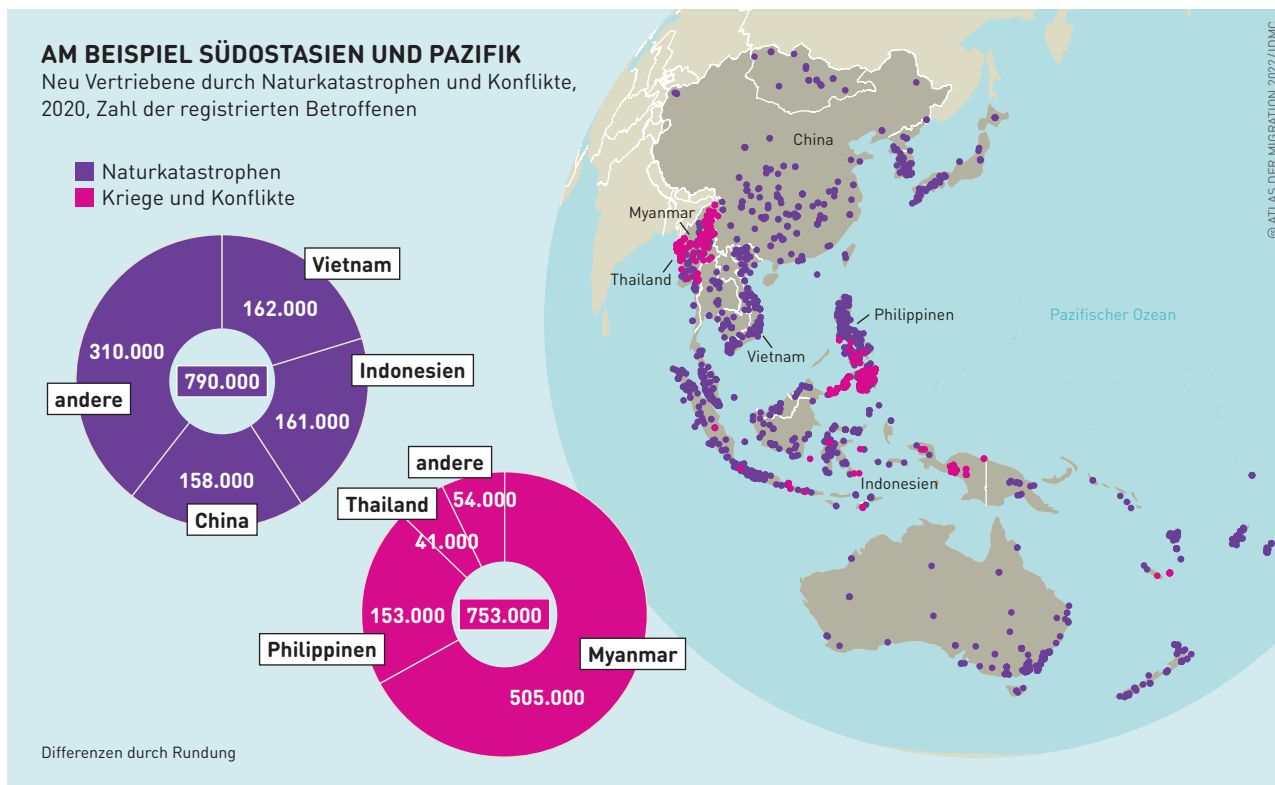
Ob und wann eine Person den einschneidenden Schritt geht, ihr Zuhause zu verlassen, hängt allerdings nicht allein von den äußeren Gefahren ab. Ebenso sind soziale Faktoren wie Schutz durch die Gemeinschaft oder die individuelle finanzielle Situation maßgeblich. Migration, auch vorübergehende oder saisonale, kann eine wichtige Strategie sein, um den Auswirkungen des Klimawandels zu trotzen. Doch wenn die zuständigen Stellen direkt Betroffene nicht bei der Anpassung unterstützen, laufen sie Gefahr, in noch schlimmere Situationen zu geraten. Während das Recht zu migrieren universell ist, muss auch das Recht, nicht zu migrieren, geschützt werden, denn klimabedingte Migration ist meist erzwungene Migration.

Es gibt bis heute keine allgemein anerkannte Definition für eine Person, die vor dem Klimawandel flieht. Obwohl der Begriff Klimaflüchtling weitverbreitet ist, sind umweltbedingte Fluchtgründe von den UN bisher nicht formal als eigenständige Fluchtursache anerkannt. Dazu bedarf es einer Entscheidung der Mitgliedstaaten. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat lediglich angeregt, über einen verbesserten Schutz für Menschen zu diskutieren, die im Zusammenhang mit Katastrophen und dem Klimawandel vertrieben werden. 2018 haben die UN den Globalen Pakt für Migration verabschiedet. Er sollte den Klimawandel als Migrationsursache anerkennen. Am Ende aber fiel die Formulierung so aus, als sei klimabedingte Migration freiwillig. Die Internationale Organisation für Migration verwendet den Begriff Umweltmigrant:in, aber auch dessen Eignung ist umstritten, denn der Begriff Migrant:in hat keine rechtliche Definition.

Die Industrieländer, die für den größten Ausstoß von Kohlendioxid verantwortlich sind, sind auch die größten



Opfer von Naturkatastrophen kehren oft schnell in ihre Heimat zurück. Doch 7 der 30,7 Millionen Betroffenen aus dem Jahr 2020 gelang das bis zum Jahresende nicht



Grenzschilder der Welt. Sieben der größten Treibhausgasemittenten – unter anderem die USA, Deutschland und Frankreich – geben zusammen im Schnitt 2,3-mal so viel für Grenzkontrollen und kontrollierte Einwanderung aus wie für die Finanzierung klimawirksamer Maßnahmen.

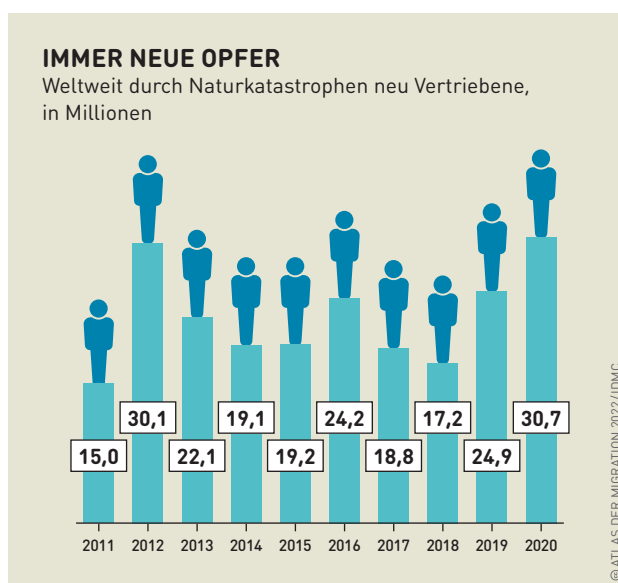
In Deutschland forderte die Fluchtursachenkommission die Regierung 2021 auf, den Klimawandel als eine der Ursachen für künftige Migration zu berücksichtigen. Sie empfahl, die Länder des Globalen Südens bei der Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen, um Vertreibung und eine daraus resultierende Flüchtlingskrise in Europa zu verhindern. Dort, wo Migration am besten zur Anpassung und zur Rettung von Menschenleben geeignet ist, schlug das Expert:innengremium eine regionale und globale Zusammenarbeit vor, um Neuansiedlungsprogramme, reguläre Migrationswege und sogar Klimapässe für Menschen in Hochrisikogebieten zu schaffen. Dies sei ein starkes Symbol für den Flüchtlingsschutz auf der Grundlage der Menschenrechte. Deutschland müsse in die Anpassung an Klimarisiken im Globalen Süden investieren, etwa in Form von widerstandsfähiger Infrastruktur, Frühwarnsystemen, Katastrophenschutz, humanitärer Hilfe, Entschädigungen und Wiederaufbau.

Hier liegt der Weg in die Zukunft. Ein menschenrechts- und migrationsbasierter Ansatz in der Politik der

Der Hintergrund von Naturkatastrophen ist oft der Klimawandel. Gegen die Folgen spielen Siedlungspolitik und Bevölkerungsschutz eine Schlüsselrolle

In den beiden Regionen wurden 2020 ungefähr gleich viele Menschen vertrieben – in verschiedenen Ländern aus verschiedenen Gründen, aber keines blieb verschont

Länder des Globalen Nordens müsste anerkennen, dass niemand gezwungen werden will, seine Heimat zu verlassen. Solange die der Migration zugrunde liegenden Faktoren nicht in fairer und gerechter Weise angegangen werden und der Globale Norden an seiner Politik der Eindämmung und Zurückdrängung von Migration festhält, werden Migrant:innen gezwungen sein, andere und oft gefährliche Wege zu suchen, um zu überleben. —



UNTERSCHÄTZTE MOBILITÄT

Beispiel Westafrika: Die alten Kolonialgrenzen nehmen keine Rücksicht auf die Wanderungen der vielen ethnischen Gruppen in der Region. Die Afrikanische Union bemüht sich, die Grenzen durchlässiger zu machen und die traditionelle Mobilität zu fördern – doch die EU will das verhindern.

Wenn Medien in Europa über afrikanische Migration berichten, erwecken sie meist den Eindruck, dass es sich um Millionen Afrikaner:innen handelt, die auf dem Seeweg nach Europa kommen. Doch nach Angaben der UN migrierten 2020 in Afrika rund 80 Prozent der internationalen Migrant:innen innerhalb ihrer jeweiligen Region. In Westafrika gab es 2020 schätzungsweise 7,6 Millionen migrierte Personen. Dort blieben rund 90 Prozent in anderen westafrikanischen Ländern. Etwa 0,5 Prozent lebten auf dem europäischen Kontinent.

Interne und regionale Migrationsmuster sind das vorherrschende Phänomen. Die Bevölkerung Westafrikas, die sich aus einer Vielzahl ethnischer Gruppen zusammensetzt, migriert bereits seit vielen Generationen. Erst durch die Kolonialisierung entstanden neue territoriale Grenzen. Sie trennten nun ethnische Gruppen, wie beispielsweise Nzema und Bono (Ghana und Elfenbeinküste), Ewe (Ghana und Togo), Yuroba (Nigeria und Benin) oder Hausa (Nigeria, Niger und Mali) voneinander, die fortan in verschiedenen Ländern lebten.

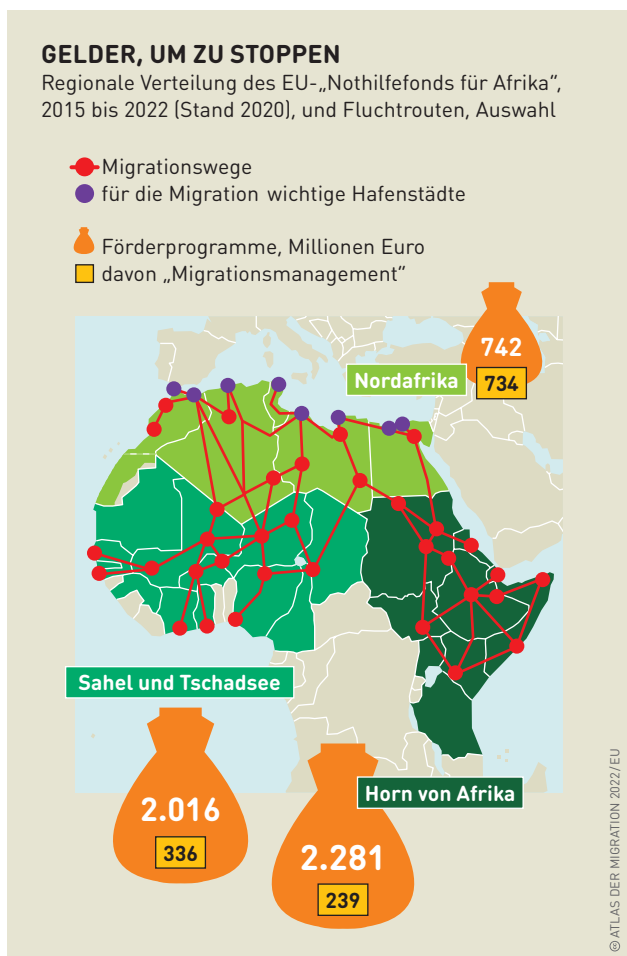
Doch auch nach der Errichtung der Staatsgrenzen setzte sich die grenzüberschreitende Migration fort. Diese erfolgte hauptsächlich in Form saisonaler Arbeitsmigration aus den ärmeren nördlichen Savannengebieten in die südlichen feuchteren oder Küstengebiete, um dort in Bereichen wie dem Bergbau oder urbanen Wirtschaftssektoren Arbeit zu finden. Die meisten Familien leben nicht von einer einzigen Einkommensquelle, sondern sind neben der Landwirtschaft auf weitere wirtschaftliche Aktivitäten angewiesen. Das tägliche Leben vieler Westafrikaner:innen gestaltet sich daher traditionell als eine Kombination aus Sesshaftigkeit und Mobilität.

Da Westafrika besonders anfällig für den Klimawandel, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, bewaffnete Konflikte und den begrenzten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen ist, stellt Migration hier eine wichtige Bewältigungsstrategie dar, um Armut und Ernährungsunsicherheit zeitweise oder dauerhaft zu entkommen. Mobilität ist für viele Familien eine Möglichkeit zur Sicherung ihres Lebensunterhalts, da sie das Einkommen diversifiziert.

Dabei ist es wichtig, zwischen verschiedenen Arten der Migration zu unterscheiden. Erzwungene Migration oder Vertreibung aufgrund von schweren Dürren, Konflikten oder Terroranschlägen muss von saisonaler Arbeitsmigration unterschieden werden. Wenn der Wunsch zur Migration besteht, erfordert dieser Prozess finanzielle Mittel. Wer nicht darüber verfügt, kann nicht auswandern. Auf der anderen Seite gibt es viele Menschen, die nicht das Bestreben haben, ihren Heimatort zu verlassen, auch wenn sie über die nötigen Mittel verfügen und die äußeren Bedingungen, wie zum Beispiel klimatische Faktoren, ungünstig erscheinen.

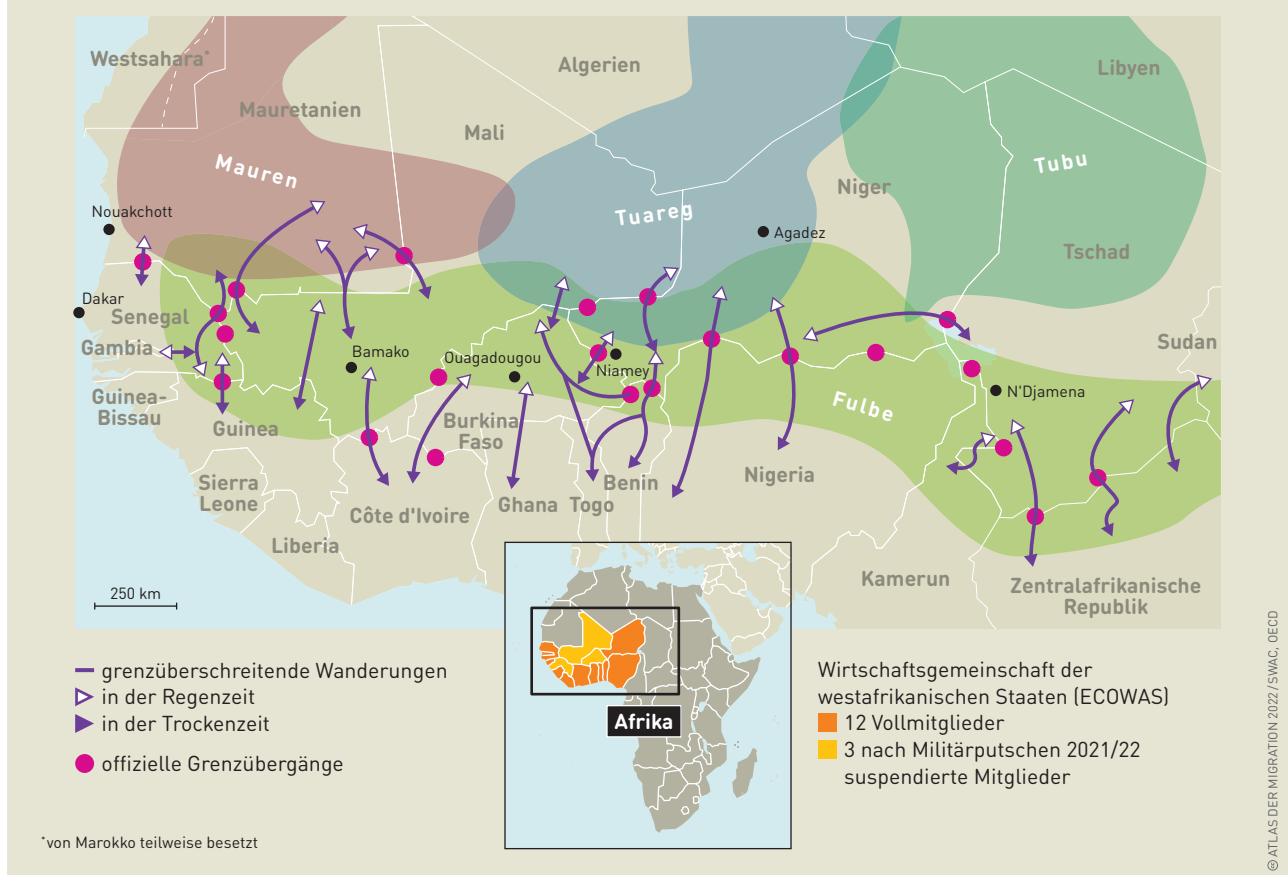
Um die Mobilität und die intraregionale Wirtschaftsintegration zu gewährleisten sowie die während der Kolonialzeit entstandenen Sprach- und Staatsgrenzen

Der Afrika-Nothilfefonds von 2015 finanziert Entwicklungsprojekte, die Migration verhindern – und fordert Zugeständnisse der Empfängerländer ein



ZERTEILTER LEBENSRAUM SAHEL

Wanderungen des Hirtenvolkes der Fulbe mit ihren Rindern zur Regen- und Trockenzeit in West- und Zentralafrika, 1972 bis 2012



abzubauen, hat die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS im Jahr 1979 eine Freizügigkeitsregelung beschlossen. Doch 43 Jahre später behindern noch immer mehrere Faktoren die Mobilität innerhalb der Region. Während das Recht auf Einreise und die Abschaffung der Visumpflicht für einen 90-tägigen Aufenthalt in allen Ländern umgesetzt wurden, sind beim Aufenthalts- und Niederlassungsrecht weniger Fortschritte zu verzeichnen. Bisher gewähren nur vier Länder Staatsangehörigen der ECOWAS eine spezielle Aufenthaltserlaubnis.

Außerdem fehlt es vielen Bürger:innen an grundlegenden Informationen darüber, was für die Einreise in ein anderes ECOWAS-Land erforderlich ist. An einigen Kontrollpunkten kommt es zu Korruption. Infolgedessen meiden viele Migrant:innen zum Beispiel am Grenzübergang zwischen Nigeria und Benin die offiziellen Übergänge und überqueren die Grenze anderswo, um keine Bestechungsgelder zahlen zu müssen.

Neben der mangelnden Umsetzung des Freizügigkeitsprotokolls durch die ECOWAS-Staaten stellt die EU ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu mehr Mobilität in Westafrika dar. Denn sie will in weiten Teilen des Kontinents – auch mit den fünf Milliarden Euro ihres „Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika“ – die irreguläre Migration eindämmen. Dazu gehört in ihrer Logik auch das Recht,

Die vielen Grenzen im Sahel erschweren das Leben der Fulbe, die mit ihren Rindern wichtige Fleischversorger der westafrikanischen Küstenländer sind

ohne Visum ein- und auszureisen. Dies wird durch verstärkte, von der EU unterstützte Kontrollmaßnahmen an Transit- und Grenzpunkten wie der Stadt Agadez in Niger verhindert.

Die EU und die Internationale Organisation für Migration haben in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Projekten initiiert, um Grenzkontrollen innerhalb Afrikas zu verstärken. Zum einen wurde die Einführung – kostenpflichtiger – biometrischer Pässe durch die nationalen Regierungen vorangetrieben, zum anderen wurden Kontrollposten errichtet, an denen diese Pässe maschinell gelesen werden können. Für die arme Landbevölkerung sind traditionelle Migrationspraktiken dadurch teils schwer bis unmöglich geworden. Auch die Pässe stellen ein Hindernis für die Bewegungsfreiheit in Westafrika dar.

Die Afrikanische Union (AU) verfolgt indes ein umfassendes politisches Programm für eine stärkere Integration innerhalb des Kontinents: die Agenda 2063, die eine vollständige, kontinentale Freizügigkeit anstrebt. Die AU will die Bewegungsfreiheit von Menschen also fördern – die EU will sie erschweren. —

IM VORFELD DER GRENZE

Die EU versucht die Migration auch jenseits ihres Territoriums zu kontrollieren – besonders in Afrika. Wichtigstes Ziel: Weniger Flüchtlinge sollen über das Mittelmeer kommen – und am besten gar nicht erst dorthin gelangen.

Überwachte die EU noch vor einigen Jahren nur ihre Außengrenzen, nimmt sie heute immer mehr die Transit- und Herkunftsregionen ins Visier. Wer keine Erlaubnis zur Einreise hat, soll es möglichst gar nicht bis nach Europa schaffen. Eine Folge: Im Mittelmeer ertrinken immer mehr Menschen auf der Suche nach Schutz in Europa. Von 2014 bis September 2022 waren es nach Zählungen der UN-Organisation für Migration IOM fast 25.000 Menschen. In der Sahara kommen wohl noch mehr ums Leben: „Wir gehen davon aus, dass vermutlich mindestens doppelt so viele Menschen auf dem Weg zum Mittelmeer sterben wie im Mittelmeer selbst“, sagte 2019 der Sonderbeauftragte des UNHCR für das Mittelmeer und Libyen, Vincent Cochetel.

Gerade die Maßnahmen zur Migrationskontrolle, die auf Wunsch der europäischen Staaten im nördlichen Afrika eingeführt wurden, hätten Umwege zur Folge, die das Todesrisiko für Reisende auf Trans-Sahara-Routen erhöhen, sagt die Initiative Alarm Phone Sahara, die in

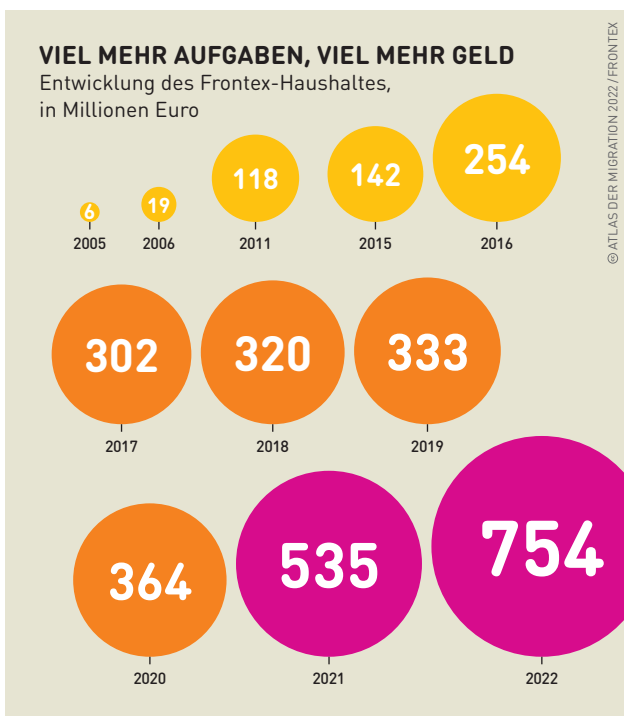
Not geratene Migrant:innen in der Wüste unterstützt. Der zentral gelegene Staat Niger wurde dafür in den vergangenen Jahren von der EU mit mehr als einer Milliarde Euro und Entwicklungsprojekten bedacht. Dort baut die EU auch eine neue Polizeitruppe auf. Die Compagnie Mobile de Contrôle des Frontières soll verhindern, dass Menschen aus Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, durch die Sahara Richtung Europa ziehen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex ist mit Schiffen im Senegal präsent, um die Meerespassage zu den Kanarischen Inseln abzuschneiden. Und in Libyen unterstützte sie die Regierung beim Aufbau der sogenannten Küstenwache, die zwischen 2016 und Februar 2022 rund 100.000 Menschen auf dem Mittelmeer aufgriff und zurück in libysche Folterlager brachte.

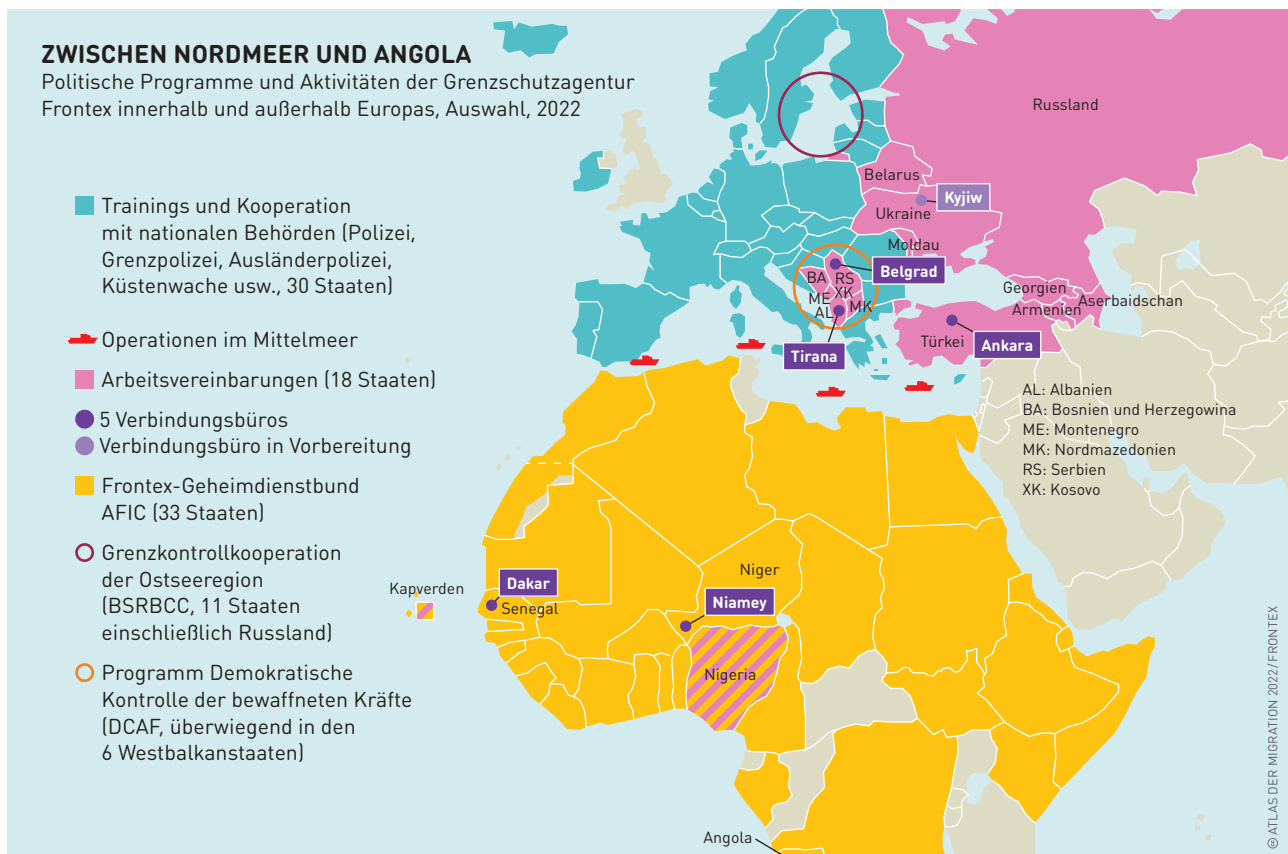
All das passt nicht zu den großen Plänen, die die Afrikanische Union für ihren Kontinent hat: völlige Freizügigkeit von Kairo bis Kapstadt nach dem Vorbild der EU. Doch während das Schengen-Gebiet in Europa ein Raum der Freizügigkeit bleiben soll, sorgt die EU in Afrika dafür, dass die Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird. Sie macht ihre nahen und fernen Nachbarn zur Hilfspolizei. Mit Internierungslagern, abschreckenden „Sensibilisierungskampagnen“, fälschungssicheren Pässen oder Militärhilfe stellt sich der lange Arm des europäischen Grenzschutzes den Transitmigrant:innen Tausende Kilometer vor Europas Toren entgegen. Staaten tief in der Sahara oder auch im Mittleren Osten sind heute Kooperationspartner des europäischen „Migrationsmanagements“.

Auch die Türkei ist ein wichtiger Baustein der europäischen Migrationsabwehr. Mit dem „EU-Türkei-Deal“ von 2016 verpflichtete sich die Türkei, die Fluchtbewegungen in die Ägäis zu unterbinden und jene zurückzunehmen, die trotzdem nach Griechenland gelangen. Hintergrund ist, dass die Türkei mehr geflüchtete Menschen aufgenommen hat als jedes andere Land der Welt: Fast 4 Millionen, davon rund 3,6 Millionen aus Syrien.

Die sollen nach dem Willen der EU auch dort bleiben. Dafür bekam die Türkei rund sechs Milliarden Euro von der EU. Eine Folge war eine humanitäre Katastrophe auf den griechischen Inseln. Denn dort Ankommende dürfen oft nicht in die Türkei abgeschoben werden. Zugleich weigerte sich die Regierung Griechenlands, sie auf das Festland zu lassen, und interniert sie auf den Inseln. Doch für Deutschland und die EU ist dieses Abkommen gelungen.

Bei keiner europäischen Behörde wachsen die Ausgaben so schnell wie bei der Grenzschutzagentur Frontex





Schließlich kamen seither weniger Menschen irregulär in Griechenland an: 2016 waren es rund 177.000, 2022 von Januar bis Juni nur noch rund 4.200.

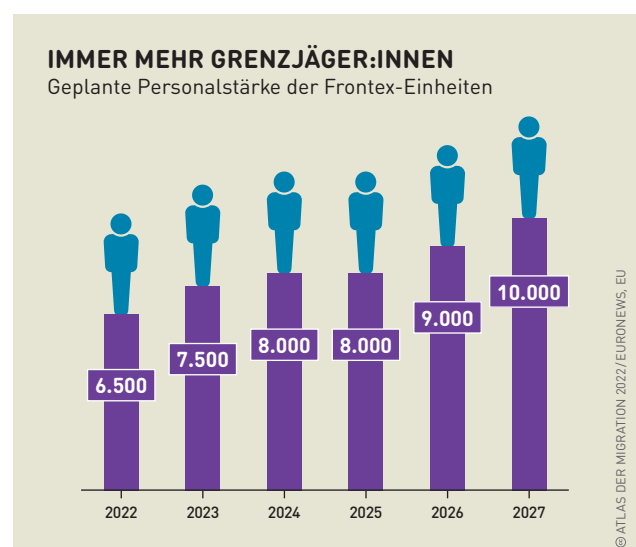
Außerdem hat Frontex in einigen südöstlichen Transitstaaten mittlerweile quasi hoheitliche Befugnisse. Seit 2018 darf die Grenzschutzagentur dort – außerhalb des EU-Territoriums – patrouillieren und Abschiebungen ausführen. Das erste entsprechende Abkommen wurde dazu mit Albanien geschlossen. Später kamen Montenegro, Serbien und Nordmazedonien hinzu. Vereinbarungen mit Bosnien und Herzegowina werden derzeit verhandelt.

Für die Behörde ist die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Migrant:innen ein „Schlüsselement erfolgreichen Migrationsmanagements“, schrieb 2019 der damalige Frontex-Direktor Fabrice Leggeri. Die Verlagerung der europäischen Grenz-sicherung an Orte weit jenseits des Schengen-Raums ist das Zukunftsprojekt von Frontex. Insgesamt darf die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, so die offizielle Frontex-Bezeichnung seit einigen Jahren, von 2021 bis 2027 rund elf Milliarden Euro ausgeben. Sie ist die schnellstwachsende EU-Einrichtung überhaupt. Für den gleichen Zeitraum hat die EU rund sieben Milliarden Euro eingeplant, mit denen Projekte „gegen irre-

Alles unter Kontrolle: Bis 2027 will die EU die Zahl der Frontex-Beschäftigten noch einmal um die Hälfte steigern

Frontex hat ein dichtes Netz politischer, polizeilicher und geheimdienstlicher Beziehungen geknüpft und dazu die EU-Entwicklungshilfe eingewoben

guläre Migration und ihre Ursachen“ finanziert werden sollen. Der alte Haushalt sei zu unflexibel für „Herausforderungen wie die Migrations- und Flüchtlingskrise im Jahr 2015“ gewesen, erklärte der inzwischen ausgeschiedene Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Die Budgetpläne seien eine „ehrliche Antwort auf die Wirklichkeiten unserer Zeit“.



WO KRIMINALISIERUNG DROHT

Menschenhandel, Spionage, gar Terrorismus – mit solchen Vorwürfen geht die Justiz gegen Geflüchtete vor, weil sie unerlaubt eingereist sind, und gegen Aktivist:innen, weil sie ihnen auf Hoher See oder in den Bergen das Leben gerettet haben. Das soll einschüchtern.

Die Bestrafung von Retter:innen und der humanitären Hilfe ist ein wichtiger Teil der Abschreckungspolitik. Die Berichte von Menschenrechtsorganisationen über solche Prozesse häufen sich seit etwa 2017. Opfer werden zu Täter:innen gemacht, um andere abzuschrecken. Dies steht in direktem Widerspruch zu den Verpflichtungen der Staaten durch Menschenrechte und durch das Seerecht, etwa die Hilfeleistung in Notfällen auf See.

Vor allem die Seenotrettung wurde in den letzten fünf Jahren kriminalisiert. Behörden beschlagnahmten private Seenot-Rettungsschiffe wegen angeblicher, oft konstruierter technischer Verstöße oder hinderten sie am Auslaufen. Die Folge waren weniger einsatzfähige Schiffe, weniger Rettungen und Zeug:innen und mehr Todesfälle.

Allein in Italien leitete die Justiz von 2017 bis 2020 mindestens 18 strafrechtliche Ermittlungen gegen Kapitän:innen und Missionsleitungen von 11 Rettungsschiffen ein. 2021 kamen weitere Untersuchungen hinzu. Die Vorwürfe lauteten unter anderem auf Schmuggel, Missachtung von Anordnungen der Seebehörden oder illegale Abfallsorgung. Keine dieser Ermittlungen führte bisher zu einer Verurteilung. Außerdem wurden ein Flugzeug und 15 Rettungsschiffe beschlagnahmt, einige davon wiederholt. Der Europäische Gerichtshof entschied im August 2022, dass die italienische Beschlagnahme von Rettungsschiffen wegen Überfüllung rechtswidrig war.

Auch die spanischen, deutschen und niederländischen Behörden haben entweder Schiffe blockiert oder bei Beschlagnahmungen in anderen Ländern kooperiert. Migrant:innen selbst, die gezwungen sind, Boote zu steuern, werden regelmäßig wegen Schmuggels strafrechtlich verfolgt. Doch die Gerichte bestehen darauf, dass ihr Verhalten nicht illegal ist.

In Griechenland wurden zwei 2016 wegen Schmuggels verhaftete Seenotretter:innen freigesprochen. Unmittelbar danach wurde jedoch eine neue Untersuchung eingeleitet, diesmal gegen rund 30 Mitglieder der Nichtregierungsorganisation ERCI (Emergency Response Centre International) wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, außerdem wegen Schmuggels, Spionage,

Geldwäsche und Fälschung. Der Fall war 2022 noch nicht abgeschlossen, und den Angeklagten drohen im Falle einer Verurteilung jahrzehntelange Haftstrafen.

Die maltesischen Behörden haben einen Kapitän wegen angeblichen Ungehorsams und falscher Registrierung seines Schiffes strafrechtlich verfolgt und vier Schiffe und ein Flugzeug blockiert. Ebenfalls auf Malta steht eine als El Hiblu 3 bekannte Gruppe junger Geflüchteter vor Gericht. In Italien hat die Justiz Anklage gegen die Crew des Rettungsschiffs Iuventa erhoben. Auf der griechischen Insel Samos musste sich der Vater eines auf der Flucht ertrunkenen Kindes wegen angeblicher Schlepperei verantworten. Oft drohen in diesen Verfahren Jahrzehnte in Haft.

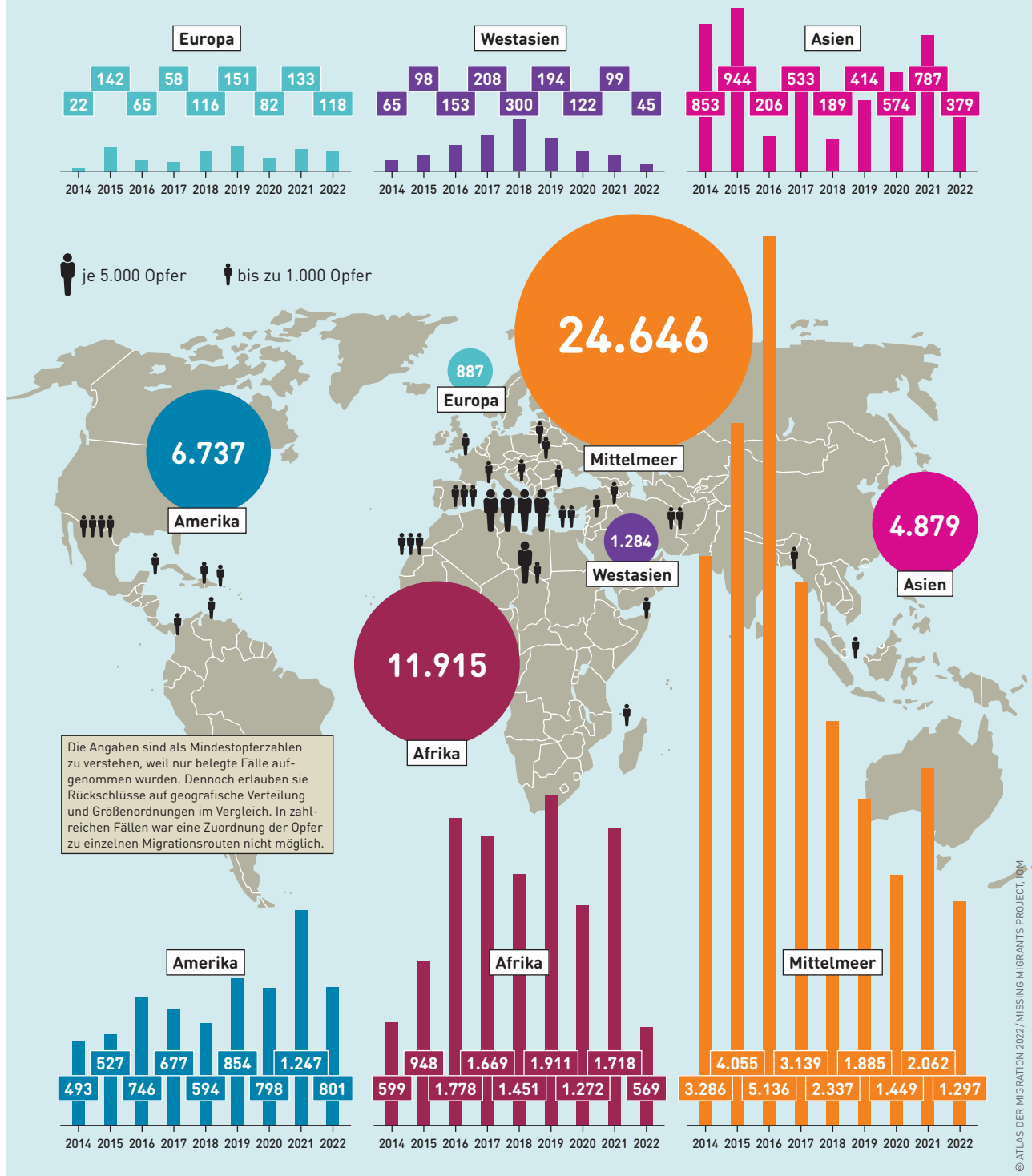
Viele der tatsächlichen Schlepper haben daraus eine Konsequenz gezogen: Flüchtlingsboote steuern sie nicht mehr selbst. Angesichts der drohenden Strafen ist das viel zu gefährlich. Stattdessen schicken sie die Geflüchteten allein mit dem Boot los. Die meisten Boote geraten in Seenot, die Geflüchteten können nicht schwimmen und ertrinken – oder sie nehmen das Ruder in die Hand und werden strafrechtlich verfolgt.

Freiwillige hingegen können heute dafür bestraft werden, Menschen nach Europa in Sicherheit zu bringen oder sie zu ernähren, zu kleiden oder zu betreuen. Möglich macht diese Kriminalisierungspolitik das sogenannte Facilitators Package, eine Richtlinie der EU aus dem Jahr 2002. Sie verlangt von den Mitgliedstaaten, Menschenschmuggel unter Strafe zu stellen. Das Problem dabei: Die ursprünglich etwa in einem UN-Protokoll für die Strafbarkeit nötige Gewinnerzielungsabsicht ist im EU-Recht nur optional. Staatsanwält:innen und Richter:innen können Geflüchtete oder Helfer:innen heute so behandeln, als betrieben diese ein mafioses Business, obwohl sie mit der Überfahrt, etwa aus der Türkei, keinen Gewinn zu erzielen versucht haben. Auch jene Menschen können wegen Schlepperei bestraft werden, die aus humanitären Gründen helfen. Jurist:innen sprechen von „Solidarity Crimes“ – Solidaritätsverbrechen.

Daran gibt es seit Jahren heftige Kritik. Im Dezember 2020 hat die EU-Kommission darauf reagiert und in einer Leitlinie klargestellt, dass Seenotrettung im Einklang mit internationalem Recht nicht kriminalisiert werden sollte – allerdings nur dann, wenn die privaten Rettungsschiffe den Anweisungen der Behörden Folge leisten. Im zentralen Mittelmeer bedeutet das in der Praxis, dass die Helfer:innen nach einem Funkspruch der italienischen oder maltesischen Rettungsleitstelle ihre Geretteten an die libysche Küstenwache übergeben müssen. Doch Libyen ist kein sicheres Land für die Geflüchteten. Viele

TÖDLICHE GRENZEN UND WEGE

Gestorbene und vermisste Migrant:innen, 2014 bis September 2022, im Zeitverlauf und nach Migrationsrouten, in Personen



sind von dort vor Gefangenschaft, Sklaverei und Folter geflohen.

Die Bürgermeister der Grenzstädte Calais in Frankreich und Ventimiglia in Italien verbieten die Verteilung von Lebensmitteln, lassen Lager zerstören und Duschen abbauen. In Frankreich immerhin haben Initiativen von Bürger:innen in der Alpenregion die nationalen Behörden dazu gebracht, eine Ausnahmeregelung anzuwenden.

Ohne die von Organisationen und Privatleuten bereitgestellten Rettungsschiffe im Mittelmeer wäre die Zahl der Opfer in dieser Region bedeutend höher

Damit kann in den Bergen die Unterstützung des illegalen Aufenthalts oder der Durchreise Papierloser von der juristischen Verfolgung ausgenommen werden – obwohl die Hilfe bei der Einreise immer noch kriminalisiert wird. —

IM DIENSTE DER MÄCHTIGEN

Je mehr Institutionen georeferenziertes Wissen über Migration produzieren, umso wichtiger wird es, sich mit der Macht von Karten, kartografischem Denken und den von ihnen vermittelten Repräsentationen von Raum zu beschäftigen.

Karten zu Migrationsbewegungen sind weder neutrale Bebilderungen noch exakte Darstellungen der Wirklichkeit. Seit der Kolonialisierung setzten mächtige Akteur:innen Karten ein, um territoriale Kontrolle und Herrschaft darzustellen und auszuweiten sowie politische Ziele zu legitimieren. Kartografische Darstellungen von Migration und Flucht sind von spezifischen Interessen geleitet. Staatliche Akteure zählen grenzüberschreitende Migration und machen sie mit Karten sichtbar. In der politischen Debatte helfen sie bei der Durchsetzung von Maßnahmen, um Migration zu kontrollieren und zu steuern.

Im Gegensatz zu einem Fließtext oder einer Tabelle ermöglichen Karten, Grenzübertreite und Migration räumlich darzustellen. Mit Pfeilen, farblich kodierten

Unterscheidungen von Herkunfts- und Zielländern sowie Grenzverläufen verleihen Kartograf:innen ihren Darstellungen eine vermeintlich klare Aussage. Sie vermeiden gestrichelte Linien und schraffierte Flächen, die umstrittene, komplexe oder unbekannte Sachverhalte und Grauzonen visualisieren könnten.

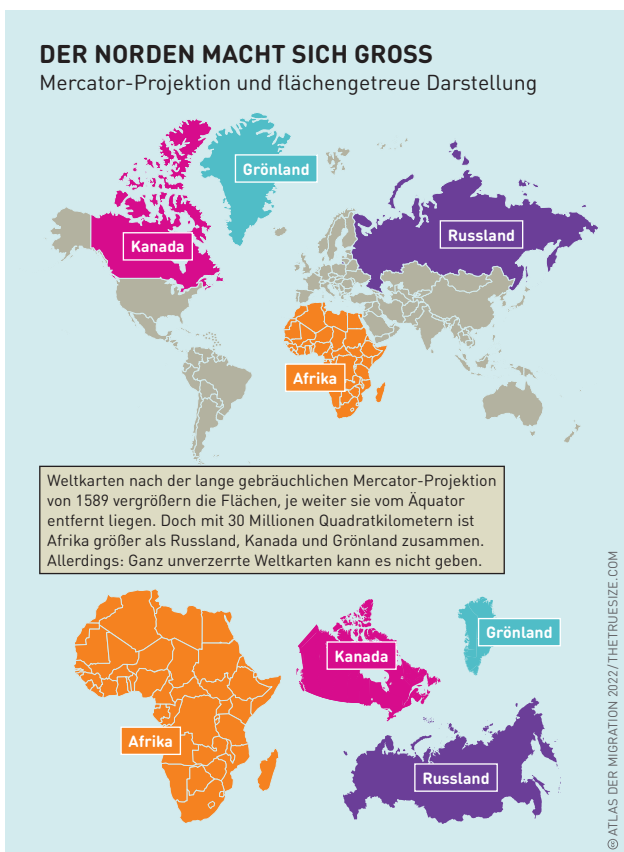
Die Augenscheinlichkeit von Karten bewirkt, dass sie als real und wahr gelesen und nicht im selben Maße wie Texte hinterfragt werden. Diese Suggestivkraft ist für die politische Kartografie verlockend. So veröffentlicht die europäische Grenzschutzagentur Frontex regelmäßige „Risikoanalysen“ und stellt irreguläre Migration darin auch visuell-kartografisch dar, etwa mit riesigen, aus vielerlei Ländern gespeisten Pfeilspitzen, die mitunter die Größe ganzer EU-Länder übersteigen und sie gar bedecken.

Durch die Technologisierung der Grenzinfrastruktur verfolgen die europäischen Grenzkontrolleur:innen – sowohl Frontex als auch etwa die griechische Küstenwache – das Ziel, die Schengen-Außengrenze umfassend aus der Ferne und in Echtzeit zu überwachen. Es ist zu vermuten, dass sie offizielle Karten mit geradlinigen Grenzverläufen in der Ägäis nutzen, um Menschen an ihrer Flucht über das Meer zu hindern. Denn die Praxis der sogenannten Pushbacks, der Zurückdrängung von Booten bis genau an die Grenze der eigenen Hoheitsgewässer, nahm in den letzten Jahren deutlich zu. Diese Einsätze sind rechtswidrig, weil Menschen beim Überschreiten der EU-Außengrenze einen gesetzlichen Anspruch haben, einen Asylantrag in der EU zu stellen.

Auch zivilgesellschaftliche Gruppen setzen seit vielen Jahren Karten ein, um etwa die Zahl der Opfer auf den Fluchtrouten über das Mittelmeer darzustellen. Noch recht neu ist der Widerstand der Aktivist:innen, die digitale Karten und Anwendungen einsetzen. Für Migrant:innen selbst sind Smartphones unabdingbar, um in Kontakt mit Familie und Freund:innen zu bleiben, zunächst aber, um auf gefährlichen Routen durch Wüsten und fremde Länder bis an und über das Meer zu navigieren. Die Kommunikation verläuft meist über Apps, die auf geografische Daten und Karten zurückgreifen. Ein Beispiel für den Einsatz solcher digitaler Kartenanwendungen als Gegenwissen ist das Netzwerk Alarm Phone.

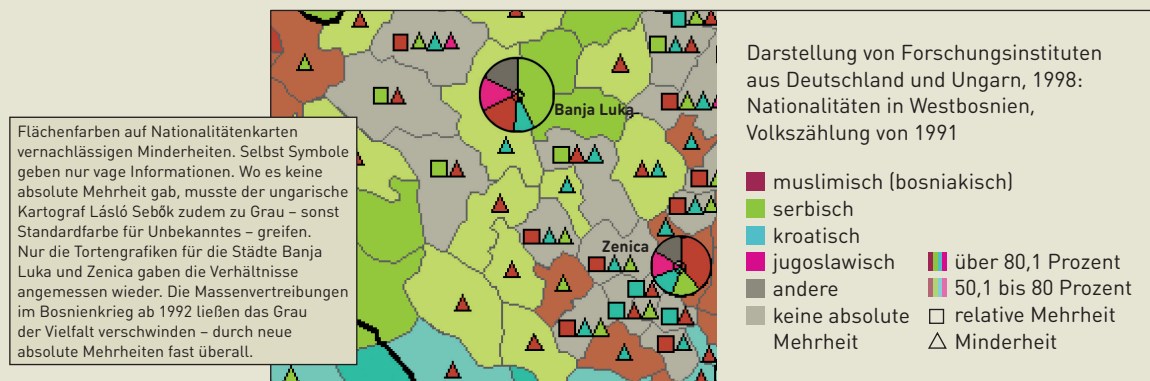
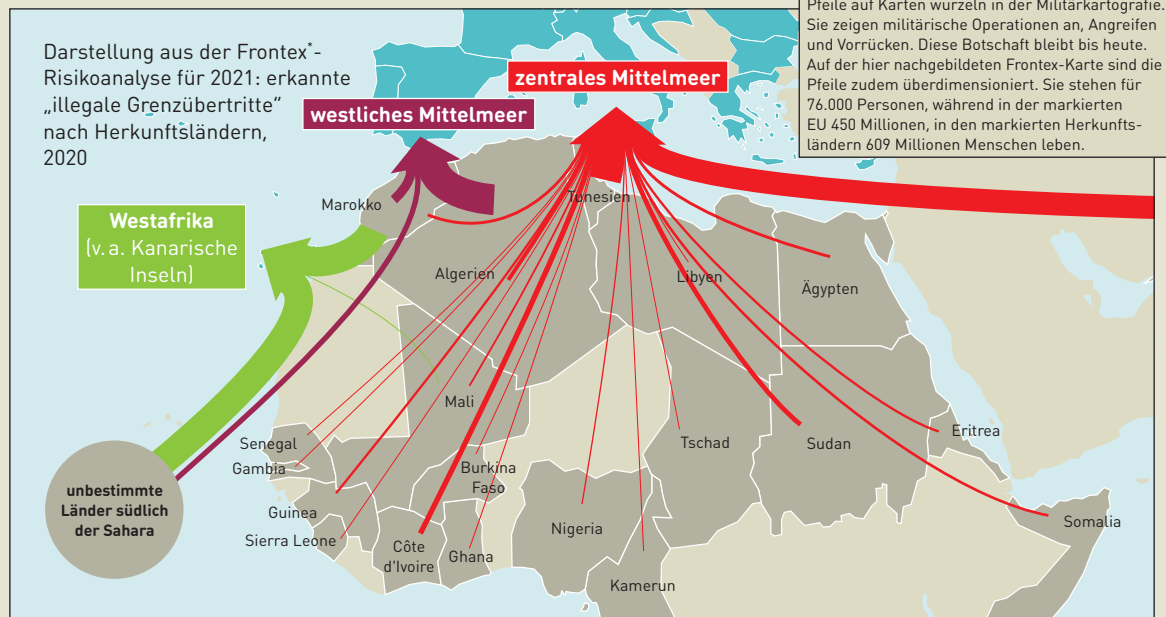
Es betreibt eine Seenotrettungshotline im Mittelmeer und einen Suchdienst in der Sahara. Die Telefonnummer ist unter Flüchtenden weithin bekannt. Die Aktivist:in-

Das Benutzen der Mercator-Projektion ist ein Beispiel dafür, wie geopolitische Machtverhältnisse in Karten eingeschrieben werden



ANGRIFF MIT PFEILEN UND ZU VIELE MINDERHEITEN

Gewollte und gescheiterte Darstellungen



*Frontex: Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache

© ATLAS DER MIGRATION 2022 / FRONTEx, SOI, ICES

nen vom Alarm Phone nutzen Anrufe von Satellitentelefonen oder Smartphones, um die Koordinaten des Bootes zu ermitteln, wenn Menschen in Seenot geraten. Anhand des genauen Standortes fordern sie die zuständigen Behörden dazu auf, ihre Pflicht zur Seenotrettung wahrzunehmen.

Das so generierte Wissen über Ausgangspunkte von Notrufen, über illegale Pushbacks und über erfolgreiche Rettungsaktionen lässt sich im Nachgang kartografisch darstellen und kann zu einer kritischen Beobachtung und Dokumentation staatlicher Praxis beitragen. Das Netzwerk Forensic Architecture zeigte mit einer kartografischen Darstellung der Überwachungszonen im Mittelmeer, mit Satellitenaufnahmen, mit Simulationen der Wind- und Strömungsverhältnisse und Aussagen der wenigen Überlebenden, warum 2011 mehr als 60 Migrant:innen sterben mussten, weil ihr Boot zwei Wochen lang ohne Treibstoff umhertrieb, obwohl italienischen, maltesischen und Nato-Stellen der Standort des Bootes be-

Bei manchen politischen Karten fallen Mittel und Zweck gleich ins Auge. Bei anderen zeigen sich problematische Inhalte erst auf den zweiten Blick

kannt gewesen war. Die Dokumentation des Netzwerks erreichte eine breite Öffentlichkeit und ermöglichte mehrere Gerichtsprozesse.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie unterschiedlich die Ziele sind, die mittels kartografischer Darstellungen und digitaler Anwendungen im Bereich der internationalen Migration verfolgt werden. Vermeintlich rein technische Vorgänge wie das Einsetzen neuer digitaler Anwendungen im Grenzschutz und die auf Geodaten basierte Überwachung des Mittelmeeres haben einen politischen Charakter. Die Verbreitung von Smartphones, mobilem Internet und Opensource-Software zur Kartierung ermöglicht Migrant:innen, ihren Weg durch die Grenzarchitektur zu finden, und der Zivilgesellschaft, den Überwachungsbehörden selbst in die Karten zu schauen. —

KÄUFLICHE FREIHEIT

Grenzenloses Reisen ist – offiziell – innerhalb der Europäischen Union selbstverständlich. Der richtige Pass macht es auch möglich, weltweit frei unterwegs zu sein. Wer ihn nicht hat, merkt schnell, dass der Geldbeutel über die Bewegungsfreiheit entscheidet.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gewährt jedem Menschen die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, also das Recht, innerhalb des eigenen Landes zu reisen, sich niederzulassen, auszuwandern und zurückzukehren. Eingehalten wird das nicht überall. China oder Tunesien etwa beschränken dieses Recht.

Was es jedoch nicht gibt, ist das unbeschränkte Recht auf Einreise in ein anderes Land. Nationalstaaten kontrollieren vielmehr den Zugang zu ihrem Territorium, indem sie Visa erteilen oder ablehnen. Dabei ergeben sich enorme globale Ungleichheiten. Wer etwa einen deutschen Pass vorweisen kann, musste 2022 nur für 37 von 199 Staaten vor der Reise ein Visum beantragen. Am Ende der Skala liegt Afghanistan, dessen Pass nur zur visafreien Einreise in 27 andere Länder berechtigt. Daran hat auch die Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 nichts geändert. Kein Land hob für Afghan:innen die Visapflicht auf, um ihnen die Flucht zu erleichtern.

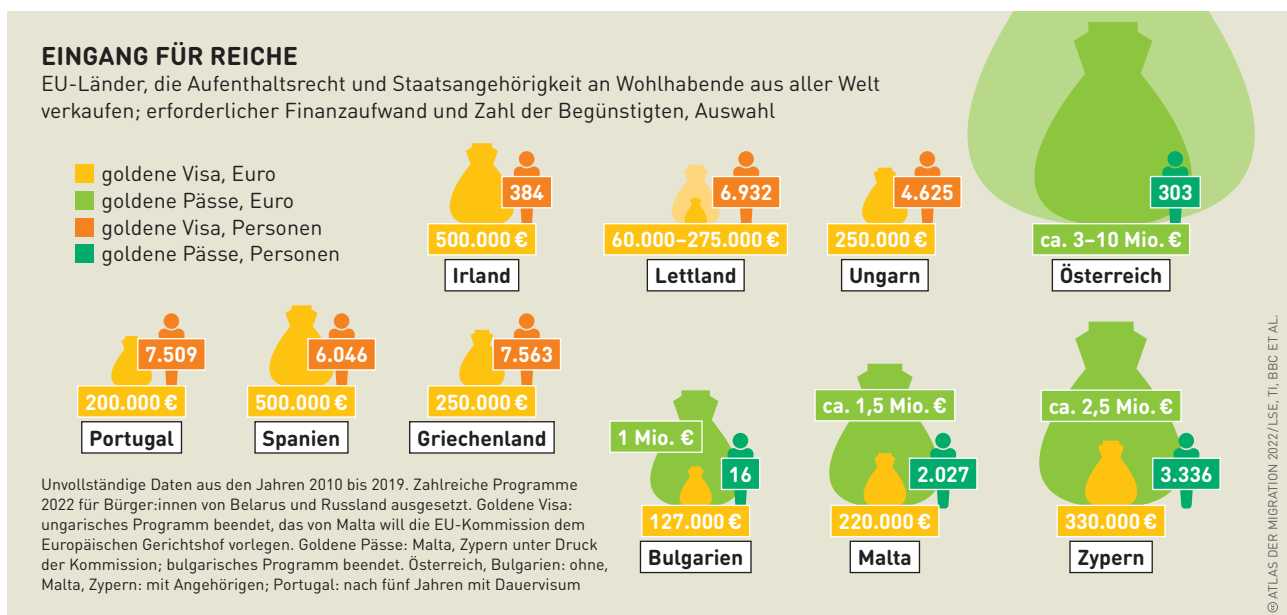
Die Corona-Pandemie hat den Zugang zu Visa vorübergehend erschwert. Wer eine Einreiseerlaubnis für ein westliches Land beantragen wollte, musste vielfach nach-

weisen, mit einem westlichen Impfstoff gegen COVID-19 immunisiert zu sein. Die im Globalen Süden viel stärker verbreiteten Impfstoffe aus Russland und China wurden für einen Visaantrag, etwa für die Einreise in die EU, nicht akzeptiert.

Der Henley Passport Index 2022, der die Bedeutung der Staatsangehörigkeit für die Bewegungsfreiheit misst, sieht Deutschland gleichauf mit Spanien – nach Japan, Singapur und Südkorea – unter den Top 5 von 199 Ländern und Gebieten. Deutsche genießen also weltweit mit die größte Freiheit bei der Mobilität. Umgekehrt ist die Einreise nach Deutschland ohne Visum nur für Angehörige der anderen 26 EU-Länder, der 5 EU-Beitrittskandidaten und von 67 weiteren Staaten möglich, zum Beispiel wichtigen politischen und Wirtschaftspartnern wie Japan, Großbritannien oder die USA. Bürger:innen von 105 weiteren Staaten müssen ein meist sehr aufwendiges und vor allem kostspieliges Visaverfahren durchlaufen, selbst dann, wenn sie nur einen kurzen Besuch in Deutschland machen wollen.

Dabei müssen die Antragsteller:innen ihr Privatleben offenlegen, Informationen über Dritte preisgeben und Fragen beantworten: Wie viel Geld ist auf Ihrem Konto? Was wollen Sie in Deutschland? Wer ist hier Ihr Arbeitgeber? Wer hat Sie eingeladen? Wo werden Sie wohnen? Wer trägt die Kosten des Aufenthaltes? Letztlich interessiert

Mittels harmlos wirkender Instrumente zur Wirtschaftsförderung haben sich Zehntausende Wohlhabende aus aller Welt gezielt in die EU eingekauft



die Konsulate vor allem, ob die Antragsteller:innen nach Ablauf des Visums das Land wieder verlassen.

Wenn die Behörde nicht an die Rückkehrbereitschaft glaubt, wird der Antrag abgelehnt. Die Visaabteilung hat hier eine große Ermessensfreiheit, verbindliche Kriterien fehlen, es bleibt viel Raum für Diskriminierung und Korruption. In deutschen Botschaften in Afrika, Südamerika und Osteuropa wurden zwischen 2008 und 2010 Visa gegen Bestechungsgelder ausgestellt. Und 2018 wurde bekannt, dass Botschaftsmitarbeiter:innen im Libanon wegen extremer Wartezeiten für die Visaantragstellung kurzfristige Termine verkauft hatten.

Insgesamt stellten die deutschen Botschaften im Jahr 2019 – vor Corona – rund 2,28 Millionen Visa aus. Etwa 269.000 Anträge wurden abgelehnt. Die Ablehnungsrate lag damit bei 11,8 Prozent. Die negativen Bescheide waren sehr ungleich verteilt. 2020 lag ihre Quote in Boston (USA) bei knapp 0,26 Prozent, in Ankara (Türkei) bei 24 Prozent; in Lagos (Nigeria) hatten 48 Prozent aller Anträge auf ein Visum keinen Erfolg.

Für viele Menschen stellen schon die Kosten eine unüberwindbare Hürde dar. Wer in Deutschland studieren möchte und deshalb einen Antrag stellt, muss derzeit in der Regel einen Betrag von 10.332 Euro auf ein Sperrkonto einzahlen, von dem erst in Deutschland etwas abgeboben werden kann. Das soll den Lebensunterhalt für mindestens ein Jahr garantieren. Angesichts der Löhne in Ländern Afrikas oder des Nahen Ostens ist eine solche Summe für viele kaum aufzubringen. Die Möglichkeit, den Aufenthalt mit Arbeit in Deutschland zu finanzieren, wird ihnen durch diese Regelung genommen.

Das wohl drastischste Beispiel dafür, dass der Geldbeutel maßgeblich über den Grad der Bewegungsfreiheit entscheidet, sind die sogenannten goldenen Reisepässe und goldenen Visa. Sie gehen an Ausländer:innen, die im Zielland Geld in einer bestimmten Höhe anlegen. Allein 14 Länder in Europa bieten Pässe oder Dauervisa gegen sechsstellige Investitionen an. Nach Russlands Angriff auf die Ukraine stoppten unter anderem Griechenland, Irland, Bulgarien, Lettland und Spanien ihre Programme, die zuvor auch von vielen reichen Russ:innen in Anspruch genommen worden waren.

Deutschland kennt eine ähnliche Regelung, die allerdings nicht als „golden“ eingestuft wird. Seit 2004 kann ein Investorenvisum erhalten, wer eine größere Summe in ein eigenes Unternehmen in Deutschland investiert, das sicher finanziert und tragfähig ist. Anfangs galt ein Betrag ab 250.000 Euro, heute wird ein substanzieller Vorteil für den Wirtschaftsstandort erwartet. Verläuft das Projekt erfolgreich und sichert es den Lebensunterhalt, lockt nach drei Jahren eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. —

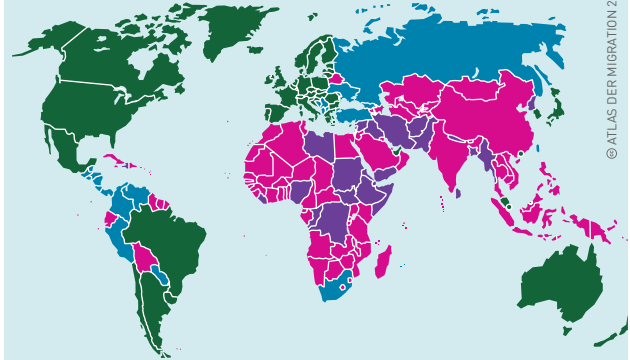
Für EU-Bürger:innen ist die Einreise in Drittstaaten unterschiedlich geregelt. Die Einreise aus Drittstaaten in die EU ist hingegen klar geteilt: in Pässe mit und ohne Visum

Globale Mobilität – Oder auch nicht

Reisefreiheit dank Nationalität und Reisepass, 2022

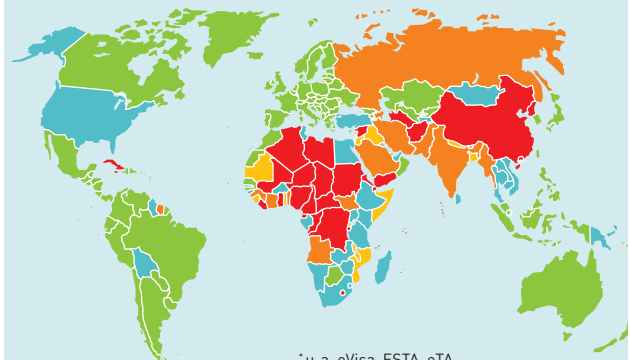
In wie viele Länder können Bürger:innen dieses Landes ohne Visaantrag einreisen?

- 151 bis 193
- 101 bis 150
- 51 bis 100
- 27 bis 50



In welche Länder dürfen EU-Bürger:innen unter welchen Bedingungen einreisen?

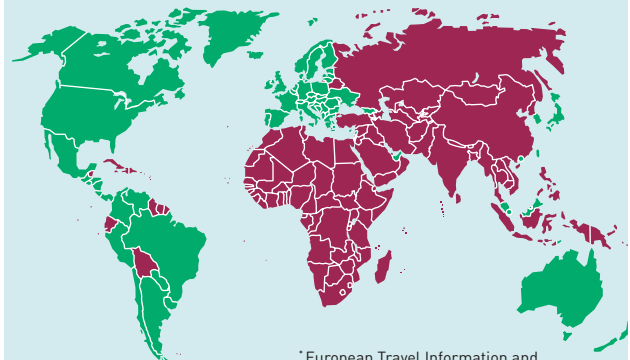
- frei, keine Visumpflicht
- Visum bei Einreise
- Onlinedokument* vorab
- Vorabvisum im Pass
- für EU-Staaten unterschiedlich



* u. a. eVisa, ESTA, eTA

Aus welchen Ländern darf eine Person ohne Visaantrag in die EU einreisen? Von wo herrscht Visapflicht?

- ohne Visum, mit ETIAS-Visum*
- mit Visum



* European Travel Information and Authorization System, einheitliche EU-Reisegenehmigung ab 2023

Kleinststaaten nicht markiert

© ATLAS DER MIGRATION 2022 / HENLEYGLOBAL, WIKIPEDIA, ETIASVISA

DAS BLEIBEN ERLAUBEN

Für Migrant:innen bedeutet ein Leben ohne gültigen Aufenthaltsstatus, in besonders starkem Maße der Ausbeutung und Diskriminierung, aber auch der Angst vor Abschiebung ausgesetzt zu sein. Viele Länder setzen auf eine Regularisierung – aber nur von Zeit zu Zeit.

Als undokumentiert gelten Migrant:innen, wenn ihr Aufenthalt von dem Land, in dem sie leben, nicht offiziell anerkannt wird. Dazu können etwa Menschen mit einer abgelaufenen Aufenthaltserlaubnis für Arbeit, Studium oder Familienzusammenführung gehören. Manche Undokumentierte werden als Kinder von Eltern ohne Papiere geboren und sind nie selbst migriert.

Andere verlieren mit 18 Jahren ihren Aufenthaltstitel, wenn eine auf Kinderrechten basierende Aufenthaltsgenehmigung ausläuft. Die kann für unbegleitete Minderjährige ebenso wie für Kinder gelten, die bei ihren Familien leben. In Frankreich etwa benötigen Kinder keine Aufenthaltsgenehmigung, können dann aber ab ihrem 18. Geburtstag zu Papierlosen werden.

Es gibt keine neueren zuverlässigen Schätzungen darüber, wie viele Menschen undokumentiert in der EU insgesamt leben. Die bis heute zuverlässigste Studie stammt von 2009 und wurde von der Europäischen Kommission gefördert. Demnach hielten sich im Jahr 2008 zwischen 1,9 und 3,8 Millionen papierlose Migrant:innen in der EU auf.

Für einzelne Länder gibt es jüngere Zahlen. In Spanien etwa lebten 2019 insgesamt rund 147.000 Kinder und Jugendliche ohne Papiere im Alter von 0 bis 19 Jahren. 57 Prozent (circa 84.000) waren jünger als 10 Jahre. In Großbritannien, damals noch in der EU, hielten sich 2017 schätzungsweise 674.000 Migrant:innen ohne Papiere auf, darunter 215.000 Kinder. 106.000 von ihnen waren im Land geboren. In den USA lebten 2019 schätzungsweise 11 Millionen Migrant:innen ohne Papiere.

Das Leben ohne regulären Aufenthaltsstatus setzt die Betroffenen der Ausgrenzung und Entrechtung aus: Weder können sie ihr Leben planen noch erhalten sie eine sichere Gesundheitsversorgung. Sie dürfen nicht offiziell arbeiten und haben allenfalls eingeschränkten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Die Folgen sind unsichere Wohnverhältnisse, Missbrauch und Ausbeutung am Arbeitsplatz, Armut, soziale Isolation und Angst. Zugang zur Krankenversicherung ist oft erschwert oder gar unmöglich. Viele Betroffene haben Angst vor einer Abschiebung, wenn sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen

würden. Solche Kontakte vermeiden sie deshalb und erhalten nötige Behandlungen teils nicht oder zu spät. Vielen wird die medizinische Versorgung chronischer oder psychischer Erkrankungen verwehrt, was eine Verletzung des Menschenrechts auf Gesundheit darstellt.

In der Arbeitswelt sind Menschen ohne Papiere besonders anfällig für Ausbeutung. Arbeitgeber:innen nutzen die prekäre aufenthaltsrechtliche Lage häufig aus, indem sie sie unterhalb des Mindestlohns bezahlen, überlange Arbeitszeiten verlangen, keinen Urlaub oder zu wenig freie Tage gewähren. Manchmal wird Lohn nicht oder nicht vollständig gezahlt und darauf gesetzt, dass die Beschäftigten aus Angst vor einer Abschiebung keine Anzeige erstatten.

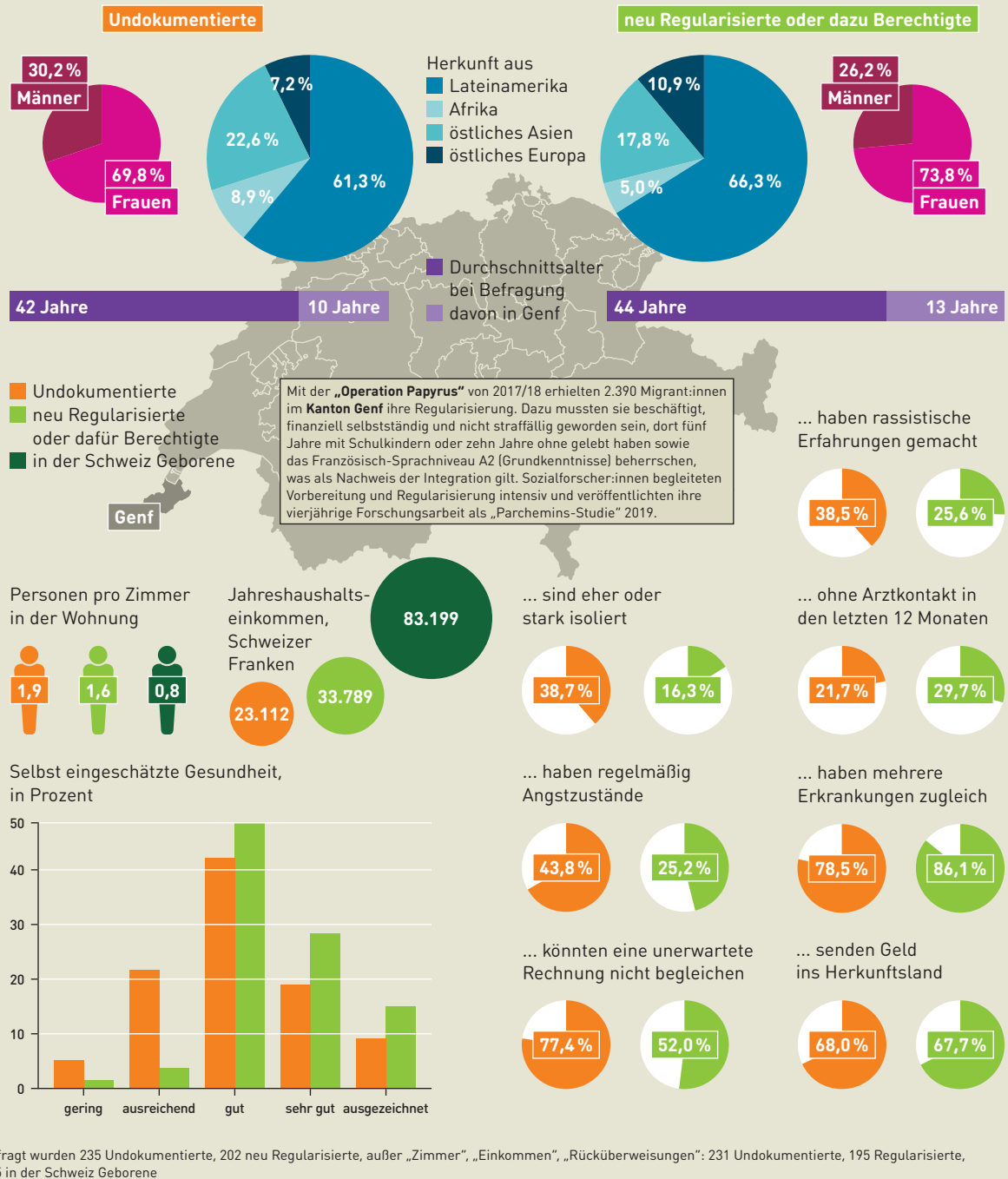
All das hat schwere Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Menschen. Ohne Papiere aufzuwachen kann langfristige Schäden in der Entwicklung von Kindern verursachen. Es wirkt sich auf ihre Bildung, die Wohnsituation und die Familiendynamik aus, verursacht Angst vor der Polizei und den Einwanderungsbehörden. Kinder werden so von wichtigen Ereignissen des Übergangs in das Erwachsenenalter ausgeschlossen, etwa dem Schulabschluss, offiziell zu heiraten und Geld zu verdienen, um für die Familie zu sorgen. All das schadet der Identität und dem Zugehörigkeitsgefühl junger Menschen in einer für ihre Entwicklung entscheidenden Zeit.

Die COVID-19-Pandemie verschärfte die Situation. Gleich zu Beginn der Pandemie sank das Einkommen von Menschen ohne Papiere, weil sie ihre Arbeit etwa in der Gastronomie nicht fortsetzen konnten. Gleichzeitig war es für die meisten aufgrund ihres irregulären Aufenthaltsstatus unmöglich, Zugang zu staatlicher Unterstützung wie Arbeitslosengeld zu erhalten. Aufgrund prekärer Wohnverhältnisse war es schwierig, zum Schutz vor einer Infektion Abstand zu halten. Ersparnisse waren vielfach schnell aufgebraucht, die Menschen waren auf informelle Unterstützung angewiesen, etwa auf private Lebensmittelpakete.

Eine Lösung für solche Probleme ist die Regularisierung – so nennt man das Verfahren, bei dem eine Behörde den Aufenthalt in einem Land gestattet. Migrant:innen ohne Papiere können versuchen, eine Aufenthaltsgenehmigung zu beantragen. Doch nicht überall wird eine solche Erlaubnis erteilt – viele Gründe, aus denen Menschen migrieren, werden für diese Regularisierung nicht anerkannt. Teils ist die Grundlage für solche Anträge eine dauerhaft gültige Bestimmung, teils gibt es dafür Kampagnen oder Programme. Der Antrag muss innerhalb einer bestimmten Frist gestellt werden, um Gruppen, die schon länger im Land leben, den Zugang zu regulärem Aufenthalt

NEUE SICHERHEIT

Regularisierung 2017/18 in der Schweiz – Umfragen unter Migrant:innen ohne und mit neu vergebener Aufenthaltsberechtigung im Schweizer Kanton Genf über ihre materielle, soziale und gesundheitliche Lage



zu vereinfachen. In den vergangenen Jahren haben unter anderem Kolumbien, Irland und Schweden solche Schritte unternommen. Italien, Portugal und Thailand etwa haben im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie Arbeitnehmer:innen ohne Papiere vorübergehend reguliert.

Das EU-Recht erlaubt, Menschen ohne Papiere jederzeit zu regulieren. Viele EU-Mitgliedstaaten haben davon in den vergangenen 25 Jahren Gebrauch gemacht. Zwischen 1996 und 2008 etwa regulierten 24 der 27

Mit einer Regularisierung verbessern sich die Lebensbedingungen von Migrant:innen, die zuvor oftmals versuchten, für den Staat unsichtbar zu bleiben

EU-Mitgliedstaaten das Aufenthaltsrecht von bis zu sechs Millionen Menschen. Doch es gibt Millionen weitere. Ihnen gegenüber ist die Politik der EU-Mitgliedstaaten weiter von Kriminalisierung, Einreise- und Aufenthaltsverboten sowie Rückführung gekennzeichnet. —

ABSCHIEBUNG

LANGER WEG ZURÜCK

Wer in der EU mit einem Asylantrag endgültig scheitert und damit ausreisepflichtig wird, kann von den Behörden eine Duldung erhalten, bevor die „freiwillige“ Ausreise oder die gewaltsame Abschiebung droht.

Mit ihrem 2020 vorgestellten Asyl- und Migrationspakt wollte die EU-Kommission die Migrations- und insbesondere Asylpolitik der Union auf neue Füße stellen. Eines der wichtigsten Elemente: die Rückkehr abgelehnter Asylsuchender. Ein „EU-Rückkehrkoordinator“ sollte her. EU-Staaten, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollten, sollten alternativ Hilfe bei der Abschiebung leisten können, so die Kommission. Sie dachte sich dafür gar das Instrument der „Rückführungsverträge“ zwischen EU-Staaten aus.

Die „Durchsetzung der Ausreisepflicht“ – gemeint sind Abschiebungen – war auch eines der wichtigsten innenpolitischen Themen in Deutschland nach der Ankunft vieler Geflüchteter in den Jahren 2015/16. Wer in einem Asylverfahren keinen Schutz erhalten hat, muss wieder ausreisen oder wird abgeschoben, heißt es. Das klingt nachvollziehbar, doch die Realität ist komplex.

Die Schwierigkeiten fangen damit an, festzustellen, wer schutzbedürftig ist und wer nicht. Persönliche Angaben im Asylverfahren müssen auf ihre Glaubwürdigkeit hin überprüft werden. Oft gibt es unterschiedliche Bewertungen der Lage in den Herkunftsregionen. Komplizierte rechtliche Bestimmungen werden zum Teil unterschiedlich angewandt, und immer wieder gibt es Berichte über voreingenommene oder unzureichend qualifizierte Beschäftigte im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

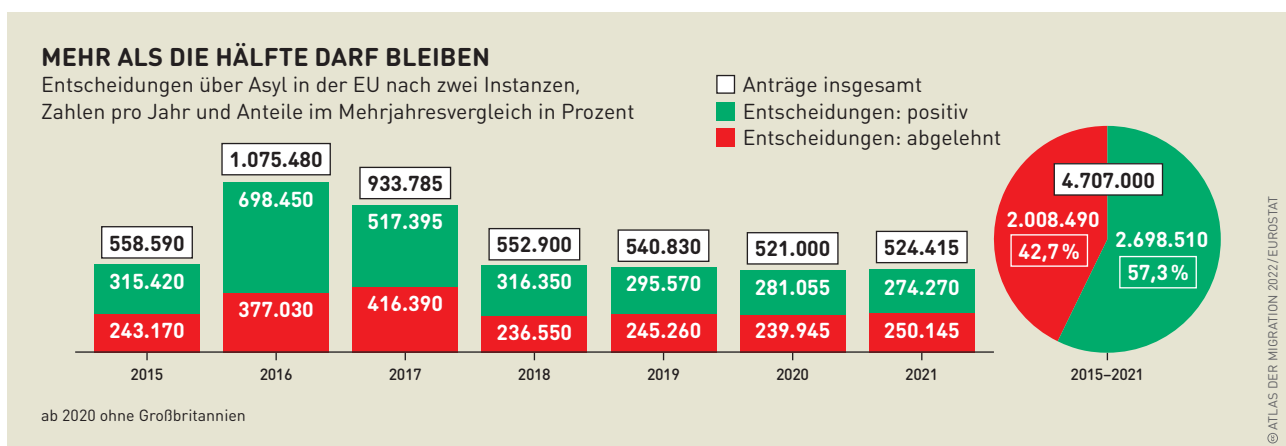
So wird die Schutzbedürftigkeit von Asylsuchenden aus demselben Herkunftsland manchmal sehr unter-

schiedlich bewertet. Innerhalb der EU schwankte die Anerkennungsquote etwa bei afghanischen Flüchtlingen 2021 zwischen 9 Prozent in Bulgarien und 100 Prozent in Spanien und Portugal. Auch innerhalb Deutschlands gibt es solche Unterschiede. Bei afghanischen Flüchtlingen lag die Schutzquote im Jahr 2020, je nach Außenstelle des Bundesamtes, zwischen 31,7 und 87,5 Prozent; im Bundesdurchschnitt waren es 62 Prozent.

Rund ein Drittel aller Asylbescheide muss wegen inhaltlicher Mängel oder falscher Beurteilungen von den Gerichten korrigiert werden, wenn Schutzsuchende klagen. Selbst wenn eine Ablehnung im Asylverfahren gerichtlich bestätigt wird, können die Betroffenen oft nicht einfach abgeschoben werden oder ausreisen. Von den Mitte 2021 etwa 290.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen in Deutschland kamen die meisten aus dem Irak und aus Afghanistan (jeweils gut 30.000) – Bürgerkriegsländer, in die wegen unsicherer Verhältnisse nicht oder vergleichsweise wenig abgeschoben wird, trotz der politisch forcierten Charterabschiebungen nach Afghanistan.

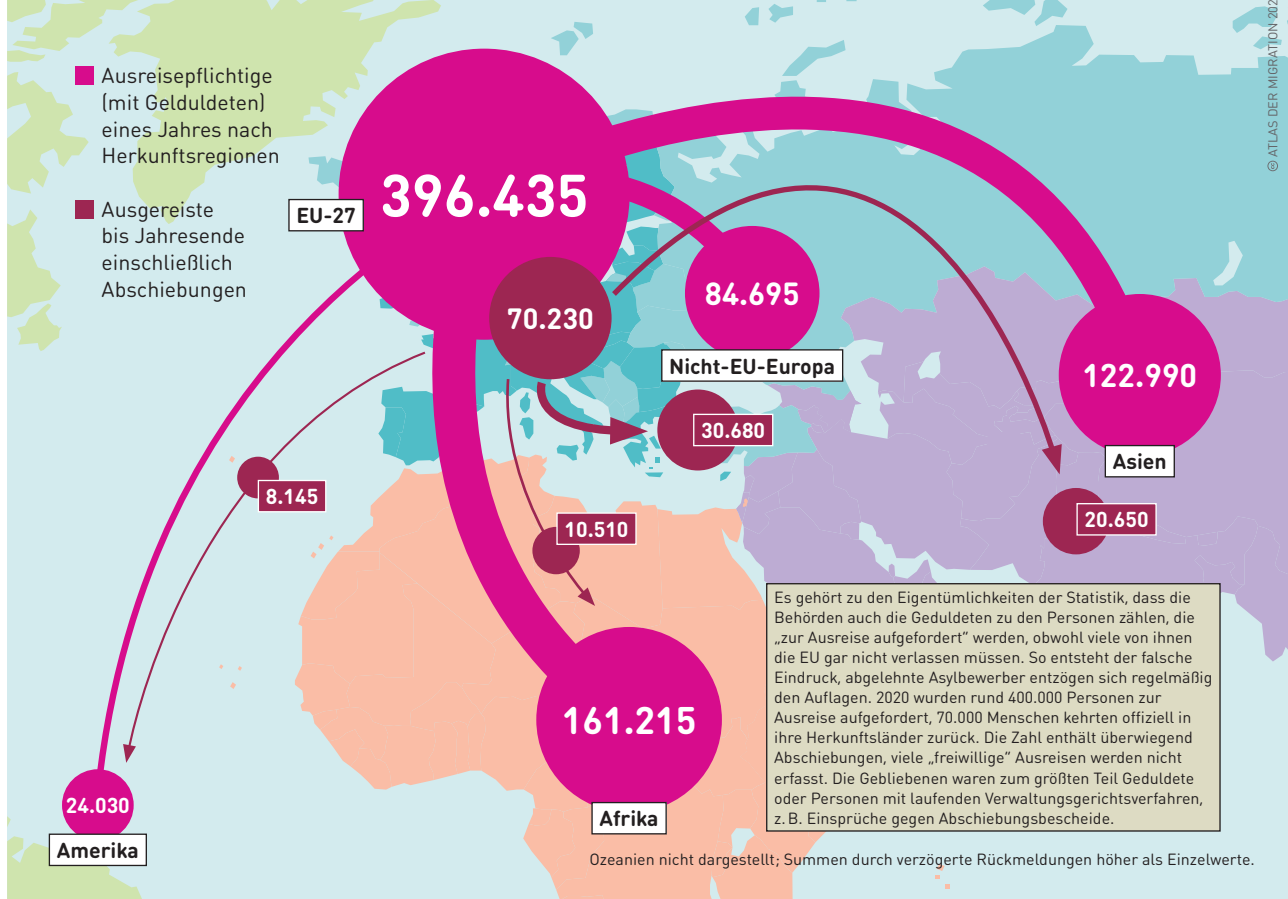
Schwer zu verstehen ist: „Ausreisepflicht“ bedeutet nicht zwingend, dass die Betroffenen ausreisen müssten, denn „ausreisepflichtig“ ist auch, wer eine Duldung hat, und das waren in Deutschland gut 240.000 der 290.000 Ausreisepflichtigen. Eine Duldung kann zum Beispiel wegen krankheitsbedingter Abschiebungshindernisse oder eines noch laufenden Asylfolgeverfahrens erteilt werden, aber auch wegen familiärer Bindungen, einer Ausbildung, Beschäftigung oder aus humanitären Gründen. Abschiebungen bedeuten für die Betroffenen fast immer Gewalt

Innerhalb der EU unterscheiden sich die Anerkennungsquoten stark. Oft hängt das Asyl daran, in welchem Land jemand den Antrag gestellt hat



DULDEN UND ABSCHIEBEN

Anordnungen zur Ausreise aus der EU und tatsächlich Ausgereiste, 2020



und die Zerstörung der persönlichen Lebensplanung. Wie viele der gut 240.000 geduldeten Personen gar nicht abgeschoben werden sollen beziehungsweise dürfen, wird nicht erfasst. In der Politik wird die Zahl der Ausreisepflichtigen jedoch häufig mit der Zahl der Abschiebungen oder Ausreisen verglichen.

Hinzu kommt, dass freiwillige Ausreisen im Gegensatz zu Abschiebungen nur unvollständig erfasst werden. Bis vor Kurzem waren es nur die mit Bundesmitteln finanziell geförderten „freiwilligen Ausreisen“. 2020 waren dies knapp 6.000. Viele Betroffene reisen jedoch aus, ohne dies den Behörden mitzuteilen. Überprüfungen zeigen immer wieder, dass vielleicht sogar mehr als die Hälfte aller angeblich ausreisepflichtigen Personen ohne Duldung nicht mehr in Deutschland lebt oder nicht ausreisepflichtig ist.

2019 – vor Corona – wurden rund 22.000 Menschen aus Deutschland in ihr Herkunftsland abgeschoben, 2021 waren es knapp 12.000. Fast 3.000 Menschen wurden 2021 und 2020 jeweils aus Deutschland in die EU-Länder überstellt, über die sie in die EU eingereist waren. Ein wichtiger Akteur bei Abschiebungen ist die EU-Grenzschutzagentur Frontex. Sie organisiert Abschiebe-Charterflüge, 163 waren es 2021 in Deutschland. 2020 kamen allein in Deutschland über 3.000 Menschen in Abschiebungshaft – ein schwerwiegender Eingriff in die Freiheitsrechte. Im

Scheitert ein Asylantrag, kommt es nicht immer sofort zur Abschiebung. Als Duldungsgründe gelten Krieg im Herkunftsland, Krankheit oder familiäre Bindungen

kleinen Belgien waren es im Jahr 2017 über 7.100 Menschen, in Griechenland kamen rund 31.100 (2018) und in Frankreich sogar 46.800 (2017) Menschen in Abschiebungshaft.

Für das Jahr 2020 lieferten 19 EU-Mitgliedstaaten – ohne Deutschland – erstmals genauere Informationen zur Rückkehr ausreisepflichtiger Personen in ihr Herkunftsland. Im Durchschnitt gab es demnach in etwa so viele freiwillige wie erzwungene Ausreisen, doch die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern waren groß: Während Ungarn, Dänemark und Italien zu über 90 Prozent auf Abschiebungen setzten, war es in Liechtenstein, Lettland und Estland genau umgekehrt (über 90 Prozent freiwillige Ausreisen). Die meisten der sogenannten freiwilligen Ausreisen erfolgen allerdings dem Wortsinn nach nicht „freiwillig“, sondern gezwungenermaßen nach einer behördlichen Ausreiseaufforderung. Oft wollen die Betroffenen auch eine Abschiebung vermeiden, die als Gewalterfahrung traumatische Folgen haben kann – und mit einem langjährigen Wiedereinreiseverbot in die EU verbunden ist. —

IDENTITÄT UND EMOTION

Einwanderung, Islam, Putin – in verschiedenen europäischen Ländern legen nationalistische Parteien bei ihren Freund- und Feindbildern einen gewissen Opportunismus an den Tag.

Anfang 2020 versuchten afghanische, syrische und somalische Geflüchtete verzweifelt, über die türkisch-griechischen Grenzabsperungen am Fluss Evros zu gelangen. Viele wurden aufgehalten, aufgegriffen, abgewiesen, misshandelt, zurückgeschickt. Zuvor hatte der türkische Staatspräsident Erdoğan den Menschen Hoffnungen auf die Einreise in die EU gemacht, ihr Leid dabei jedoch hemmungslos zu eigenen Zwecken instrumentalisiert.

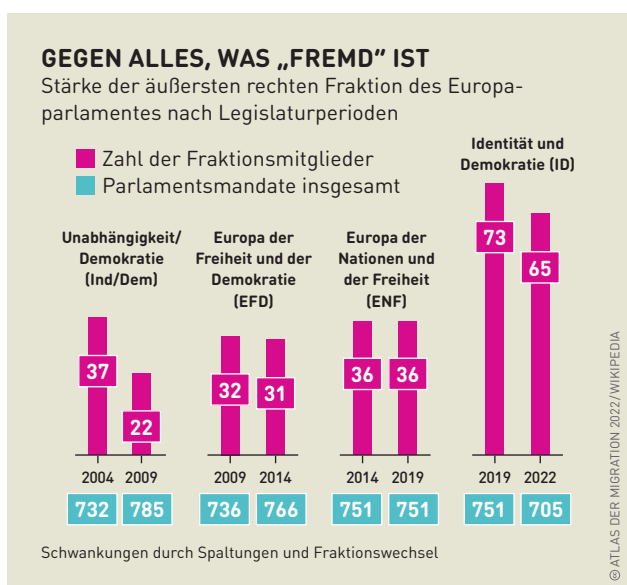
Das Besondere dieser Wochen: Auf griechischer Seite fanden sich Gäste aus vielen Ländern Europas ein, um die Grenztruppen von Armee und Polizei zu unterstützen: Rechtsextreme, die selbst die Landschaft nach Geflüchteten durchstreifen wollten, Abgeordnete des Europaparlaments wie Jordan Bardella und Jérôme Rivière, beide vom Rassemblement National (RN) der rechten Französin Marine Le Pen, und auch die Belgier Dries van Langenhove und Tom Vandendriessche von der rechtsextremen Partei Vlaams Belang. Aus Deutschland und Österreich kamen Anhänger der Identitären Bewegung wie Martin Sellner aus Wien. Und Panagiotis Kalakikos, konservativer Bürgermeister des grenznahen Städtchens Soufli, hieß die selbsternannten Verteidiger europäischer Identität in seinem Rathaus „alle willkommen“.

Ortswechsel, März 2022 an der polnischen Ostgrenze: Hunderttausende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine überqueren die EU-Außengrenzen auf der Flucht vor den russischen Bomben und Panzern. Auch diesmal sind extrem Rechte aus dem übrigen Europa angereist – jetzt allerdings haben sie andere Pläne. Louis Aliot, Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Perpignan und früherer Lebensgefährte von Marine Le Pen, kommt mit dem Bus. Er will Flüchtlinge abholen, die in seiner Stadt Aufnahme finden sollen. Auch der Italiener Matteo Salvini reist nach Ostpolen. Der frühere Innenminister der rechtsextremen Lega will Solidarität mit den Flüchtlingen zeigen. Doch der Empfang für ihn fällt anders als erwartet aus. Der rechtskonservative Bürgermeister der Grenzstadt Przemysł, Wojciech Bakun, überreicht ihm öffentlich ein T-Shirt, auf dem Unterstützung für Wladimir Putin bekundet wird. Dasselbe Shirt hatte Salvini persönlich bei einem Besuch in Moskau getragen. Für die polnisch-nationalistische PiS ein Sakrileg. Anders als die kremltreuen Salvini oder Le Pen ist Putin für sie der Feind schlechthin.

Dem rechtsextremen Politikpersonal ging es auch darum, vergessen zu machen, dass sie noch vor kurzer Zeit das Regime Putins unterstützten. Schon immer zeigten sie eine gewisse Flexibilität bei ihren Positionen zur Einwanderung und dem Kampf dagegen. Im Prinzip konstruieren sie stets einen Hauptfeind, gegen den die Gesellschaft über alle sozialen Spaltungslinien hinweg zusammenstehen kann. Doch wie das konkret aussehen könnte – diesbezüglich zeigten sie sich anpassungsfähig.

Für die osteuropäische extreme Rechte waren lange Zeit eher Rom:nja oder Jüd:innen die Hauptbedrohung, im ganzen westlichen Europa die Muslim:innen. Jean-Marie Le Pen, Vater und Vorgänger von Marine Le Pen im Parteivorsitz der französischen Rechtsradikalen, zweifelte dies 2005 offen an: „Wenn christliche Ivorer – also Staatsangehörige der Elfenbeinküste – „kommen, ist das etwa besser, als wenn Muslime einwandern?“, fragte er. Doch seit seine Tochter die Parteigeschäfte übernahm, konzentriert sie sich weitgehend darauf, Einwanderung als negativ darzustellen, weil sie eine angebliche islamische Bedrohung schaffe.

Auch der Diskurs über den Islam erweist sich als wandlungsfähig. Mal geht es um Anpassung: Diejenigen Muslim:innen, die brav arbeiten und nicht aufmucken,

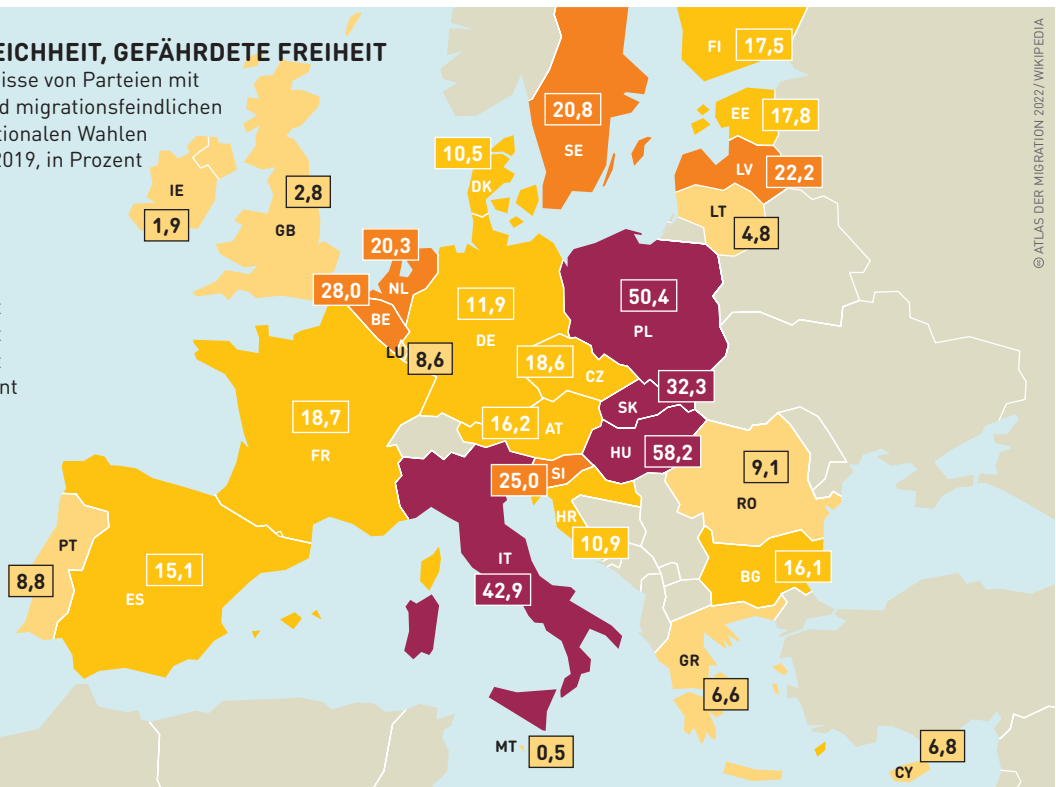


Auf die rechtspopulistischen und -extremen Parteien in der EU entfallen inzwischen fast zehn Prozent der Sitze des Europäischen Parlaments

BEKÄMPFTE GLEICHHEIT, GEFÄHRDETE FREIHEIT

Jüngste Wahlergebnisse von Parteien mit nationalistischen und migrationsfeindlichen Programmen bei nationalen Wahlen in EU-Ländern seit 2019, in Prozent

- bis 10 Prozent
- bis 20 Prozent
- bis 30 Prozent
- über 30 Prozent



Belgien (BE) 2019: Neu-Flämische Allianz (N-VA) 16,0%. Flämische Interessen (VB) 12,0%.

Bulgarien (BG) 2022: Wiedergeburt, 10,2%. Bulgarischer Aufstieg 4,6%. Bulgarische Nationale Bewegung (IMRO) 0,8%. Ataka 0,5%

Dänemark (DK) 2019: Dänische Volkspartei (DF) 8,7%. Harter Kurs 1,8%

Deutschland (DE) 2021: Alternative für Deutschland (AfD) 10,3%. Rechte Kleinparteien 1,6%

Estland (EE) 2019: Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) 17,8%

Finnland (FI) 2019: Wahre Finnen (PS) 17,5%

Frankreich (FR) 2022: Nationale Versammlung (RN) 18,7%

Griechenland (GR) 2019: Griechische Lösung (EL) 3,7%. Goldene

Morgenröte (XA) 2,9%

Irland (IE) 2020: Einheit 1,9%

Italien (IT) 2022: Geschwister Italiens (FdI) 26,0%. Lega 8,8%. Vorwärts Italien (FI) 8,1%

Kroatien (HR) 2020: Heimatbewegung (DP) 10,9%

Lettland (LT) 2022: Nationale Vereinigung „Alles für Lettland“ – „Für Vaterland und Freiheit (NA) 9,3%. Souveräne Macht (SV) 3,2%. Für jeden und alle (KuK) 3,7%. Lettland zuerst (LPV) 6,0%

Litauen (LI) 2020: Wahlaktion der Polen Litauens (LLRA) 4,8%

Luxemburg (LU) 2018: Alternative Demokratische Reformpartei (ADR) 8,6%

Malta (MT) 2022: Volkspartei (PP) 0,5%

Niederlande (NL) 2021: Staatkundig Gereformeerde Partij 2,1%. JA21 2,4%.

Partei für die Freiheit (PVV) 10,8%.

Forum für Demokratie (FvD) 5,0%

Österreich (AT) 2019: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 16,2%

Polen (PL) 2019: Recht und Gerechtigkeit (PiS), Solidarisches Polen (PS) 43,6%. Konföderation 6,8%

Polen (PL) 2019: Recht und Gerechtigkeit (PiS), Solidarisches Polen (PS) 43,6%. Konföderation 6,8%

Polen (PL) 2019: Recht und Gerechtigkeit (PiS), Solidarisches Polen (PS) 43,6%. Konföderation 6,8%

Rumänien (RO) 2020: Allianz für die Vereinigung der Rumänen (AUR) 9,1%

Schweden (SE) 2022: Schwedende-mokraten (SD) 20,5%. Alternative für Schweden (Afs) 0,3%

Slowakei (SK) 2020: Freiheit und Solidarität (SaS) 6,2%. Slowakische Nationalpartei (SNP) 3,2%. Partei der ungarischen Gemeinschaft (SMK) 3,9%. Kotlebianer – Volkspartei

Unser Slowakei (LSNS) 7,9%. Wir sind eine Familie (SR) 8,2%. Heimat 2,9%

Slowenien (SI) 2022: Slowenische Demokratische Partei (SDS) 23,5%. Slowenische Nationale Partei (SNS) 1,5%

Spanien (ES) 2019: Vox 15,1%

Tschechien (CZ) 2021: Demokratische Bürgerpartei (ODS) in Wahlliste, ohne Einzelergebnis. Freiheit und direkte Demokratie (SPD) 9,6%. Diverse rechte Parteien 9,0%

Ungarn (HU) 2022: Ungarischer Bürgerbund (Fidesz/KDNP) 52,5%. Jobbik in Wahlliste, ohne Einzelergebnis. Unserer-Heimat-Bewegung (MHM) 5,7%

Zypern (CY) 2021: Nationale Volkspfront (ELAM) 6,8%

Großbritannien (GB) 2019: Brexit-Partei 2,0%, Demokratische Unionistenpartei (DUP) 0,8%

seien willkommen. In Frankreich etwa steht diese Perspektive in der kolonialen Tradition eines nachträglich idealisierten Zusammenlebens im französisch kolonisierten Algerien, wobei es tatsächlich ein ausgeprägtes System von Über- und Unterordnung gab. Marine Le Pen und ihre Anhänger:innen hingegen argumentieren, Muslim:innen seien generell nicht in der Lage, friedlich und problemlos in Europa zu leben. Dazu gibt es in der extremen Rechten auch einen Diskurs, der den radikalen politischen Islam begrüßt, weil dieser für ein vergleichbares Identitätsstreben stehe wie die eigenen Parteien. Demnach seien alle vermeintlichen kulturellen Identitäten und ihre jeweiligen Wiederaneignungen positiv zu sehen – nur vermischen dürften sie sich nicht. 1998 saß Jean-Marie Le Pen bei der in Frankreich stattfindenden Fußballweltmeisterschaft anlässlich des Spiels Iran–USA noch auf der Ehrentribüne der iranischen Botschaft. Seine Tochter Marine hält sich mit solchen Ehrenbezeugun-

Die Übergänge zwischen konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien sind fließend. Einig sind sie sich oft in ihrem Rassismus

gen zurück, betrachtet jedoch den Iran als eher positiv zu sehenden Verhandlungs- oder Bündnispartner.

Da es bei der extremen Rechten auf Identifikation und Emotionalisierung ankommt und nicht auf ideologische Genauigkeit, zeigt sie sich wandlungsfähig. Sie wechselt zwischen allen drei Argumentationsmustern hin und her. Denn ihre Ideologie und Politik, ihr Diskurs ist keine objektive Reaktion auf objektive Probleme, sondern Projektion, wie sie gerade passt. Der Opportunismus kann auch nützlich sein, wenn die Rechtsextremen gemeinsam mit rechtsbürgerlichen Parteien Wahlen gewinnen und in unterschiedlichen Konstellationen Regierungen bilden (wie in Italien) oder beeinflussen (wie in Schweden) wollen. —

DIE GROSSE MOBILISIERUNG

Viele Menschen weltweit sind bereit, für einen neuen Job ihren Wohnort zu wechseln. Mit der Globalisierung macht diese Mobilität häufig nicht mehr an Ländergrenzen halt. Aber Arbeitsmigration wird oft durch erhebliche Hürden behindert.

Heute machen Eingewanderte in den Mitgliedsländern laut der Industriestaaten-Organisation OECD über zehn Prozent der Bevölkerung aus. 2020 lag der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in den USA, Großbritannien und Deutschland bei 14 bis 16 Prozent, in Schweden, Israel und Kanada waren es etwa 20 Prozent, in Australien und der Schweiz waren es rund ein Drittel und in Luxemburg war gar die Hälfte im Ausland geboren. Dieser Anteil ist in fast allen OECD-Ländern seit 2000 deutlich gestiegen, in Luxemburg und Island mit 8 bis 9 Prozentpunkten am stärksten.

Einer Schätzung der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zufolge machten internationale Migrant:innen 2019 fast fünf Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung aus. Bessere Erwerbchancen, höhere Wirtschaftskraft und ein höheres Lohnniveau sowie eine niedrigere Arbeitslosenquote im Zielland können Gründe für Migration sein. Für die Zielländer stellen die Migrant:innen dabei wertvolle Arbeitskräfte dar.

Viele Industriestaaten erfahren seit einigen Jahren einen demografischen Wandel. 2021 lag das Durchschnittsalter beispielsweise in der EU bei 44,1 Jahren, fünf Jahre höher als noch 2001. So verlassen auch mehr Personen mit

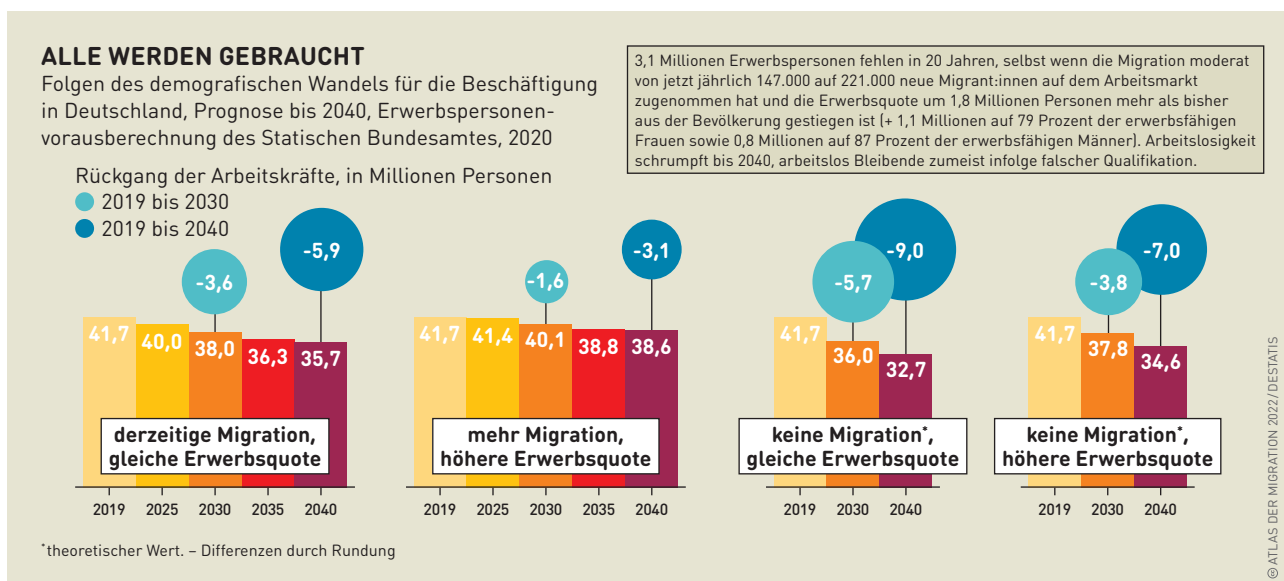
Beginn der Rente den Arbeitsmarkt, als junge Menschen ihn betreten. Das Erwerbspersonenpotenzial – die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter – sinkt, ein Mangel an Arbeitskräften entsteht. Migration kann diesem Trend entgegenwirken. Durch den Zuzug junger Migrant:innen steigt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

In Krisen wie jüngst der COVID-19-Pandemie mit ihrer enormen Belastung des Gesundheitssystems wurde sichtbar, welche Rolle migrierte Arbeitskräfte bereits jetzt spielen. In vielen systemrelevanten Berufen wie im Dienstleistungsbereich, der Pflege oder auch der Post- und Paketzustellung sind eingewanderte Personen überdurchschnittlich vertreten. Während laut Mikrozensus 2019 in Deutschland 24,4 Prozent der Beschäftigten selbst eingewandert oder Kind eingewanderter Eltern waren, lag dieser Anteil in der Altenpflege bei 30,1 Prozent – ohne die Betreuungskräfte in Privathaushalten.

Aktuelle Berechnungen zeigen, dass in Ländern ohne erhöhte Einwanderung künftig erhebliche Probleme durch Fachkräftemangel entstehen werden. In Frankreich müsste die Nettoeinwanderung beispielsweise langfristig bei rund 120.000 Personen pro Jahr liegen, um das Erwerbspersonenpotenzial konstant zu halten – bei kontinuierlich steigender Zahl der Rentner:innen.

Trotz des großen gesamtwirtschaftlichen Nutzens der Einwanderung konnten in den letzten Jahren in vielen

Um in Deutschland bis 2040 die sinkende Zahl an Erwerbstätigen auszugleichen, müssen jährlich 50.000 Migrant:innen zusätzlich zu arbeiten beginnen



Staaten rechtsgerichtete Parteien, die die Immigration begrenzen wollen, Stimmengewinne verzeichnen. Geläufige Argumente gegen die Einwanderung betreffen beispielsweise die Sorge, Migrant:innen nähmen der übrigen Bevölkerung die Jobs weg oder kämen nur, um Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Manchmal besteht auch die Sorge, durch schlecht bezahlte Migrant:innen sinke das Lohnniveau im Aufnahmeland. Aber empirisch sind keine signifikanten Auswirkungen auf Löhne und nur geringe Beschäftigungswirkungen zu beobachten.

Arbeitsmigration wirkt auch auf die Herkunftsländer der migrierten Personen. Häufig ist dabei vom „Brain Drain“ die Rede: Migrieren gut ausgebildete Arbeitskräfte in ein anderes Land, bedeutet dies wirtschaftliche Nachteile für das Herkunftsland. Der Effekt der Emigration für das Herkunftsland muss in der Bilanz aber nicht unbedingt negativ sein. Das liegt unter anderem an den Remittances, den Rücküberweisungen der Migrant:innen in ihre Herkunftsländer. Mit ihren Verdiensten können sie Familie und Verwandte im Heimatland finanziell unterstützen. Diese Geldsendungen können einen erheblichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Leistung des Landes ausmachen.

Für die Migrant:innen ist die Arbeitsmigration nicht ohne Hürden möglich. Die Gesetze der meisten Länder zielen darauf ab, insbesondere hochqualifizierte Zuwanderung zu ermöglichen. Dafür müssen oft verschiedenste Voraussetzungen erfüllt werden, um eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsausübung zu erhalten. Für Personen aus Drittstaaten mit einem Hochschulabschluss gibt es in den meisten Ländern der EU etwa die Möglichkeit, mithilfe der „Blauen Karte“ einzureisen. Dafür muss allerdings ein konkretes Arbeitsangebot vorliegen, und das Gehalt darf eine bestimmte Grenze nicht unterschreiten.

Wegen des Fachkräftemangels werden aktuell in einigen Industriestaaten Möglichkeiten zur Vereinfachung der Einwanderung diskutiert. Auf EU-Ebene wird beispielsweise die Entstehung eines sogenannten Talentpools erwogen, durch den Arbeitnehmer:innen aus Drittländern mit Unternehmen innerhalb der EU zusammengebracht werden sollen. Auch das im März 2020 in Deutschland in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz zielt darauf ab, Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU die Einreise zu vereinfachen. Bisher durften Personen aus Drittstaaten nur dann eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen, wenn keine Bewerber:innen aus Deutschland oder EU-Staaten zur Verfügung standen. Diese sogenannte Vorrangprüfung ist nun entfallen. Ob solche Versuche, Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzubauen, Wirkung zeigen werden, bleibt abzuwarten. Der aktuelle Trend zeigt aber, dass die Arbeitsmigration in Zukunft einen noch wichtigeren Stellenwert einnehmen wird. —

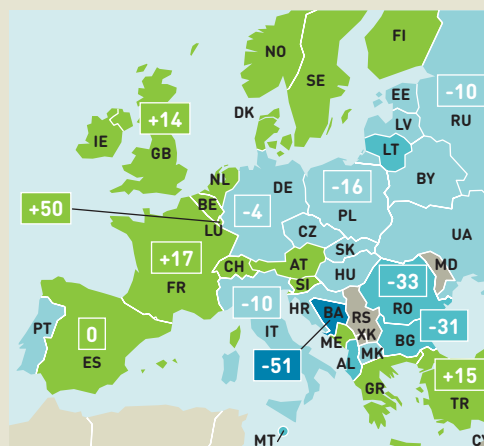
Innereuropäisch ist in den nächsten 40 Jahren ein Wettbewerb um die letzten mobilen Erwerbstätigen möglich, aber auch um Migrant:innen aus Asien und Afrika

BESCHÄFTIGUNG UND MIGRATION BIS 2060

Zu- und abnehmende Bevölkerung in Europa, Prognose des Instituts für Demografie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2022

Wohnbevölkerung

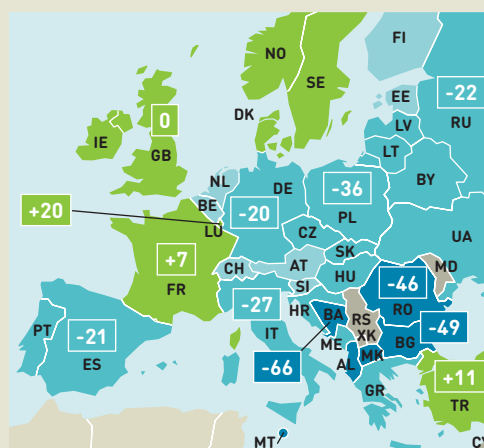
- 0 bis 50 Prozent, gleich oder wachsend
- -1 bis -19 Prozent, abnehmend
- -20 bis -40 Prozent, stark abnehmend
- -51 Prozent, sehr stark abnehmend
- keine Angaben



Deutlich sinkt in fast allen europäischen Ländern die Erwerbsbevölkerung, also Beschäftigte plus Arbeitslose, im Verhältnis zur Wohnbevölkerung. Ein Überangebot von Arbeitsplätzen und eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften ist erkennbar, höhere Löhne sowie bessere Arbeitsbedingungen werden durchsetzbar.

Erwerbsbevölkerung

- 0 bis 20 Prozent, gleich oder wachsend
- -1 bis -19 Prozent, abnehmend
- -20 bis -39 Prozent, stark abnehmend
- -40 bis -66 Prozent, sehr stark abnehmend
- keine Angaben



AL: Albanien, AT: Österreich, BA: Bosnien und Herzegowina, BE: Belgien, BG: Bulgarien, BY: Weißrussland, CH: Schweiz, CY: Zypern, CZ: Tschechien, DE: Deutschland, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GB: Großbritannien, GR: Griechenland, HR: Kroatien, HU: Ungarn, IE: Irland, IT: Italien, LT: Litauen, LU: Luxemburg, LV: Lettland, ME: Montenegro, MD: Moldau, MK: Nordmazedonien, MT: Malta, NL: Niederlande, NO: Norwegen, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, RS: Serbien, RU: Russland, SE: Schweden, SI: Slowenien, SK: Slowakei, TR: Türkei, UA: Ukraine, XK: Kosovo

DABEI SEIN IST VIEL

Trotz der langen Einwanderungsgeschichte sind die Barrieren für Menschen ohne deutschen Pass für eine Beteiligung an der Politik in Deutschland noch immer hoch. Menschen mit Migrationserfahrungen sind deshalb auf allen politischen Ebenen im Vergleich zu ihrem Anteil in der Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert.

Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die kriegsbedingt in Deutschland gestrandeten Menschen nicht deutscher Herkunft vom politischen Willensbildungsprozess ausgeschlossen. Mit einem 1951 verabschiedeten Gesetz erhielten Zwangsmigrant:innen der NS- und der Nachkriegszeit sowie nicht deutsche kriegsbedingt Geflüchtete, die in der jungen Bundesrepublik Deutschland blieben, den neuen Rechts- und Auf-

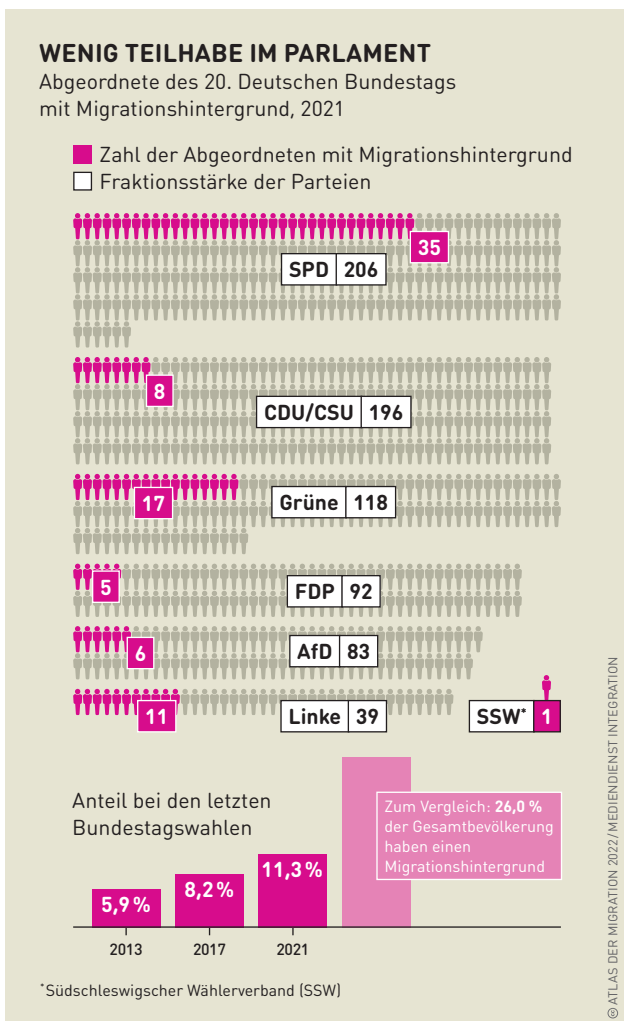
enthaltstitel „heimatloser Ausländer“. Die meisten davon stammten aus Ost- und Südosteuropa.

Sie wurden rechtlich in vielen Bereichen deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt und bekamen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Doch obwohl für sie eine Rückkehr ins Herkunftsland aus politischen oder privaten Gründen vielfach ausgeschlossen war und sie sich in Deutschland langfristig niederlassen wollten, erhielten sie im Gegensatz zu deutschen Geflüchteten und Vertriebenen kein Wahlrecht, weder auf Bundes- oder Landesebene noch kommunal. Auch durften sie keine eigenen Parteien zur Durchsetzung ihrer Interessen gründen.

Die ersten Mitbestimmungsrechte und direkten Wahlen für Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft bildeten sich in den Betrieben heraus, als Millionen sogenannte Gastarbeiter:innen ab 1955 angeworben wurden und nur befristet in die deutsche Gesellschaft eingebunden werden sollten. Für die Betriebsratswahlen erhielten sie das aktive Wahlrecht. Ende der 1960er-Jahre nahmen Proteste von Migrant:innen für eine bessere arbeitsrechtliche Stellung zu. Die Protestierenden organisierten sich dabei auch nationalitätenübergreifend, um etwa eine Gleichbehandlung von Ausländer:innen beim Kindergeld durchzusetzen. 1972 gestand der Bundestag allen ausländischen Arbeitnehmer:innen dann das volle aktive und passive Wahlrecht bei der Wahl von Betriebsräten zu.

Aufgrund der immer längeren Aufenthaltsdauer von Migrant:innen entstanden auf kommunaler Ebene Interessenvertretungen für die Eingewanderten. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften spielten eine zunehmend wichtige Rolle bei der Interessenvertretung der Migrant:innen gegenüber der kommunalen Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit. Seit den 1970er-Jahren vertreten Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte Interessen von Migrant:innen.

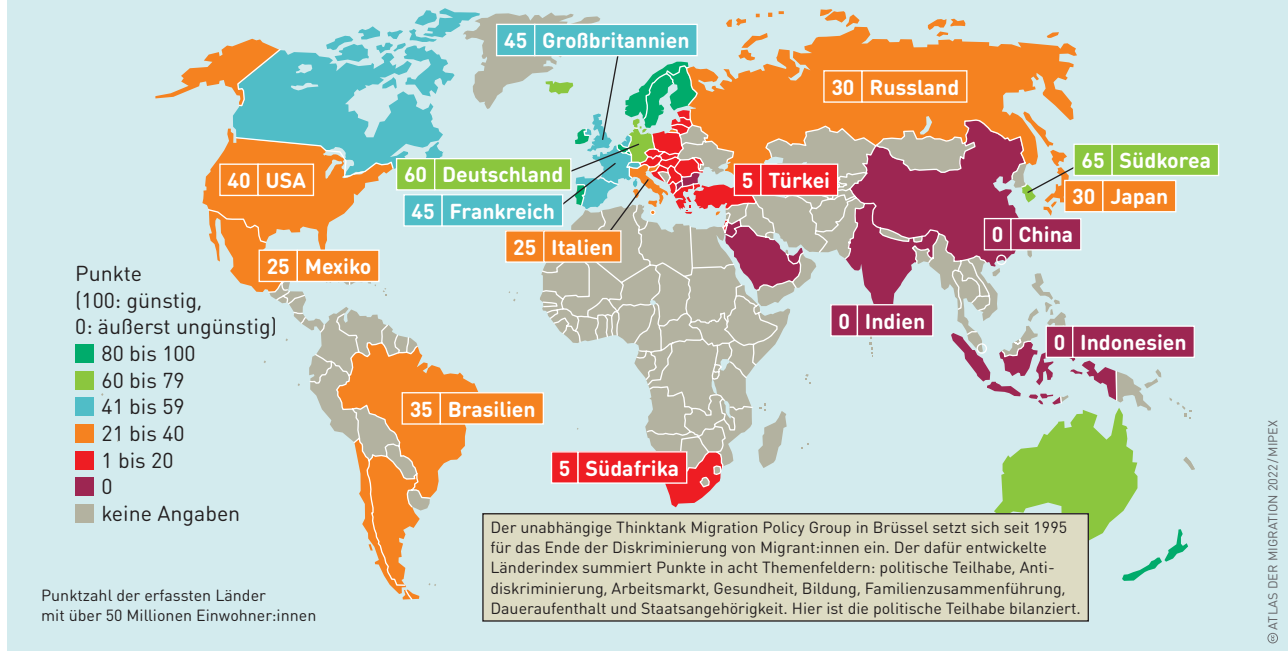
Die ersten dieser Beiräte wurden Anfang der 1970er-Jahre in Nürnberg und München eingerichtet. Seit den 1990er-Jahren werden immer mehr Beiräte direkt von der ausländischen Wohnbevölkerung gewählt. Auch Eingebürgerte und Mehrstaater:innen können an der Wahl teilnehmen. Über die Beiräte und ähnliche Gremien haben die Migrant:innen die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene in den für sie relevanten Bereichen der Stadtpolitik mitzuwirken. Dabei haben sie jedoch nur eine beratende



Von den Bundestagsfraktionen haben SSW, Linkspartei und SPD prozentual die meisten Mitglieder mit Migrationshintergrund, die CDU/CSU die wenigsten

DIE GRÖSSTEN LÄNDER SCHLIESSEN AM STÄRKSTEN AUS

Politische Teilhabe von Eingewanderten nach dem Migrant Integration Policy Index 2020, Punkte



Funktion. Netzwerke ermöglichen den Kontakt zwischen migrantischen Bürger:innen und kommunaler Politik und Verwaltung.

Erst 1992 verbesserte sich die politische Teilhabe für Ausländer:innen. Das aktive und passive Wahlrecht wurde zumindest für EU-Bürger:innen durch den Vertrag von Maastricht eingeführt. Sie dürfen seither an Wahlen auf kommunaler Ebene teilnehmen und sich als Kandidat:innen aufstellen lassen. Zugewanderte EU-Bürger:innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit können in Deutschland deshalb bereits nach drei Monaten an den Wahlen des Stadtrats und von Bürgermeister:innen am Wohnort teilnehmen. Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten hingegen dürfen auch nach jahrzehntelanger Niederlassung, Arbeit und Steuerzahlung die politischen Vertreter:innen am Lebensort nicht mitbestimmen.

Wahlrecht haben die sogenannten Drittstaatler:innen bis heute lediglich bei den Migrations- und Integrationsbeiräten. Diese sind – gemeinsam mit migrantischen Selbstorganisationen – wichtige Akteure, um die Interessen der wachsenden Zahl von Einwander:innen in Deutschland zu artikulieren. Eine Alternative zur rechtlichen Gleichstellung bei der politischen Repräsentation von ausländischen und deutschen Bürger:innen sind sie aber nicht.

Bislang ist daher ein bedeutender Teil der Bevölkerung ohne deutschen beziehungsweise EU-Pass von

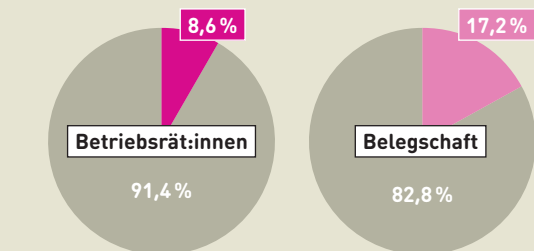
Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind in Betriebsräten zu 50 Prozent unterrepräsentiert – immer noch ein besseres Verhältnis als im Bundestag

Die Teilhabe vieler Migrant:innen an Zivilgesellschaft, lokaler Politik und öffentlichem Leben ist auch in weiten Teilen Europas nicht selbstverständlich

jeder demokratischen Beteiligung durch Wahlen ausgeschlossen. Weil Integration am Lebensort der Menschen stattfindet, fordern zahlreiche Interessenvertretungen der Migrant:innen und die Parteien Die Linke sowie die Grünen schon seit vielen Jahrzehnten das Kommunalwahlrecht auch für langansässige Nicht-EU-Bürger:innen. Eine leichtere Einbürgerung, die Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Bürger:innen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit würden neue Chancen für eine Teilhabe an der Demokratie für alle Menschen eröffnen, die in Deutschland leben. —

ENGAGEMENT FÜR DIE BELEGSCHAFT

Anteil der Betriebsrät:innen mit Migrationshintergrund im Vergleich mit allen Beschäftigten mit Migrationshintergrund in Betrieben mit Betriebsrat, 2015, in Prozent



© ATLAS DER MIGRATION 2022/WSI

RÜCKÜBERWEISUNGEN

GELD AUS DER FERNE

Das Ersparte, das Migrant:innen in ihre Herkunftsländer schicken, ist dort enorm wichtig. Unter Ökonom:innen gilt es auch als Kompensation für die Ausbildungskosten der Ausgewanderten und für weniger Staatseinnahmen in den Herkunftsländern.

Als 2020 die COVID-Pandemie ausbrach, waren Ökonom:innen sich sicher: Der Wirtschaftseinbruch würde auch die Zahlungen einbrechen lassen, die Migrant:innen in ihre Herkunftsländer schicken. Die Weltbank prognostizierte für 2020 einen Rückgang um fast 20 Prozent, also um mehr als 100 Milliarden US-Dollar im Vergleich zu 2019. Denn Migrant:innen, die meist im Dienstleistungssektor arbeiten, waren besonders stark von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen. Doch tatsächlich stiegen diese „Remittances“, wie sie im internationalen Zahlungsverkehr heißen, in die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen um 0,8 Prozent und 2021 um 8,6 Prozent, nach Lateinamerika und in die Karibik sogar um kräftige 25,3 Prozent.

Für die Herkunftsländer war das eine wichtige Stütze in wirtschaftlich schwieriger Zeit. Denn die Geldüberwei-

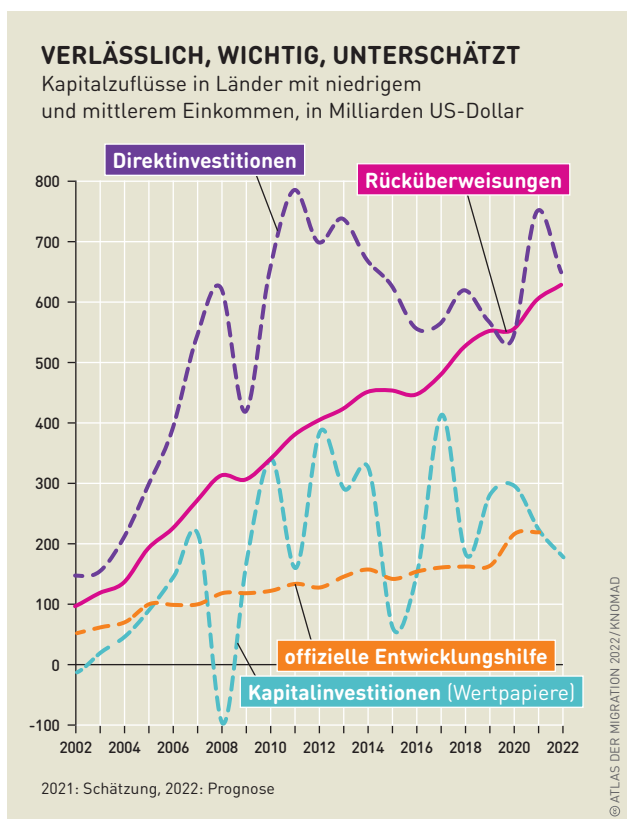
sungen, die Migrant:innen an Familienangehörige und Freund:innen schicken, können ein wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung sein. Durch sie profitieren die Empfänger:innen, können an der höheren Arbeitsproduktivität der Zahler:innen teilhaben – und sich dadurch mehr leisten.

Die Rolle der Rücküberweisungen kann für Länder mit einer großen Diaspora besonders wichtig sein. Sie können das Einkommen armer Haushalte deutlich erhöhen. Manchmal werden die Gelder auch als Investitionen in kleine Unternehmen verwendet. Oft fehlt in den Empfängerländern das Startkapital für die Gründung neuer Unternehmen. Im Ausland lebende Migrant:innen können hier eine wichtige Rolle spielen, einerseits durch ihr Kapital, aber – oft noch wichtiger – auch als Mentor:innen. Auch das trägt zur lokalen wirtschaftlichen Entwicklung bei. Der durch die Rücküberweisungen ausgelöste Konsum und die Investitionen werden besteuert und stärken die öffentlichen Haushalte in den Empfängerländern. Sie können die zusätzlichen Mittel für Güter wie Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur ausgeben.

Rücküberweisungen sind in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden. Der Weltbank zufolge haben sie sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdreifacht. Ende 2021 erreichten die Rücküberweisungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen rund 605 Milliarden US-Dollar, rund das Dreifache der offiziellen Entwicklungshilfe und der Wertpapier-Investitionen und ebenso viel wie die Direktinvestitionen. 2022 könnten sie auch wegen der privaten Überweisungen in die Ukraine auf 630 Milliarden US-Dollar steigen. Dabei werden nur registrierte Überweisungen erfasst; informelle Transfers könnten auf ähnlich hohe Beträge kommen.

Seit 2000 verdoppelte sich der Wert der Remittances im Verhältnis zur globalen Wirtschaftsleistung auf 0,8 Prozent – ein beeindruckendes Ergebnis. Zum Vergleich: Die globale Landwirtschaft trägt 4 Prozent zur Weltwirtschaftsleistung bei.

Für Länder wie etwa Mexiko sind die Überweisungen eine sehr wichtige Einkommensquelle. 2021 erreichten die Überweisungen nach Mexiko 54 Milliarden US-Dollar, fast 4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das Geld stammt hauptsächlich von Ausgewanderten, die in den USA leben. Mit Mexiko sind Indien, China und die Philippinen die größten Empfänger von Rücküberweisungen. Sie sind



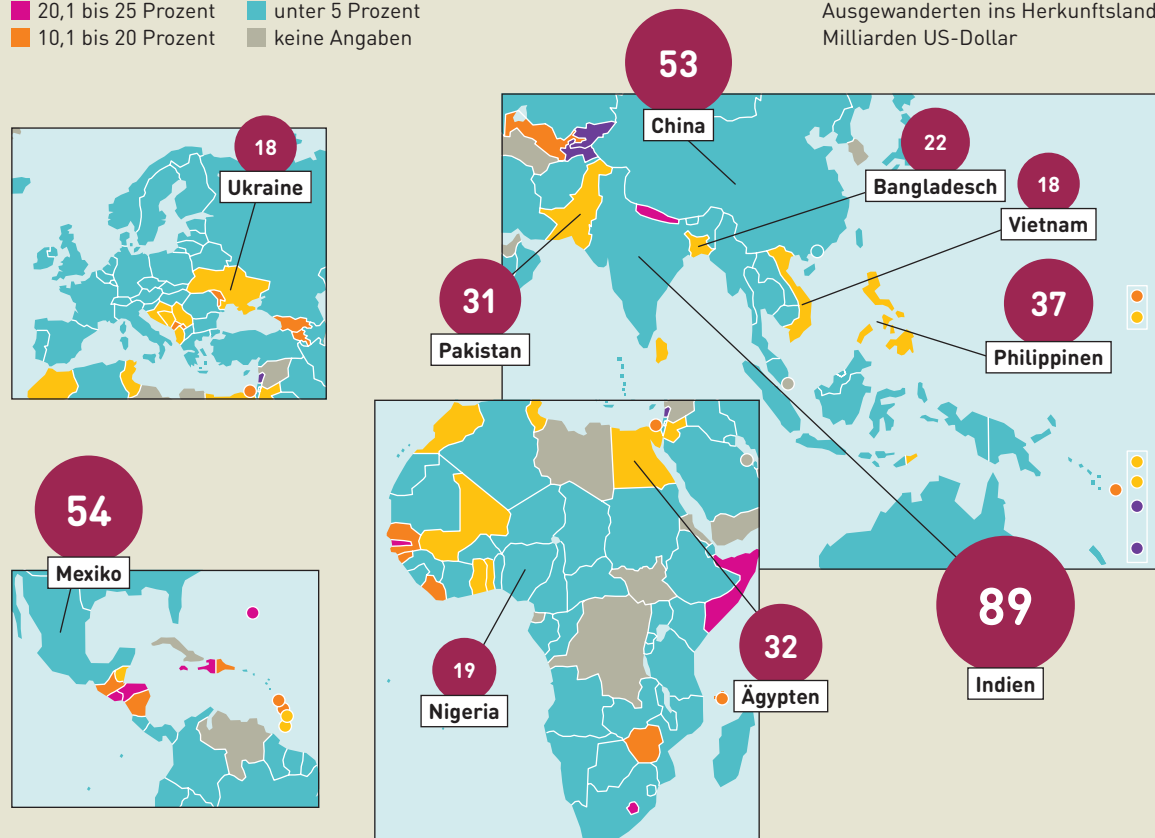
2022 liegen Rücküberweisungen in die Herkunftsländer von Migrant:innen bei etwa 630 Milliarden US-Dollar

MILLIONEN SCHICKEN MILLIARDEN

Anteil der Rücküberweisungen an der Wirtschaftsleistung, in Prozent, und die Top 10 der wichtigsten Empfängerländer nach Weltregionen, 2021



● Geldsendungen von Ausgewanderten ins Herkunftsland, Milliarden US-Dollar



© ATLAS DER MIGRATION 2022 / KNOMAD, WELTBANK

der Schlüssel, damit Länder von ihrer Diaspora profitieren, und oft eine sehr wichtige Devisenquelle. Die Regierungen von Ländern mit großer Diaspora sind daher bestrebt, diesen Zustrom zu fördern.

Die Verwendung für Konsum und Investitionen ist weithin bekannt. Manchmal fließen die Überweisungen auch in die Finanzierung öffentlicher Güter, etwa durch öffentlich-private Partnerschaften zwischen der Diaspora und Institutionen im Heimatland. Ein Beispiel dafür ist das Programm Tres Por Uno im mexikanischen Bundesstaat Zacatecas. Für jeden von den Diasporaverbänden gespendeten Dollar investieren die Bundes-, Landes- und Kommunalregierung jeweils einen weiteren Dollar; daher auch die Bezeichnung des Programms. Das Geld wird in einem Fonds gesammelt, der für Investitionen in die lokale Entwicklung verwendet wird. Wofür konkret, wird von Einheimischen und den beitragenden Auswanderern gemeinsam entschieden. 2017 konnte dieses Programm umgerechnet über 2,5 Millionen US-Dollar ausgeben.

Warum waren diese Zahlungen während der Ausnahme-situation der Corona-Pandemie so viel stabiler, als die Expert:innen erwartet hatten? Erstens hatte sich in den USA die Wirtschaft unerwartet schnell erholt, während

Im krisengeschüttelten Libanon, einigen Inselstaaten des Pazifik sowie in Kirgisistan und Tadschikistan sind die Zahlungen überlebenswichtig

Schwellen- und Entwicklungsländer besonders hart getroffen waren. Die in den USA lebenden Migrant:innen dürften also 2020 zusätzliche Anstrengungen unternommen haben, Freund:innen und Familien Geld zu schicken, damit sie in den unsicheren Zeiten, die vor ihnen lagen, über ein zusätzliches Einkommen verfügten. Zweitens gibt es Anhaltspunkte dafür, dass viele Zuwander:innen auf ihre Ersparnisse zurückgriffen, um ihre Familien im Ausland weiter zu unterstützen. Drittens verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage vieler Einwander:innen in den USA zwar – auch gesundheitlich, weil durch die Pandemie Minderheiten eine höhere Erkrankungs- und Sterblichkeitsrate aufwiesen als der US-Durchschnitt. Doch viele fanden Wege, um beschäftigt zu bleiben, indem sie zum Beispiel die Branche oder den Beruf wechselten oder Überstunden machten, bis die Erholung auf dem US-Arbeitsmarkt 2021 auch bei den Migrant:innen ankam und die Überweisungen um ein Viertel nach oben schnellten. —

ARBEIT MIT HINDERNISSEN

Wenn die Migration von Frauen untersucht wurde, dann oft lediglich als zweitrangiges Phänomen, bestimmt von den Migrationsentscheidungen des männlichen Partners. Allerdings sind Frauen seit jeher selbstbestimmt migriert, und eine wachsende Zahl tut dies auch heute.

In seiner wegweisenden Schrift über „Gesetze der Wanderung“ versuchte der deutsch-englische Geograf Ernst Georg Ravenstein 1885, aus den seinerzeit bereits beobachteten Migrationsmustern Gesetzmäßigkeiten abzuleiten. Er legte damit die Grundlagen für die heutige Migrationsforschung, darunter auch die Unterscheidung in (drückende) Push- und (anziehende) Pull-Faktoren. Weniger bekannt ist, dass er auch davon ausging, dass Frauen häufiger migrieren als Männer. Seine aufgeschlossene Sicht auf weibliche Migration steht im Kontrast zu den Theorien, die folgten.

So gehen sie oft davon aus, dass Migrationsentscheidungen im Haushalt oder von Paaren getroffen werden und die Vorteile für die einkommensstärkere Person letztendlich über eine Migration entscheiden. Dabei gilt eine Frau meist als die wirtschaftlich schwächere Partei, deren Migrationsverhalten von dem eines Mannes abhängig ist. Erfreulicherweise haben sich die theoretischen Perspektiven im Laufe der Zeit geöffnet, um die vielfältigen Einflüsse auf Migration von Frauen abzubilden, darunter auch Geschlechterrollen und migrationspolitische Rahmenbedingungen.

Wie die Bedingungen das Erwerbsverhalten von Migrantinnen beeinflussen, zeigte sich eindrucksvoll mit den Anwerbeabkommen der 1960er- und frühen 1970er-Jahre. Sie waren darauf ausgerichtet, den Mangel an un- und angelernten Arbeitskräften in der boomenden Schwerindustrie der west- und nordeuropäischen Länder zu befriedigen. Unter den Millionen Zugewanderten stellten Männer zwar den Großteil, aber etwa für Fließbandarbeiten wurden auch viele Frauen rekrutiert. Die Beschäftigungsquoten der Migrantinnen dieser frühen Migrationsgruppen waren hoch und übertrafen in einigen Ländern sogar jene der einheimischen Frauen.

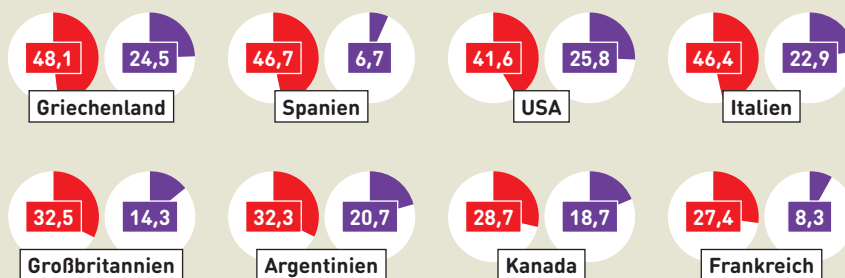
Heutzutage existieren große Unterschiede in den Beschäftigungsquoten von Migrantinnen je nach Kontext, Herkunfts- und Zielland. Zwischen den Beschäftigungsquoten einheimischer Frauen und der wachsenden Gruppe der Migrantinnen aus EU-Ländern, die zum Arbeiten, Studieren oder zu anderen Zwecken frei einwandern können, gibt es oft kaum Unterschiede. Frauen aus Nicht-EU-Ländern weisen jedoch in fast allen europäischen Ländern, insbesondere in Nordwesteuropa, vergleichsweise niedrige Beschäftigungsquoten auf. In Südeuropa ist diese Diskrepanz im Allgemeinen geringer, wobei die Migrantinnen dort zumeist un- und angelernte Tätigkeiten im Dienstleistungssektor ausüben, einschließlich Hausarbeit- und Kinderbetreuung.

Erhielten Migrantinnen für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie einheimische Männer, würden viel weniger zur Gruppe der „working poor“ gehören

PREIS DER UNGLEICHHEIT

Simulation: Wie viel weniger Niedriglohnverdienerinnen* gäbe es unter Migrantinnen, wenn die Lohnlücke von Frauen wegfiel? Ausgewählte Länder, Angaben in Prozent

Gender Pay Gap ■ mit und ■ ohne „unerklärte“ Lohnlücke



* weniger als zwei Drittel des durchschnittlichen Stundenlohns

Die schlechtere Bezahlung vieler migrierter Frauen setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen, der „erklärten“ und der „unerklärten“ Lohnlücke. Die „erklärte“ Gender Pay Gap liegt daran, schlechter ausgebildet zu sein, in Teilzeit einen niedrigeren Stundenlohn zu haben, in einem Beruf oder einer schlecht zahlenden Branche zu arbeiten oder nicht so weit aufzusteigen wie Männer, weil etwa die Betreuung von Kindern die Karriere unterbrochen hat. Die „unerklärte“ Gender Pay Gap bedeutet, schlechter bezahlt zu werden als Männer, nur weil sie Frauen sind. Fiele diese besondere Diskriminierung weg, würde ihr Einkommen so steigen, dass viele den Niedriglohnsektor verlassen könnten.

Warum sind Migrantinnen aus Nicht-EU-Ländern in den meisten europäischen Ländern seltener als einheimische Frauen erwerbstätig? Die Antwort auf diese Frage liegt in den migrationspolitischen Rahmenbedingungen und – eng damit verbunden – dem demografischen Verhalten eines Teils dieser Migrantinnen. Für Frauen aus Nicht-EU-Ländern ist die Familienzusammenführung eine der wesentlichen Möglichkeiten, um nach Europa zu migrieren. Eine spezifische Migrationsform ist dabei die „Heiratsmigration“. In jenen Fällen findet die Eheschließung statt, nachdem ein Ehepartner migriert ist, während der andere (zumeist die Frau) sich noch im Herkunftsland befindet. Migration und Eheschließung sind damit Ereignisse, die im Leben von internationalen Migrantinnen eng verbunden sein können. Zudem schnellen die Geburtenraten von internationalen Migrantinnen nach der Migration nach oben. Die enge Kopplung von Eheschließung, Geburt des ersten Kindes und Migration kann eine Barriere für die langfristige Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt des Ziellandes sein. Es gibt zudem zahlreiche andere institutionelle Einflussfaktoren, die das Erwerbsverhalten von Migrantinnen beeinflussen. In extremen Fällen (wie in Deutschland bis 2005) durften Migrant:innen in den unmittelbaren Jahren nach Zuzug im Rahmen einer Familienzusammenführung nicht arbeiten.

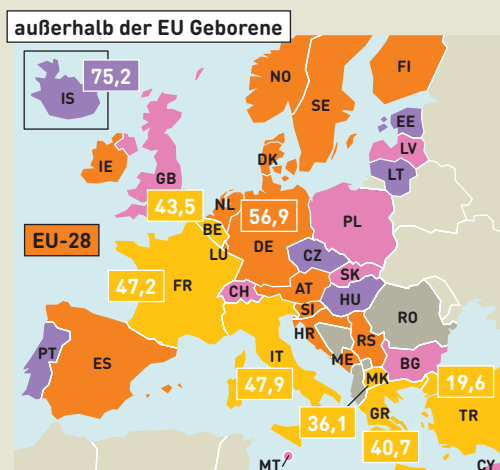
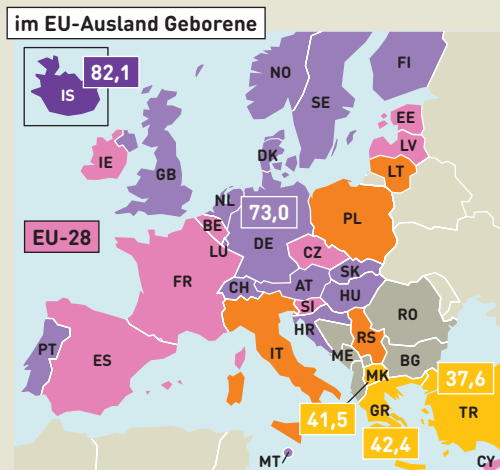
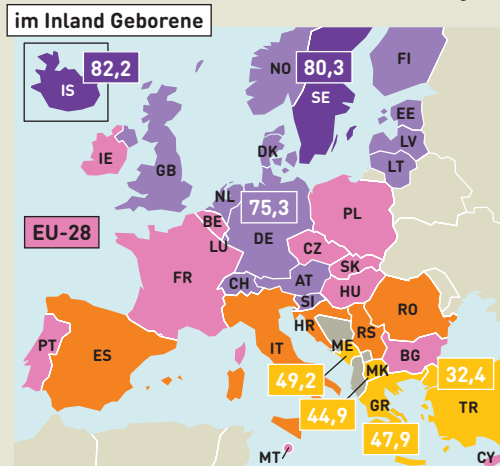
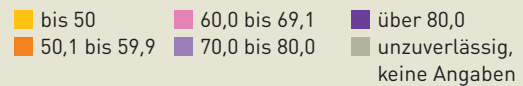
Auch niedrige oder schlecht übertragbare Bildungsabschlüsse, mangelnde Berufserfahrung, Sprachbarrieren, traditionellere Geschlechterrollen und Diskriminierung, eng miteinander verwoben und nur schwer vom demografischen Verhalten zu trennen, bestimmen das Erwerbsverhalten von Migrantinnen. Ungeachtet dessen ergeben sich sozialpolitische Herausforderungen, wenn die Beschäftigungsquoten von Migrantinnen deutlich hinter die anderer Frauen zurückfallen. Da sich viele europäische Länder zu Zweiverdiener-Gesellschaften entwickeln, sind Familien, deren wirtschaftliches Wohlergehen von einem Alleinverdiener abhängt, zunehmend von Armut bedroht.

Die Zukunft bietet große Beschäftigungspotenziale für Migrantinnen in den europäischen Ländern, die von demografischer Alterung und allgemeinem Fachkräftemangel gekennzeichnet sind. In den vergangenen Jahren wurde bereits die internationale Zuwanderung von Fachkräften gefördert, um Arbeitsplätze in Mangelberufen im Bereich IT und Ingenieurwesen zu besetzen. Diese Berufe sind jedoch weitgehend von Männern dominiert. Ein steigender Bedarf an Arbeitskräften in anderen Bereichen kann neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Migrantinnen im Allgemeinen eröffnen und neue Wege für Frauen aus Nicht-EU-Ländern aufzeigen, auch auf eigene Faust in europäische Länder zu migrieren. —

In Europas Norden arbeiten viele Frauen, im Süden weniger. Die Erwerbstätigenquote von Migrant:innen liegt unter der von im Inland geborenen Frauen

NORD-SÜD-GEFÄLLE

Anteil erwerbstätiger Frauen nach Zuwanderungsstatus, 15- bis 64-Jährige, 2019, in Prozent



AT: Österreich, BE: Belgien, BG: Bulgarien, CH: Schweiz, CY: Zypern, CZ: Tschechien, DE: Deutschland, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GB: Großbritannien, GR: Griechenland, HR: Kroatien, HU: Ungarn, IE: Irland, IS: Island, IT: Italien, LT: Litauen, LU: Luxemburg, LV: Lettland, ME: Montenegro, MK: Nordmazedonien, MT: Malta, NL: Niederlande, NO: Norwegen, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, RS: Serbien, SE: Schweden, SI: Slowenien, SK: Slowakei, TR: Türkei

© ATLAS DER MIGRATION 2022/EURSTAT

DIE PFLEGEWANDERUNG

Wenn mehr Menschen älter werden, brauchen sie auch mehr Pflege. Und wenn dafür heimische Arbeitskräfte fehlen, machen die höheren Löhne Frauen aus ärmeren Nachbarländern zu Migrantinnen – trotz eigener Familie.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung in vielen europäischen Staaten steigt. Daraus resultiert ein chronischer Mangel an Pflegekräften für ältere Menschen. Er ist darin begründet, dass sich Familienformen und Berufstätigkeit verändert haben. 2009 lag die Frauenerwerbsquote bei den 20- bis 64-Jährigen EU-weit bei rund 61 Prozent, 2021 waren es schon rund 68 Prozent, wobei der Wert besonders in osteuropäischen Ländern oft deutlich höher liegt. Berufstätige Frauen können nicht mehr so wie früher parallele Pflegeleistungen für Kinder oder alte Eltern übernehmen, und Männer beteiligen sich oft nicht an der Sorgearbeit. Die Bedeutung öffentlicher Sozialfürsorge – etwa Kinderbetreuung und Altenpflege – nimmt daher zu.

Die Politik zielt heute in den meisten EU-Staaten darauf ab, eine individualisierte Pflege zu gewährleisten, was die Pflege im häuslichen Umfeld einschließt. So wird

eine Kombination aus formeller und informeller, privater Pflege ermöglicht. Das politische Ziel dabei ist, Pflege kosteneffizient zu gestalten. Das führt zu einem wachsenden Druck auf die Pflegekräfte und ihre Gehälter. Vor allem die Einführung von individuellen Pflegebudgets in der Sozialversicherung („Cash for Care“) haben zu einer Privatisierung der Pflege geführt, für die ein riesiger Markt entstanden ist.

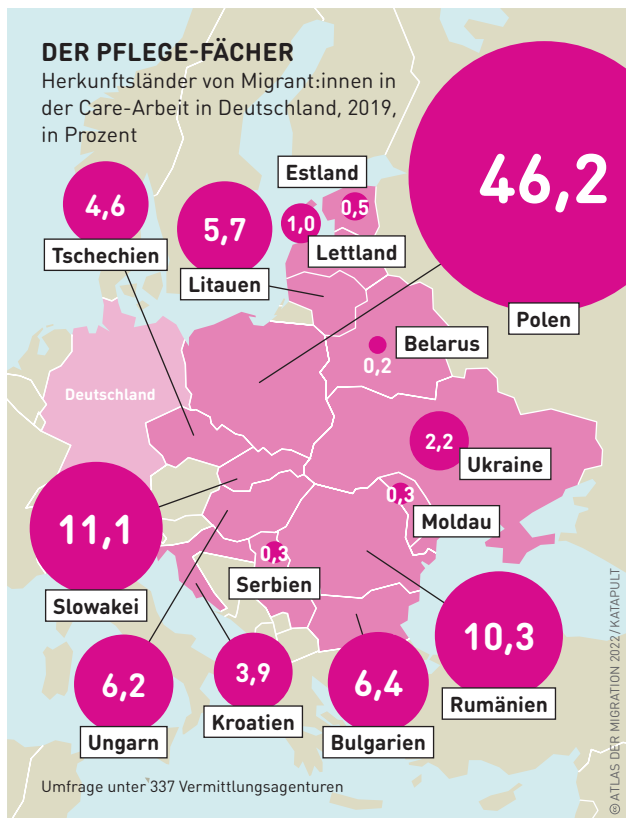
Der anhaltende Mangel an Pflegekräften in der Altenpflege macht den Beruf auch zu einem Ausweg aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage von Frauen, vor allem für alleinerziehende Mütter oder Frauen über 50, umso mehr, wenn sie bereit sind, auf der Suche nach einer solchen Arbeit zu migrieren. In und außerhalb der EU können sie heute sowohl in der „Live in“-Pflege – also als Mitwohnende im Haus der zu Pflegenden – als auch in Pflegeheimen vergleichsweise leicht eine Arbeit finden.

Genauere Zahlen gibt es nicht – geschätzt etwa eine Million Arbeitsmigrant:innen überwiegend aus den EU-Ländern Mittel- und Südosteuropas arbeiten in der Pflege, zumeist in Italien, Deutschland und Österreich. Allein in Deutschland soll es einem Großvermittler zufolge bis zu 300.000 Live-Ins aus „Osteuropa“ geben, die meisten davon aus dem mitteleuropäischen Polen. 2021 entschied das Bundesarbeitsgericht, dass den Pflegekräften auch für Bereitschaftszeiten der Mindestlohn zusteht. Nun sollten polnische Live-Ins in Deutschland mit etwa 1.450 Euro netto im Monat rechnen können. Für polnische Verhältnisse ist das nicht wenig Geld. Zeit für sich selbst haben die Pflegenden allerdings kaum, da es sich um 24-Stunden-Dauerarbeitsverhältnisse handelt.

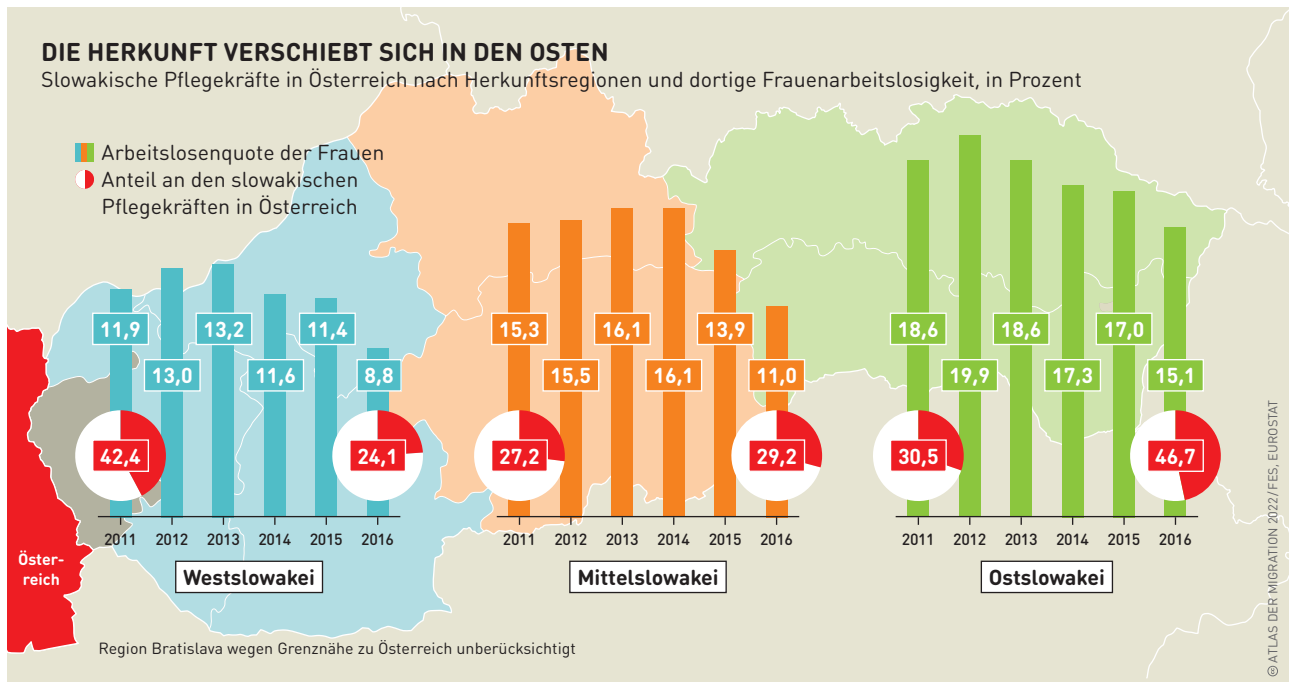
Es entstehen Pflegeketten: Während tschechische Frauen als Pflegekräfte nach Deutschland und Österreich abwandern, folgen ihnen Migrantinnen vor allem aus der Ukraine, die in Tschechien immer häufiger die häusliche Altenpflege übernehmen. Dort liegt der Mindestlohn 2022 bei rund 620 Euro im Monat, drei Mal so hoch wie der in der Ukraine mit 210 Euro. So wandern die Pflegekräfte den Löhnen hinterher.

Nicht nur Mittel- und Osteuropäer:innen migrieren. Nach Frankreich etwa ziehen Pflegekräfte aus den Ex-Kolonien des Maghreb, nach Spanien aus Lateinamerika, nach Griechenland aus Georgien.

Es gibt auch einen Trend zur Pflegemobilität in die andere Richtung. Ältere deutsche Staatsangehörige ent-



Hunderttausende Frauen kümmern sich in Deutschland um die Pflegebedürftigen und sorgen zu Hause auch noch für ihre eigenen Familien



scheiden sich immer häufiger für eine Betreuung im Gebiet hinter der tschechischen oder polnischen Grenze, denn sie ist wesentlich billiger als in Deutschland. Zuweilen ersetzen dort ukrainische oder moldauische Pflegekräfte die tschechischen, die zur Arbeit nach Deutschland pendeln.

Die Pflegemigration hat auch Auswirkungen auf die Familien der Beschäftigten. Viele migrantische Pflegekräfte mit kleinen Kindern empfinden das Pendeln und die Trennung von ihren Familien als emotional sehr belastend. Die eigenen Kinder wachsen teils bei Großeltern auf. Frauen zwischen 40 und 50 Jahren stehen vor der Herausforderung, den eigenen Haushalt, Kinder und womöglich die Pflege eigener älterer Familienmitglieder und die Arbeit im Ausland miteinander zu vereinbaren. Migrierende Pflegekräfte versorgen zudem ihre Familien vor ihrer Abreise oft im Voraus, mit gekochtem Essen oder gereinigter Wäsche, um ihre Abwesenheit auszugleichen. Pflegemigration schafft somit in den Entsendeländern nicht nur eine Versorgungslücke auf den lokalen Arbeitsmärkten im Bereich der Seniorenbetreuung, sondern erschwert auch die (unbezahlte) Pflege der Familienangehörigen, die in der Regel den Frauen überlassen wird.

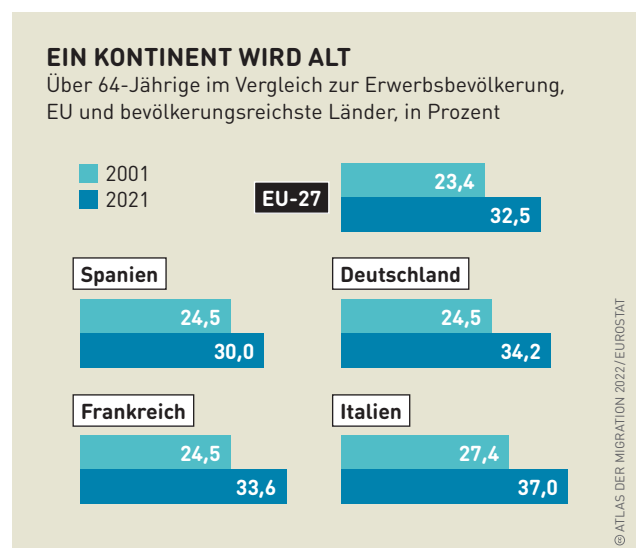
Wie die ukrainischen Pflegekräfte in Tschechien sehen auch die tschechischen Pflegekräfte in Deutschland die Arbeit in der häuslichen Pflege oft als Übergangslösung an, bis es ihnen gelingt, Berufs- und Sprachzertifikate zu erwerben. Diese ermöglichen es ihnen dann, Beschäftigung etwa in Altenpflegeeinrichtungen oder bei

Nur eines der Probleme mit der Pflege: Auf eine Person über 64 kommen heute europaweit zwei Erwerbstätige. Vor zwanzig Jahren waren es noch drei

Als die Frauenarbeitslosigkeit im Westen der Slowakei sank, migrierten mehr Pflegerinnen aus dem ärmeren Osten zu den frei werdenden Stellen nach Österreich

häuslichen Pflegediensten aufzunehmen. Dort sind die Arbeitsbedingungen weniger prekär und auch die Bezahlung ist besser.

Der Arbeitsmarkt in der Altenpflege in der EU wird von Politik und Medien oft als ein Modell dargestellt, das allen zugutekommt. Ältere Menschen erhalten eine gute Pflege, die Pflegekräfte eine weit bessere Bezahlung als zu Hause. Doch die Arbeit ist oft zu schlecht bezahlt, und manchmal sind die Pflegenden – überwiegend Frauen – über Wochen mit sehr bedürftigen Menschen im 24-Stunden-Dienst zusammen. Solche Arbeitsbedingungen müssen unbedingt verbessert werden. —



JOBS MIT AUSREISEPFLICHT

Saisonarbeiter:innen werden in der Landwirtschaft vor allem zur Pflanz- und Erntezeit angeheuert, wenn der Bedarf an Arbeitskräften besonders hoch ist. Anwerbungen finden in immer neuen Ländern statt.

Zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 standen saisonale Arbeitsmigrant:innen in der Landwirtschaft – in den Medien meist Erntehelfer:innen genannt – in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die geschlossenen Grenzen machten die direkte Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von der temporären Einreise ausländischer Arbeitskräfte sichtbar. Dies war in Deutschland ebenso der Fall wie in England, Kanada, den USA oder Südafrika – Länder, in denen ein Großteil der Arbeit in der Landwirtschaft von solchen Arbeitsmigrant:innen erledigt wird.

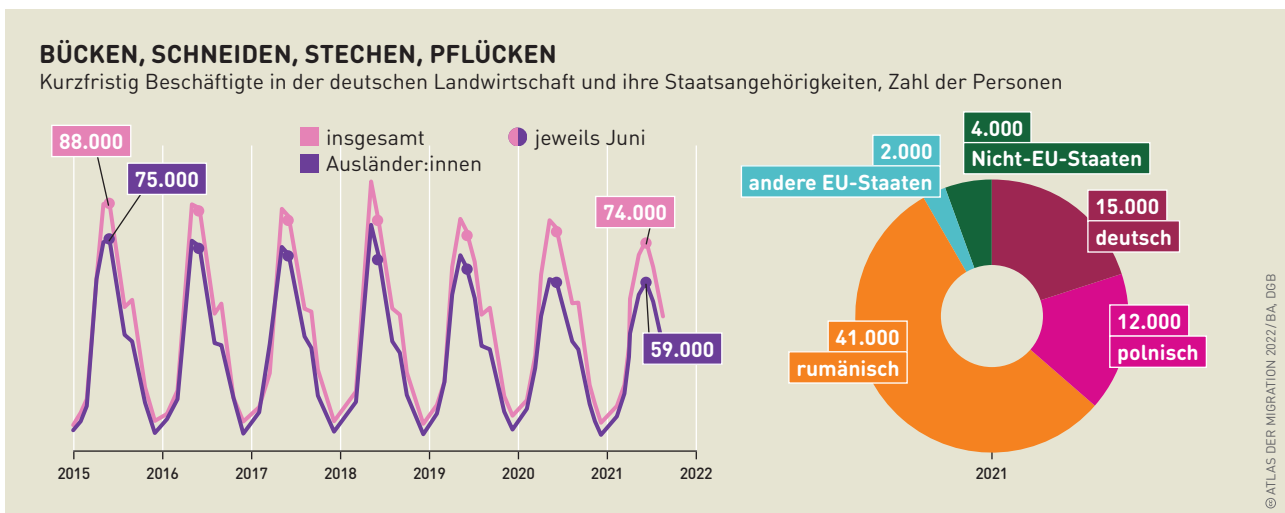
In Deutschland arbeiten jedes Jahr fast 300.000 ausländische Saisonarbeiter:innen in der Landwirtschaft. Diese machen etwa 95 Prozent der saisonalen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aus. Die große Mehrheit sind EU-Bürger:innen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen und ohne spezielle Genehmigung saisonaler Erwerbstätigkeiten nachgehen. Anders in südeuropäischen Ländern wie Italien oder Spanien: Dort werden saisonale Arbeiten in der Landwirtschaft meist von Personen aus Ländern außerhalb der EU, sogenannten Drittstaaten, ausgeführt. Viele dieser Arbeiter:innen leben ohne Aufenthaltspapiere in der EU und sind deshalb auf diese Verdienstmöglichkeit angewiesen. Andere reisen temporär im Rahmen bilateraler Saisonarbeitsabkommen ein, zum Beispiel die marokkanischen Erdbeerpflücker:innen in Spanien.

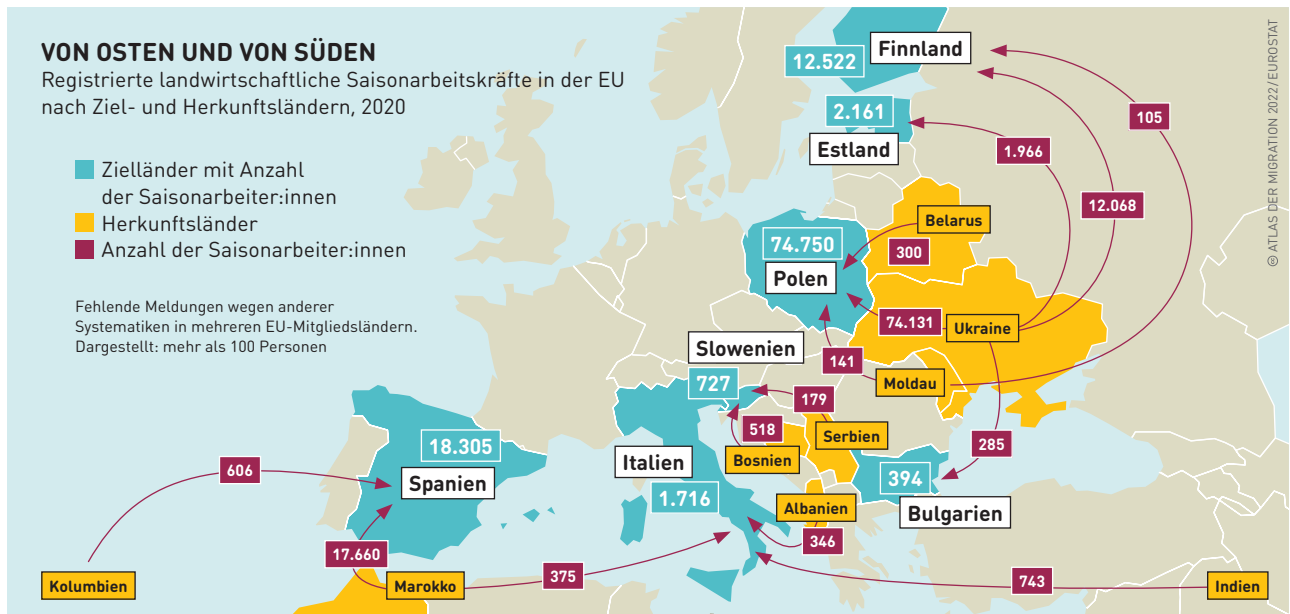
Seit 2014 sieht eine EU-Richtlinie zu Saisonarbeit solche bilateralen Abkommen vor. Deutschland unterzeichnete 2020 eine Vermittlungsabsprache mit Georgien und 2021 mit der Republik Moldau. Die größte Gruppe von Saisonarbeiter:innen aus Drittstaaten in der EU kam jedoch vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine. Vor 2014 konnten Personen aus Drittstaaten nur als Studierende im Rahmen eines Praktikums als Saisonarbeitskräfte in Deutschland arbeiten. Auch diese kamen hauptsächlich aus der Ukraine.

Saisonale Arbeitsmigration hat in der deutschen Landwirtschaft eine lange Geschichte. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts waren Teile der deutschen Landwirtschaft aufgrund der einsetzenden Landflucht im Zuge der Industrialisierung auf vorwiegend polnische Wanderarbeiter:innen – damals „Sachsengänger“ genannt – angewiesen. Es entwickelte sich ein System temporärer Arbeitserlaubnisse mit verpflichtender Ausreise zwischen den Erntesaisons. Es hatte – mit einer Unterbrechung während des Ersten Weltkriegs – bis in die Weimarer Republik Bestand. Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich ein System der Zwangsarbeit, auch in der Landwirtschaft. So arbeiteten 1944 über eine Million polnischer Zwangsarbeiter:innen und -arbeiter in der deutschen Agrarproduktion.

In der Nachkriegszeit und im Kalten Krieg verschwand die saisonale Migration aus dem Osten weitgehend, 1991 setzte sie wieder ein. Damals wurde eine Regelung geschaffen, die eine dreimonatige Beschäftigung in Deutsch-

Kurz- und langfristige Trends von der Mechanisierung über die Ernterwartung bis zur Lage auf dem Arbeitsmarkt bestimmen die Nachfrage nach Saisonarbeitskräften





land zuließ. Schon 1996 erhielten so über 200.000 meist polnische Erntehelfer:innen Arbeitsgenehmigungen. Seit Polen 2004 der EU beitrug, geht die Zahl polnischer Saisonarbeitskräfte zurück. Rumänien hat Polen als Hauptherkunftsländ abgeloöst. Im Jahr 2011 etwa wurden 93,4 Prozent aller entsprechenden Arbeitserlaubnisse an Rumän:innen ausgestellt.

Die Mehrheit der Saisonkräfte in der Landwirtschaft ist seitdem in Form einer sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung angestellt. Dabei erwerben sie keine Rentenansprüche und haben keinen vollen Krankenversicherungsschutz. Durch das große Interesse von Agrarbetrieben, die Lohnkosten für die arbeitsintensive Erntearbeit gering zu halten, sind solche Arbeitskräfte besonders gefährdet, Opfer von Lohnbetrug – insbesondere der Unterschreitung des geltenden Mindestlohns – oder fehlendem Arbeitsschutz zu werden.

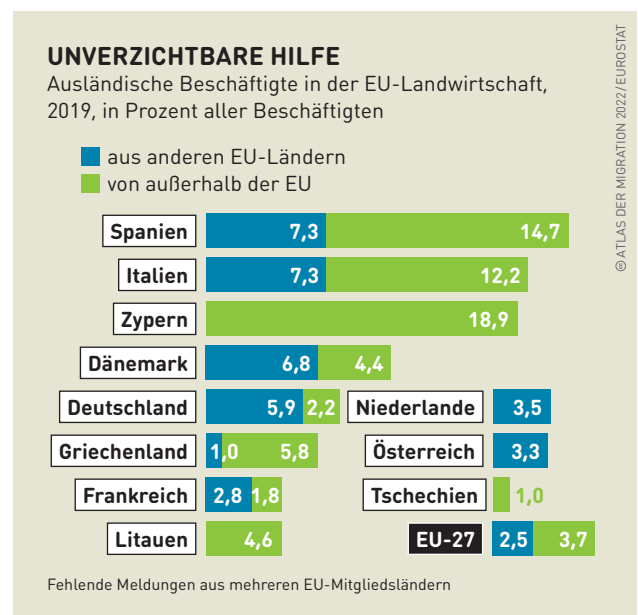
In Deutschland gibt es zu wenige Inländer:innen, die diese körperlich beanspruchende Arbeit für niedrigen Lohn leisten. So wird sie von Menschen übernommen, die aufgrund des Lohngefälles zwischen Deutschland und ihren Herkunftsländern während der Erntesaison kurzfristig Geld verdienen und anschließend Deutschland wieder verlassen. Dadurch federn sie die Arbeitsspitzen in den Erntesaisons ab, während soziale Reproduktionskosten wie Kranken- und Rentenversicherung großteils im Herkunftsland verortet bleiben.

Nach den Pol:innen sind heute auch Menschen aus Rumänien immer weniger zu dieser Art prekärer Arbeit bereit. Daher richtet sich die Suche nach saisonalen Arbeitskräften verstärkt auf Drittstaaten, in denen aufgrund

Besonders in den Ländern mit hohen Agrarexporten ist über das gesamte Landwirtschaftsjahr hinweg Unterstützung aus anderen Ländern nötig

Die Corona-Epidemie hat 2020 die Zahl der Saisonarbeiter:innen nach Herkunftsländern stark verändert, nach Zielländern weniger

eines größerem Lohngefälles von einer höheren Rekrutierbarkeit ausgegangen wird. Doch in Georgien ist schon gleich im Pilotjahr des Vermittlungsabkommens 2021 eine intensive Debatte über die schlechten Arbeitsbedingungen in Deutschland ausgebrochen. Zudem konkurrieren nun die Agrarsektoren mehrerer Staaten um reguläre Saisonarbeitskräfte, besonders nach den Erfahrungen in der Pandemie, die Ernte absichern zu müssen. Daher steigt der Druck auf das ganze System dieser saisonaler Arbeitsmigration. Um die Kosten niedrig zu halten, werden daher immer neue Länder mit verfügbaren Arbeitskräften und großem Lohngefälle zur EU gesucht. —



MUTIGE LOKALPOLITIK

Manche Stadtverwaltungen betreiben eine humanitäre und inklusive Migrationspolitik – gegen die restriktiven Bestimmungen der höheren Ebenen. Oft regen zivilgesellschaftliche Bündnisse dieses Vorgehen an.

Mehr und mehr übernehmen Städte eine aktive Rolle in der Migrationspolitik und gehen damit über die eigentlichen Aufgaben von Lokalpolitik hinaus. Das hat wirtschaftliche Gründe, beruht aber auch auf einer im Vergleich zur Regierung humanistischeren Haltung der städtischen Zivilgesellschaft.

Als die italienische Regierung ab 2018 die Seenotrettung im Mittelmeer zu blockieren begann, öffneten italienische Bürgermeister:innen gegen den Willen des damaligen Innenministers der rechten Partei Lega, Matteo Salvini, ihre Häfen für aus Seenot gerettete Menschen. Nicht nur große Städte wie Palermo nahmen an dieser Bewegung teil, sondern auch Dörfer. Bekannt wurde Bürgermeister Domenico Lucano aus Riace in Kalabrien, der schon ab 2011 Hunderten Migrant:innen verlassene Häuser zur Verfügung gestellt hatte. Lucano wurde 2021 erstinstanzlich zu mehr als 13 Jahren Haft wegen Betrugs, Veruntreuung, Fälschung und Amtsmissbrauchs verurteilt.

Als Afghanistan im August 2021 wieder von den Taliban eingenommen wurde, machten sich mehrere Bürger-

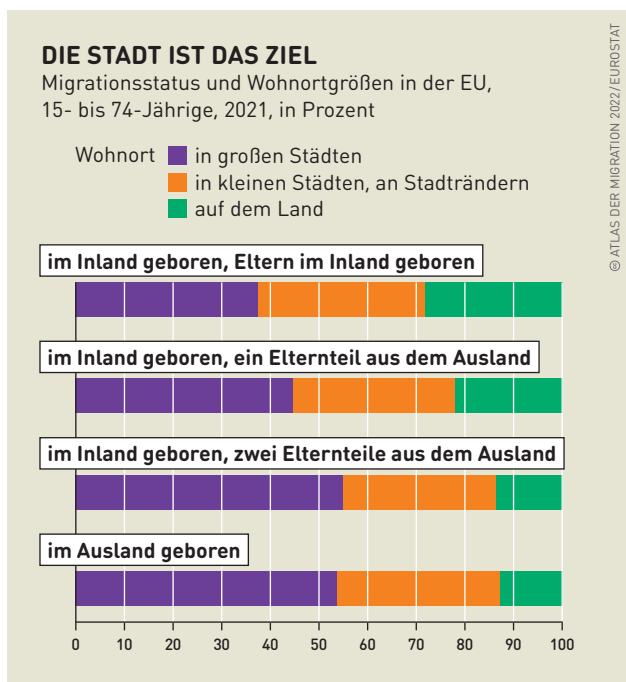
meister:innen öffentlich für die Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechtsaktivist:innen stark. Und mit der Verschärfung der humanitären Notlage auf den griechischen Inseln nahm 2019 über die Hälfte aller niederländischen Städte an der Kampagne #500kinderen teil, die sich für die Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger auf der Flucht einsetzte.

Palermo sei eine Stadt, die die Rechte des Menschen nicht an dessen Blut, sondern an die Freiheit knüpfe, sagte dessen damaliger Bürgermeister Leoluca Orlando. Im Juni 2021 begrüßte er Amtskolleg:innen zur Konferenz für ein Europa des Willkommens. Er selbst war mit gutem Beispiel vorangegangen: Mit der Charta von Palermo habe seine Stadt „schwarz auf weiß festgehalten“, dass die internationale Mobilität ein „unveräußerliches Recht“ sei, sagte Orlando. So setzte er ein Zeichen gegen die damalige rechte Regierung Italiens.

Für Städte bedeutet der Zuwachs an Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt in vielen Fällen einen Gewinn an Innovations- und Arbeitskraft, insbesondere wenn Städte Migration bewusst so organisieren, dass Hinzugezogene in die Gestaltung ihres neuen Lebensraums miteinbezogen werden. Diese Fähigkeit der Städte ist aktuell auch bei der Unterstützung der flüchtenden Ukrainer:innen von entscheidender Bedeutung.

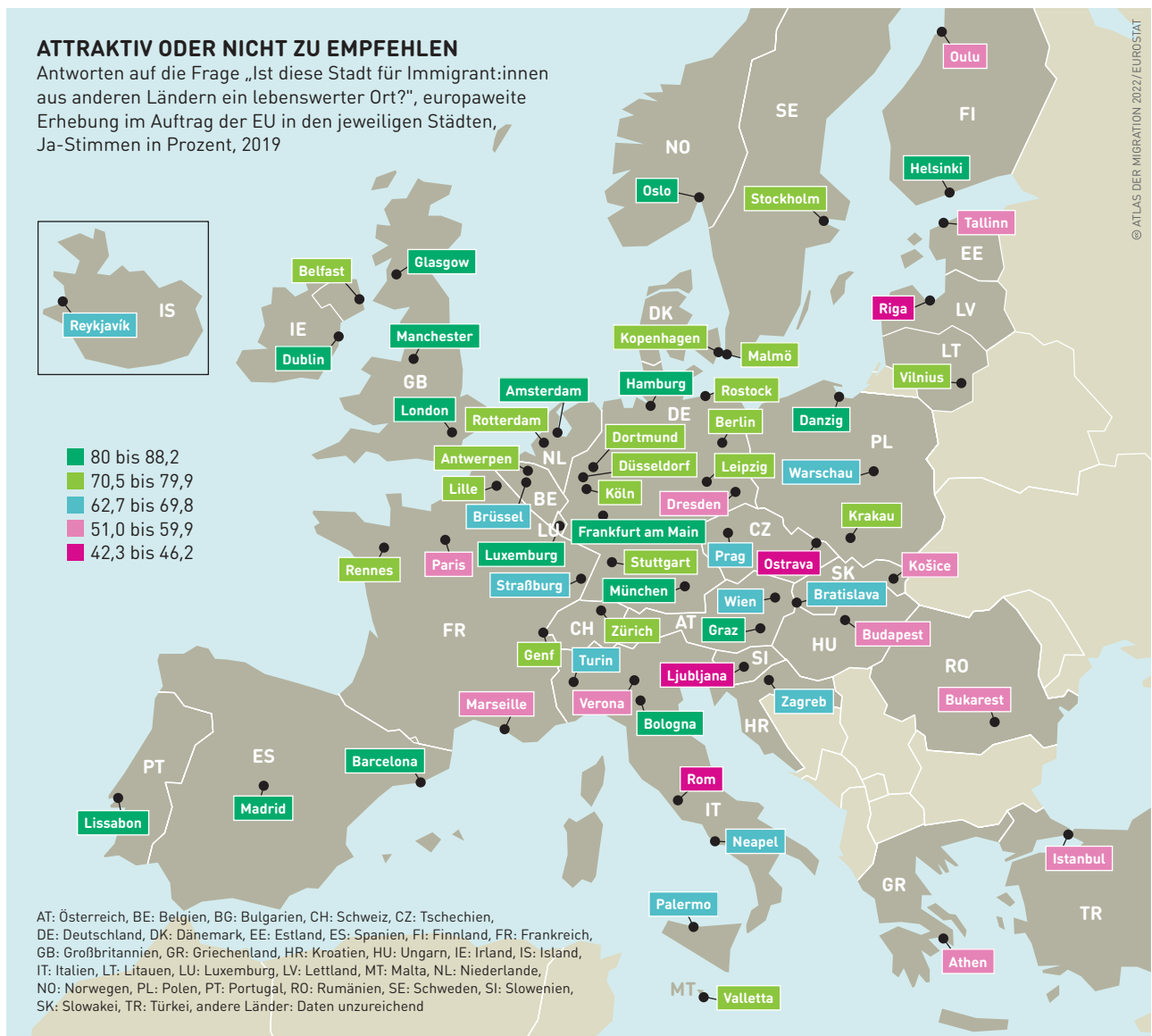
Inzwischen lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten. Stark geprägt wird die Urbanisierung von nationalen und internationalen Migrant:innen. Zwei von drei Zugewanderten ziehen heute weltweit in städtische Gebiete, Tendenz steigend. Städte sind die Orte, in denen Willkommens-, Inklusions- und Integrationsprogramme entwickelt und umgesetzt werden und in denen Erfahrung im Zusammenbringen von Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen und Bedürfnissen gesammelt werden.

Porto Alegre im Süden Brasiliens etwa gilt als Beispiel für eine Stadt, die sich erfolgreich um die soziale Eingliederung von Migrant:innen bemühte – unter anderem durch einen Bürgerhaushalt, bei dem Arme und Neuankömmlinge über Investitionen mitentscheiden können. Innerhalb von sieben Jahren nach dessen Einführung im Jahr 1989 verdoppelte sich der Prozentsatz der Einwohner:innen mit Zugang zur Kanalisation von 46 Prozent auf 95 Prozent. Der Straßenbau insbesondere in den Favelas hat sich verfünffacht. Beides kam vor



Migration und Urbanität gehören zusammen.

Wirtschaftlich, sozial und politisch bieten Städte mehr Möglichkeiten, Fuß zu fassen und akzeptiert zu werden



allem Migrant:innen aus dem armen Norden zugute, die in den Außenbereichen der Stadt lebten. Bürger:innen aus den ärmsten zwölf Prozent der Bevölkerung machten 1995 ein Drittel der Teilnehmer:innen der stadtweiten Versammlung aus. 2015 nahmen 15.000 Einwohner:innen am „orçamento participativo“, an der Gestaltung des Bürgerhaushalts teil.

In den letzten Jahren schlossen sich Städte vermehrt zu Bündnissen und Netzwerken zusammen. Im Juni 2021 wurde von 33 europäischen Städten die „Internationale Allianz der Städte Sicherer Häfen“ gegründet, in Deutschland 2019 das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, initiiert durch die zivilgesellschaftliche Bewegung Seebrücke und die Städte Berlin und Potsdam. Mittlerweile setzen sich über 100 Kommunen in diesem Bündnis für das Recht ein, selbst über die zusätzliche Aufnahme von Menschen entscheiden zu können. Nach der bisherigen Rechtslage dürfen sie das nicht. In Frankreich entstand 2018 das Netzwerk ANVITA, das 48 Kommunen und Regionen für eine „bedingungslose Aufnahme“ mobilisierte.

Die Wahrnehmung der Menschen zu ihren Städten ist sehr subjektiv. Aber als solche sind die Angaben durchaus vergleichbar

Im niederländische Tilburg ist ein eigenes Inklusionsprogramm auf die Bedürfnisse der neu ankommenden Menschen zugeschnitten. Die Stadt setzte sich dafür ein, dass Menschen, die hier einen positiven Asylbescheid erhalten haben, auch in Tilburg bleiben können und nicht umgesiedelt werden. So bleibt ihnen das soziale Netzwerk, dass sie sich in der Zeit der Antragstellung aufgebaut haben, erhalten.

Besonders prekär leben Menschen, die noch keinen Asylbescheid erhalten haben oder ohne Papiere in einem Land leben. Auch hier werden einige Städte aktiv, um die wichtigsten Grundbedürfnisse wie etwa den Zugang zur Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnen sicherzustellen. In solchen Bemühungen wird sichtbar, dass es Städten und Kommunalverwaltungen nach wie vor an Zuständigkeit für migrationspolitische Themen fehlt. —

SELBSTORGANISATION

IM EIGENEN NAMEN

Migrant:innen entwickeln unterschiedlichste Formen der Selbsthilfe und -organisation. In der südeuropäischen Landwirtschaft haben sie gemeinsam mit Basisgewerkschaften Rechte durchsetzen können.

Der gnadenlose Preiswettbewerb auf den Agrarmärkten findet zu einem großen Teil auf dem Rücken der Landarbeiter:innen statt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in der EU ist insgesamt rückläufig, doch der Anteil der internationalen, grenzüberschreitenden Saisonarbeitskräfte nimmt zu. In der EU kommen viele von ihnen aus Staaten mit niedrigem Lohnniveau wie Rumänien und Bulgarien. Landarbeiter:innen von außerhalb der EU stammen meist aus Nord- und Subsahara-Afrika. Letztere haben oft keine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Die Arbeitnehmer:innen wissen wenig über ihre Rechte. In der Folge werden sie ausgebeutet und oft weit unter dem Mindestlohn bezahlt.

Deutschland und vor allem Frankreich bauen große Mengen des wenig arbeitsintensiven Getreides wie Industrie- und Futterpflanzen an. In Spanien und Italien hingegen wird mehr als ein Drittel des Gemüses und fast die Hälfte des Obstes in der EU produziert, deren Ernte und Verarbeitung deutlich arbeitsintensiver sind. Seit Langem greifen Spanien und Italien deshalb auf die Arbeitskraft von Migrant:innen zurück. Und so ist die Ausbeutung von Saisonarbeitskräften hier besonders ausgeprägt, vor allem seit Einführung der Gewächshaus-Intensivkultur, die

eine erhebliche Verlängerung der Anbausaison ermöglicht.

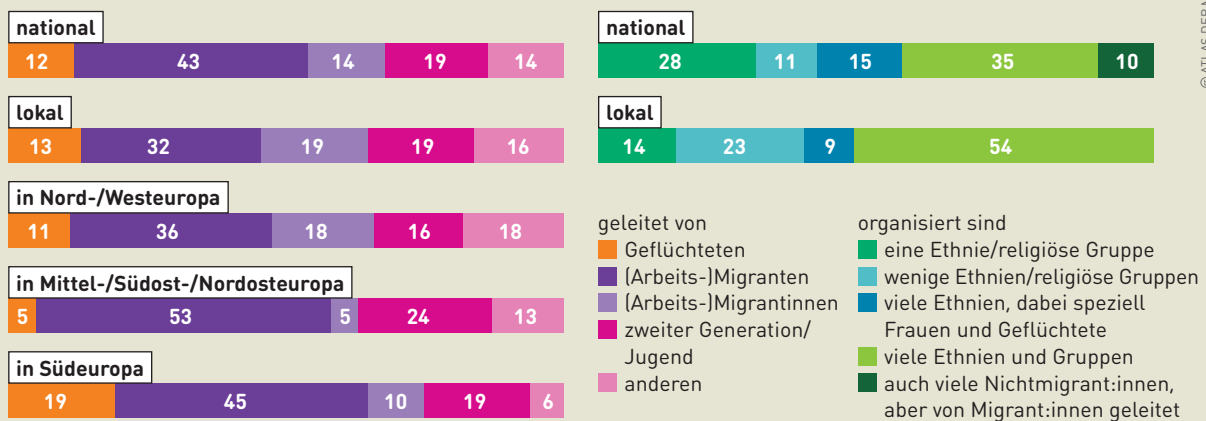
Bei der Durchsetzung ihrer Rechte waren die Arbeitsmigrant:innen lange auf sich allein gestellt. Die traditionellen Gewerkschaften kümmerten sich kaum um sie. Anders die in den 1970er-Jahren in Andalusien gegründete Landarbeitergewerkschaft Sindicato de Obreros del Campo (SOC). Sie ist aktivistisch und setzt auf Streiks, Demonstrationen oder Boykottaufrufe. Besonders seit in der Gemeinde El Ejido im Jahr 2000 pogromartige Gewalt gegen marokkanische Landarbeiter:innen stattfand und ein Mob die Immigrant:innen jagte, sind „direkte Aktionen“ hinzugekommen. Dazu gehören Blockaden, Märsche, Landbesetzungen oder die „Enteignung“ von Lebensmitteln und Schulheften in Supermärkten, um sie an mittellose Familien zu verteilen. So weisen die Aktiven seither auf die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verelendung hin.

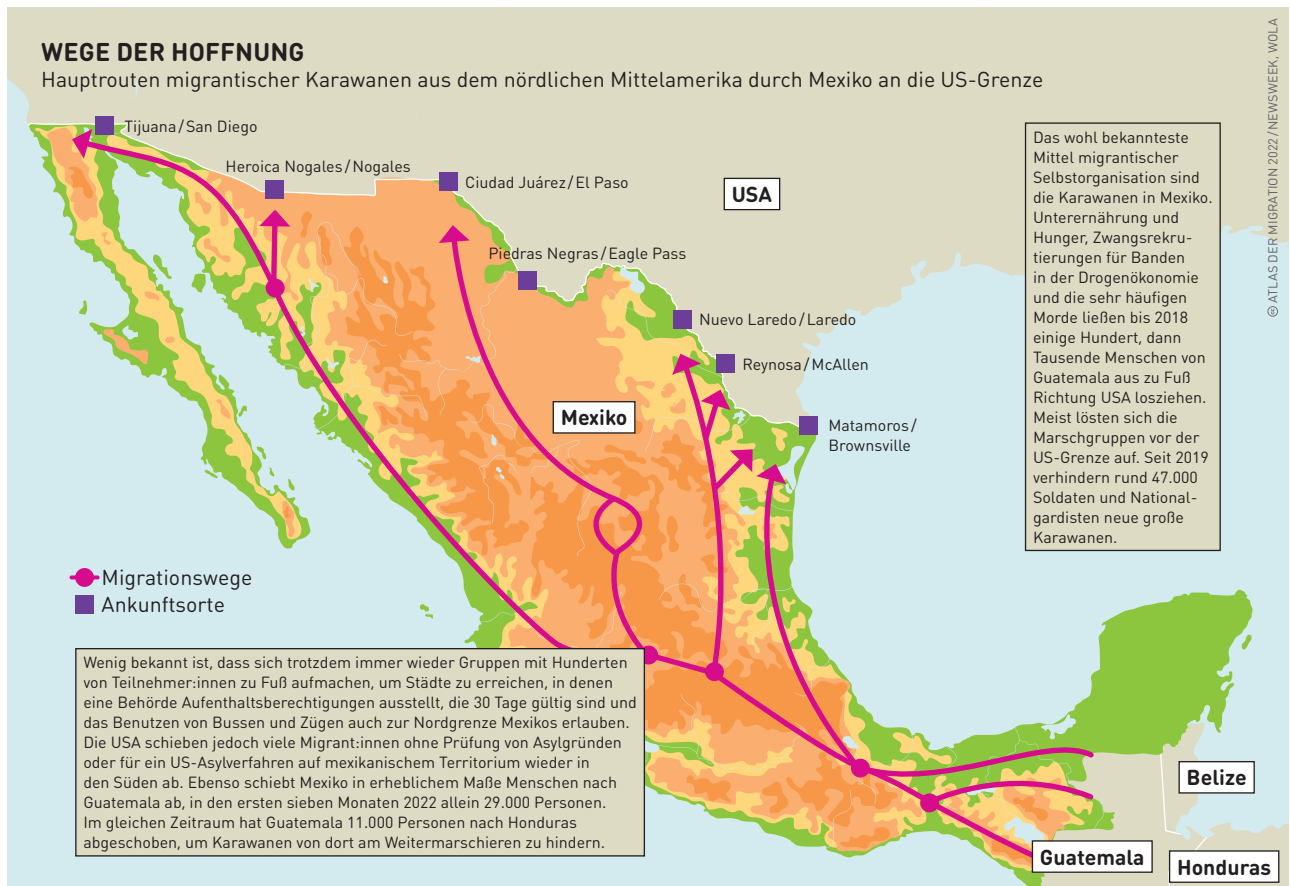
Mit der Gründung der breiter angelegten Arbeitergewerkschaft Sindicato Andaluz de Trabajadores (SAT) und ihrem Zusammenschluss mit dem SOC im Jahr 2007 wurde dieser Ansatz auch auf andere Sektoren der Lebensmittelproduktionsketten ausgedehnt, etwa auf die Verarbeitungsbetriebe. Jüngster Erfolg der Gewerkschaftsbewegung: Im August 2021 gab das Sozialgericht

Die meisten migrantischen Gruppen bieten Beratung, Bildungsmaßnahmen, soziokulturelle Aktivitäten und Unterstützung für ihre Mitglieder

WENIGE ORGANISATIONEN VON GEFLÜCHTETEN

Geografische Verteilung und Trägerschaft von 130 national und 31 regional aktiven migrantischen Organisationen aus allen EU-Ländern, 2021, in Prozent





von Almería einer Klage des Betriebsrates von Eurosol statt, einem lokalen Exporteur von Obst und Gemüse. Der Agrarkonzern muss künftig auch Zeitarbeitskräften Urlaub und Pausen gewähren. Das Urteil ist das Ergebnis eines jahrelangen Kampfes der SOC-SAT. Durch deren Unterstützung hatten Eurosol-Arbeiter:innen 2018 schon die Wahl des Betriebsrats durchsetzen können.

Im Süden Italiens arbeiten viele Migrant:innen aus Subsahara-Afrika unter ausbeuterischen und sklavenähnlichen Bedingungen auf den Feldern. Das Land ist der drittgrößte Produzent von Zitrusfrüchten im Mittelmeerraum und einer der weltweit führenden Produzenten von Tomaten. Die illegale Beschäftigung in der Landwirtschaft nimmt in Italien seit Jahren zu. Sie liegt heute bei schätzungsweise knapp einem Fünftel aller dort Beschäftigten. Die Schwarz- oder „Grauarbeit“ mit einem formellen Vertrag, aber vielen Verstößen gegen das Arbeitsrecht, bedeutet zehn Stunden Arbeit pro Tag für insgesamt 20 bis 30 Euro. Das ist nur die Hälfte des vorgeschriebenen Mindestlohns.

Wer keinen ordnungsgemäßen Arbeitsvertrag hat, kann auch keine Wohnung mieten oder grundlegende Sozialleistungen erhalten. So leben viele der undokumentierten Arbeiter:innen in Zeltstädten oder baufälligen Gebäuden, oft ohne Wasser, Toiletten, Müllabfuhr und Strom, weitab von Ortschaften und medizinischer Versorgung. „Ghettos“ heißen sie im Jargon. Liegt ein Vertrag vor, hakt es häufig bei der Lohnabrechnung, der

Auch weiterhin brechen in Mittelamerika sogenannte Karawanen auf, um zu versuchen, über die US-Grenze zu gelangen

korrekten Meldung der Arbeitstage oder der Einhaltung der Arbeitsbedingungen. Auch die Mafia verdient an der Ausbeutung mit: bei der Anwerbung von Arbeitskräften durch illegale Arbeitsvermittlung, den sogenannten Caporalato. Dabei werden die Arbeiter:innen meist auf Tagesbasis angestellt und bezahlen Abzüge an die Vermittler, etwa für den Transport an den Arbeitsplatz. Diverse Gesetzesinitiativen sollten diesem mafiosen System einen Riegel vorschieben, ein Problem ist jedoch die mangelnde Kontrolle.

In dieser Misere setzt die Basisgewerkschaft Unione Sindacale di Base (USB) auf die Selbstorganisation der meist eingewanderten Arbeiter:innen. Das bedeutet zuallererst, ein Bewusstsein für gewerkschaftliche und soziale Rechte zu schaffen. So errichteten die USB-Aktivist:innen ein Gewerkschaftszentrum in einem ehemaligen Ghetto der apulischen Stadt Foggia und organisierten 2017 einen ersten, auf Versammlungen entschiedenen „Ghetto-Streik“. Mit ihm setzten sie den Verzicht auf Räumungsdrohungen und regelmäßige Wasserlieferungen durch. Für die USB liegt im basisdemokratischen Organisationsansatz auch der Schlüssel für die Bekämpfung des auf Ausbeutung und Ghettoisierung basierenden Agrarsystems insgesamt. —

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

VERLORENE ZUKUNFT

Neue Regelungen seit 2015 erleichtern es Migrationswilligen, in Deutschland zu arbeiten. Unter jungen Bosnier:innen, die pessimistisch auf ihr Land blicken, trägt dies zu einer neuen Auswanderungswelle bei.

Rund die Hälfte der Bevölkerung Bosniens lebt heute im Ausland. Viele Jugendliche denken, dass das Land nichts für sie getan hat und dass sie an einem anderen Ort nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien suchen müssen. Diese Unzufriedenheit sitzt so tief, dass auch steigende Löhne nichts daran ändern können. Ein EU-Beitritt ist 2022 durch eine Empfehlung der EU-Kommission zwar näher gerückt, doch hoffen die meisten gering qualifizierten Arbeitskräfte aus den sogenannten Westbalkanstaaten (Serbien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien), ihrer Lebenslage zu entkommen, indem sie auswandern.

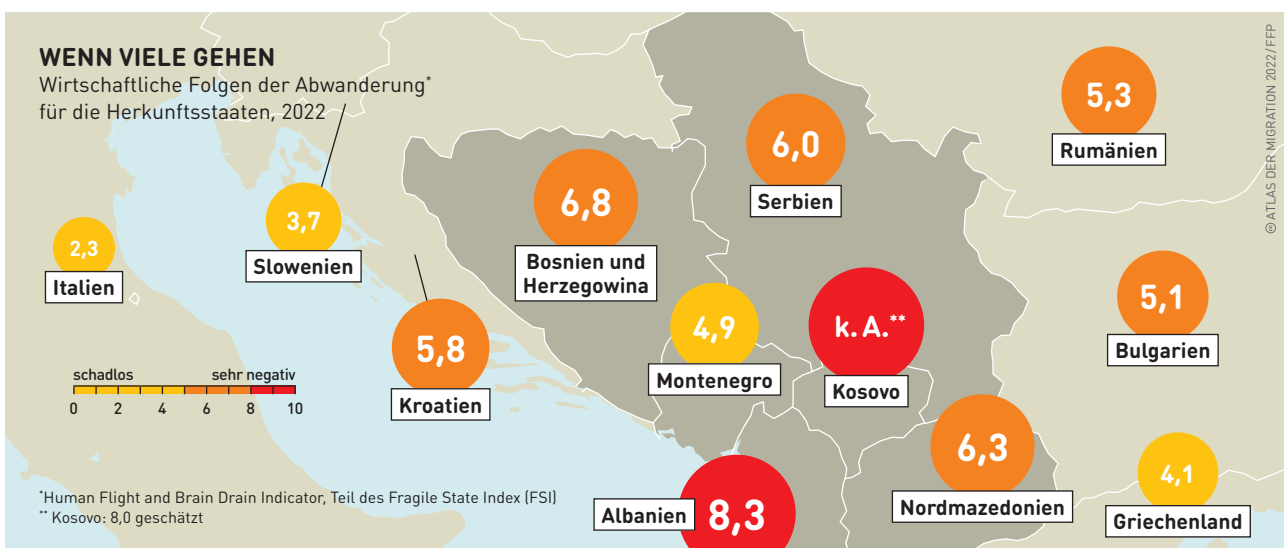
Als 2015 Deutschland die sogenannte Westbalkanregelung beschloss und damit den Zugang von Arbeitnehmer:innen aus Bosnien und Herzegowina zum deutschen Arbeitsmarkt erleichterte, begannen die Bosnier:innen in Scharen auszuwandern. Wann immer möglich, stützen sie sich auf Verbindungen vieler Migrant:innen der sogenannten „ersten Welle“ – ehemalige Gastarbeiter:innen der 1960er- und 1970er-Jahre – sowie der „zweiten Welle“ – Flüchtlinge vor den Jugoslawienkriegen der 1990er-Jahre. Ein weiterer Faktor war das im März 2020 von Deutschland eingeführte Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Es erleichtert die Zuwanderung

qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern nach Deutschland.

Bosnien und Herzegowina hat während des Krieges von 1992 bis 1995 schwer gelitten. Über 100.000 Menschen wurden getötet, die Wirtschaft brach zusammen, die Lage zerstörte jeden Hoffnungsschimmer. Auch Jahrzehnte später haben die Menschen in Bosnien kein Vertrauen in die Zukunft und ziehen erneut Migration in Betracht. Ein Grund dafür ist, dass die Folgen des Krieges das Land weiter prägen. Auch wenn das Abkommen von Dayton zur Niederlegung der Waffen führte, hatte es viele Fehler und wurde Bosnien weitgehend aufgezwungen. Die USA hatten das Abkommen 1995 vermittelt. Viele Konfliktlinien blieben. Es wurden zwei annähernd gleich große Landesteile geschaffen – einen serbischen sowie einen muslimischen und kroatischen. Das Abkommen belastet die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen bis heute.

„Dayton“, wie das System kurz genannt wird, brachte zwar Frieden auf dem Papier, aber kein gutes Leben. Seine Verwaltungsorganisation, die Machtteilung ist kompliziert, und dringend nötige Reformen werden verhindert. Die dominierenden politischen Parteien wurden gestärkt und zu Hauptakteuren der Umverteilung. In den wirtschaftlich schwachen Gebieten Bosniens wurde die Parteimitgliedschaft – ob offiziell oder inoffiziell – immer wichtiger. Wer sozial aufsteigen wollte, war auf sie ange-

Unter dem Brain Drain, der Abwanderung der gut Ausgebildeten, die keine Zukunft im eigenen Land erhoffen, leiden die Westbalkanstaaten besonders



wiesen. Nur wer den ethnonationalen politischen Eliten von Dayton nahestand, hatte Zugang zu Jobs, Privilegien und Macht, während die meisten anderen Menschen außen vor blieben. Im Laufe der Jahre hat der eingangs schwache bosnische Zentralstaat auch auf Druck westlicher Partner gesamtstaatliche Institutionen aufgebaut. Doch vor allem die von Russland unterstützte Republika Srpska ist der Auffassung, die Regierung in Sarajewo habe ihr unrechtmäßig Vollmachten entzogen.

Obwohl es keinen offenen Konflikt gab, der die Auswanderung anheizte, begannen die Menschen auf der Suche nach einem stabileren Leben zumindest für ihre Kinder, sich auf eine Auswanderung vor allem nach Deutschland einzustellen. Die dritte Migrationswelle wurde auch dadurch möglich, weil ab etwa 2011 der Mangel an Personal etwa im Gesundheitsbereich in Deutschland zunahm. Der Markt diktiert seit jener Zeit, wer ins Land gelassen wird. In vielen Fällen sind ein anerkannter Berufsabschluss und ein Arbeitsvertrag notwendig, um in Deutschland zu arbeiten.

Doch auch auf andere Länder zielt die Auswanderung. Rund die Hälfte der Bosnier:innen haben ihr Herkunftsland verlassen, fast 1,7 Millionen Menschen. Die größte Zahl in Bosnien Geborener lebt heute in Kroatien (400.000) und Serbien (336.000), gefolgt von Deutschland (204.000) und Österreich (97.000). Ohne sie, und ohne dass sich jemand um diese Menschen in der Diaspora kümmert, verliert Bosnien unwiderruflich seine größte Ressource: die Menschen. Die demografischen Folgen einer so starken Abwanderung sind düster.

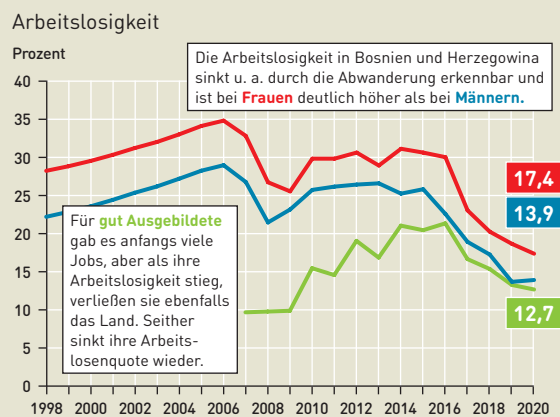
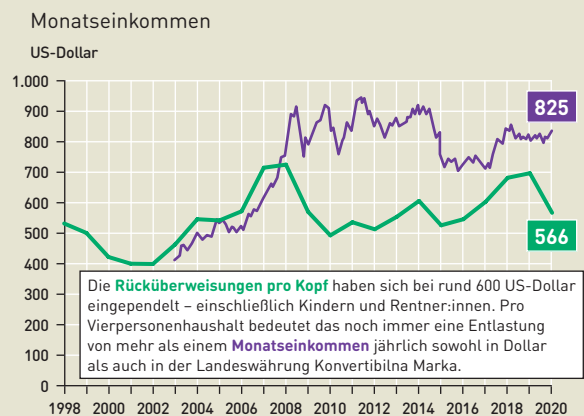
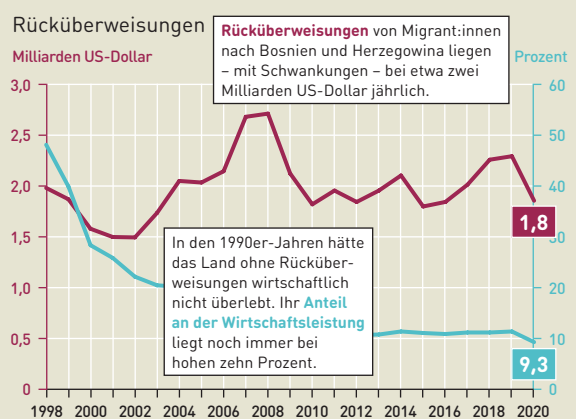
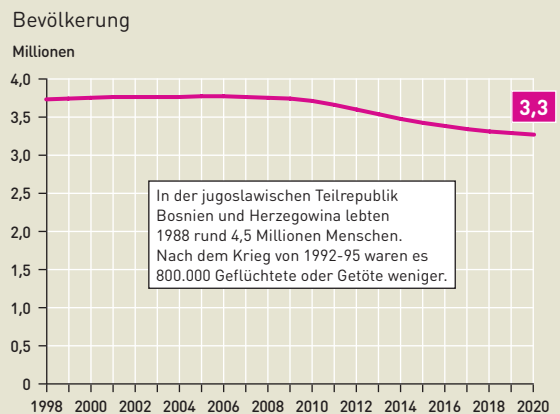
Zunächst scheint es, als verringerten sich die Probleme. Die Arbeitslosenrate sinkt, wenn alle Unbeschäftigten außer Landes gehen. So steigt die Zahl der Studienplätze oder Ärzte pro Kopf. Doch ohne Kinder werden viele Schulen schließen müssen. Im Nordwesten von Bosnien ist dies bereits vielfach geschehen. Als Nächstes sind Gymnasien und Universitäten von diesem Rückgang betroffen, ebenso wie Industrie- und Handwerksbetriebe. Das Rentensystem blutet aus.

Die Regierung wird sich deshalb mit den Folgen der Migration auseinandersetzen müssen, mit den Verlusten, die auch dadurch entstanden sind, dass das Land für die Ausbildung junger Menschen bezahlt hat, die anschließend in den deutschen Arbeitsmarkt gewandert sind, ohne dass Deutschland etwas dafür bezahlen würde. Die neue Regierung von Bosnien und Herzegowina wird Strategien finden müssen, um die Menschen und das Geld wieder ins Land zu holen. Doch das braucht eine Debatte über die Zukunft und eine verantwortungsvolle Regierung. Beides gibt es derzeit nicht. Bosnien sind die Menschen ausgegangen und die Zeit. —

Auch wenn sich die Arbeitslosigkeit in Bosnien und Herzegowina seit 2006 halbiert hat, bedeutet das Geld aus dem Ausland für viele eine Sicherheit

NICHT VIEL HOFFNUNG

Durch Migration geprägte demografische und wirtschaftliche Trends in Bosnien und Herzegowina, Auswahl



© ATLAS DER MIGRATION 2022 / WELTBANK

LAND DER DOPPELMORAL

Der Arbeitsmarkt zeigt die Widersprüche der nationalkonservativen Regierung Polens auf. Ukrainische Arbeitskräfte sind willkommen, Menschen aus anderen Ländern nicht. Und einige Tausend ins Land geholte Asiat:innen möchte man nicht zur Kenntnis nehmen.

Jahrelang weigerten sich die in Polen regierenden Nationalkonservativen von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Flüchtlinge aufzunehmen. Stattdessen organisierten sie eine Gegenkampagne. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine jedoch gewährt Polen Millionen Menschen aus dem Nachbarland Zuflucht.

Schon in den Jahren zuvor hatte Polen enorm viele Ukrainer:innen als Arbeitskräfte ins Land gelassen. Von 2018 bis 2020 stellte die Regierung rund 1,2 Millionen Arbeitsvisa für Drittstaatler:innen aus – das waren rund ein Drittel bis die Hälfte aller in der EU in dieser Zeit ausgestellten Visa. Polen allein ließ genauso viele Ausländer:innen ausdrücklich zur Arbeitsaufnahme ins Land wie alle anderen 26 EU-Staaten zusammen. Und die mit Abstand meisten Visa gingen an Ukrainer:innen. Sie sollten die einheimischen Arbeitskräfte ersetzen, die Polen für besser bezahlte Jobs in Richtung Westeuropa und Großbritannien verlassen hatten.

Und so wird nun auch die Ukraine-Krise enorme Auswirkungen auf den polnischen Arbeitsmarkt haben. Ukrainische Männer, Arbeiter, auf die sich die polnische Bau- und Transportindustrie stützt, haben Polen verlassen. Rund 230.000 sind in die Ukraine zurückgekehrt, um ihre Heimat gegen die Russen zu verteidigen. Die polnischen Medien waren voll von Berichten über Unternehmen, die plötzlich ohne Mitarbeiter waren.

An ihre Stelle sind in Polen nun die vielen geflüchteten Frauen mit ihren Kindern getreten. Der polnische Arbeitsmarkt hatte bereits vor dem Ausbruch des Krieges freie Stellen im Bereich Handel und Dienstleistungen. Es ist Polen zunächst erstaunlich gut gelungen, die vielen ukrainischen Geflüchteten aufzunehmen. Kinder konnten trotz der Unterfinanzierung des polnischen Bildungssystems schnell eingeschult werden. Mit den wieder verstärkten russischen Raketenangriffen auch auf die Zentral- und Westukraine im Oktober 2022 bereitet sich Polen auf weitere Flüchtlinge vor. Ob es der nationalkonservativen Regierung gelingen wird, eine langfristige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ist derzeit noch offen.

2015, als Tausende von Menschen aus dem Nahen Osten über die Balkanroute nach Deutschland kamen, startete Jarosław Kaczyński, der Chef der PiS, eine ekelhafte

Kampagne gegen die Flüchtlinge. Er warnte, dass die Neuankömmlinge Parasiten und Bakterien ins Land bringen könnten, und behauptete, dass Flüchtlinge potenzielle Terroristen seien. In Polen war damals Wahlkampf und die PiS-Kampagne gegen Flüchtlinge war ein wichtiger Teil davon. Die scheidende Regierung der Liberalen Bürgerplattform hatte sich bereit erklärt, 7.000 Flüchtlinge aus Lagern in Griechenland und Italien aufzunehmen, um diese Länder zu entlasten. Die PiS aber gewann die Wahl, hielt sich nicht an die Zusagen ihrer Vorgänger und nahm keine Flüchtlinge aus dem Nahen Osten auf. Die Zahl der Übergriffe auf Menschen mit dunkler Hautfarbe stieg daraufhin stark an.

Der Wirtschaft aber ging es gut, sie wuchs in den Jahren nach der Regierungsübernahme der PiS um rund vier Prozent pro Jahr. Vor der Corona-Pandemie nannten in einer amtlichen Umfrage viele Unternehmen Arbeitskräftemangel als Entwicklungshemmnis. In der Baubranche meldete gar jedes dritte Unternehmen Probleme bei der Personalsuche.

Die Regierung öffnete still und leise das Tor für Einwander:innen aus Asien. Nicht aus dem Nahen Osten, sondern aus Nepal, Sri Lanka oder Bangladesch. Im Herbst 2018 standen die Türen des zuständigen polnischen Konsulats in Neu-Delhi praktisch immer offen. Gleich mehrere Konsulate kamen mit der Ausstellung von Visa kaum nach. Zu Tausenden bewarben sich Interessent:innen für eine Arbeit in Polen. 2017 wurden etwa 7.000 Arbeitserlaubnisse für Menschen aus Asien erteilt, was just der Zahl der Flüchtlinge entspricht, die Polen hätte aufnehmen sollen. In der ersten Hälfte des Jahres 2018 stieg die Zahl auf 9.000, 2019 waren es fast 16.000.

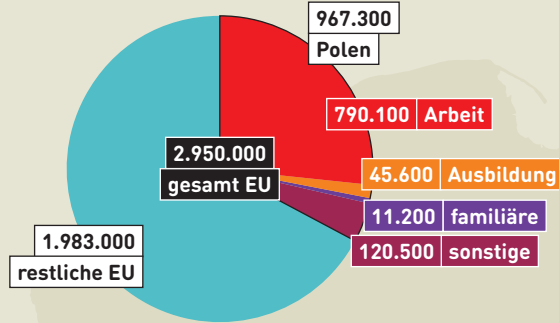
Die Pandemie hat diesen Trend gestoppt, aber nur für eine Weile. Es kommen weiterhin Arbeitskräfte aus Asien nach Polen, denn sie werden in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor benötigt. Die PiS-Regierung aber tat und tut so, als gäbe es sie nicht. Menschen aus Nepal, Sri Lanka, Bangladesch und den Philippinen werden in Polen als Gastarbeitende behandelt. Sie sind nicht in die Gesellschaft integriert, sie sind nicht vor Ausbeutung oder anderen Betrügereien geschützt, und die Regierung interessiert sich nicht für die Bedingungen, unter denen sie leben.

Die 7.000 Menschen, die Polen 2015 hätte aufnehmen sollen, wären leicht auf katholische Kirchengemeinden zu verteilen gewesen. Die polnische Bevölkerung hätte sich an die Ankunft von Flüchtlingen gewöhnt. Infrastruktur wäre geschaffen, Personal, das sich um die Hilfe für diese Menschen kümmert, wäre geschult worden. Doch Polens Karma wurde nicht nur durch die unnachgiebige Haltung

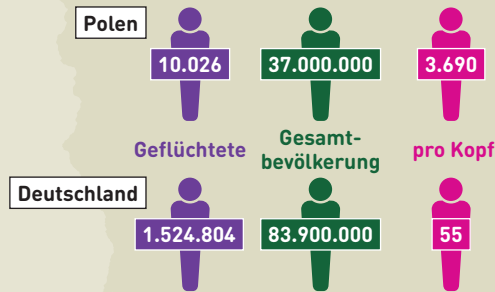
EINE VON MIGRATION GEPRÄGTE GESELLSCHAFT

Ein- und Auswanderung in Polen

Erteilte Erlaubnisse zur Arbeit in der EU, polnischer Anteil nach Gründen, Anzahl, 2021

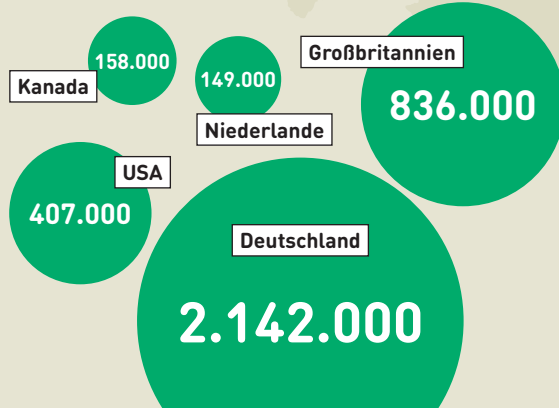


Anzahl der Geflüchteten*, der Gesamtbevölkerung und der Einwohner:innen pro geflüchteter Person, 2021, Polen und Deutschland im Vergleich



*Geflüchtete, Asylbewerber:innen, weitere Personen unter dem Schutz des UNHCR

Polnische Staatsangehörige im Ausland, Top 5 der Zielländer, 2021

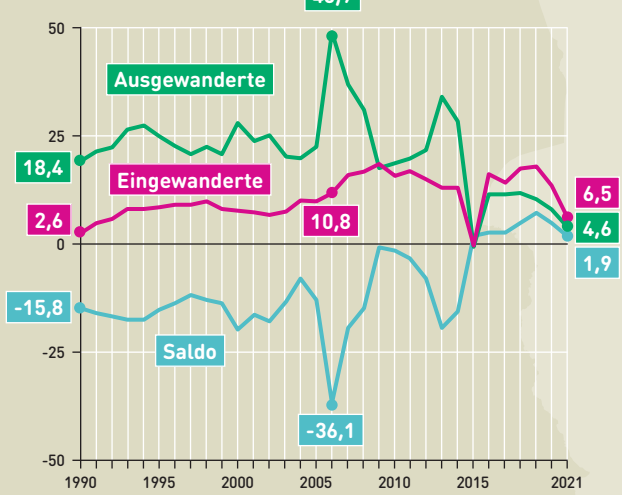


Personen, die 2021 und 2022 über die belarussische Grenze einreisen wollten

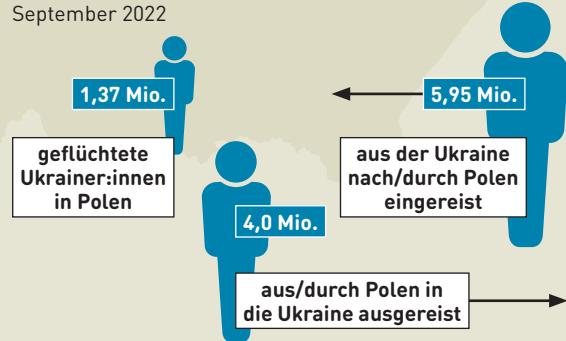
39.100 Flüchtlinge von August bis Dezember 2021, 24 Tote für ganz 2021 belegt

7.800 Übertrittsversuche von Januar bis August 2022

Wanderungsbilanz Polens mit EU-Beitritt 2004, Tausend Ab-/Angemeldete



Vor dem Krieg gegen die Ukraine nach Polen Geflüchtete, Transit über die polnisch-ukrainische Grenze, September 2022



Differenzen durch Rundung

der PiS in der Frage der europäischen Umsiedlung verdüstert, sondern auch durch das, was an der Grenze zu Belarus geschah und noch immer geschieht.

Der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko versuchte aus Rache für EU-Sanktionen, Einwanderer aus dem Irak und Kurdistan nach Polen zu schicken. Die PiS ging brutal gegen die Ankommenden vor, die oft Kriegsopfer waren: Familien mit Kindern wurden im Wald ausgesetzt, die Flüchtlinge wurden geschlagen, ihre Telefone zerstört. Die Belaruss:innen taten dasselbe. Manche

Nützliche Arbeiter:innen und hilfsbedürftige Ukrainer:innen sind in Polen willkommen. Doch für Asylbewerber:innen gilt das nicht

Menschen irrten wochenlang im Grenzgebiet umher. Jetzt steht Polen vor der Herausforderung, Millionen Ukrainer:innen auch dauerhaft zu integrieren. Alles wäre heute einfacher, wenn die PiS 2015 ihren Wahlsieg nicht auf einem Verrat an den Flüchtlingen begründet hätte. Das Karma rächt sich nun an Polen. —

LEIDEN IM LAGER

Das Leben von Geflüchteten wird in Griechenland brutal reglementiert. Das Ziel: Abschreckung und Zermürbung. Berüchtigt sind auch die illegalen „Pushbacks“ der griechischen Küstenwache.

Griechenland ist eines der wichtigsten Transitländer für Menschen, die in Europa Schutz suchen. Für viele dieser Menschen aber wird Griechenland zu einer Sackgasse oder zu einem Ort der Gefangenschaft. Geflüchtete, die das Land nicht verlassen dürfen, leiden unter einem hohen Maß an Rechtsunsicherheit, sozialer Ausgrenzung, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not. Und immer wieder werden Vorwürfe gegenüber griechischen Behörden wegen Folter, Misshandlungen und exzessiver Gewaltanwendung erhoben.

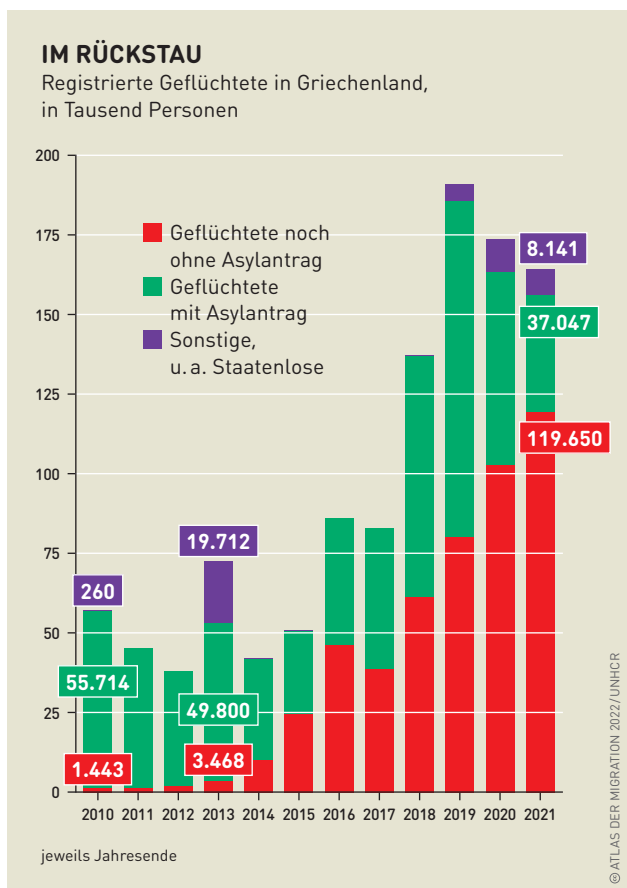
Griechenlands Asyl- und Migrationspolitik ist seit dem Amtsantritt der rechten Regierung von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis Mitte 2019 restriktiver geworden. Eine Ende 2021 eingeführte Regelung macht es vielen Geflüchteten heute fast unmöglich, überhaupt einen Asylantrag

zu stellen. Zuvor mussten sich Asylsuchende im ersten Schritt ihres Antrags per Skype an die Asylbehörden wenden. Es dauerte es bis zu 14 Monaten, um einen Termin überhaupt vereinbaren zu können. Am 22. November 2021 aber hat das griechische Migrationsministerium das Skype-System abgeschafft – ohne die Hilfsorganisationen im Land über die Änderungen zu informieren. Asylsuchende auf dem Festland können sich seitdem nur noch an einer einzigen Stelle, nämlich dem Aufnahmezentrum im Ort Fylakio an der türkischen Grenze, registrieren. Die Region ist aber für viele Schutzsuchende nur schwer oder überhaupt nicht erreichbar. Ein neues Modell der geschlossenen Lager, die auf Ägäis-Inseln wie Samos, Leros oder Kos, aber auch auf dem Festland betrieben werden, untergräbt die Rechte der Internierten zum Beispiel auf Bildung und Gesundheit.

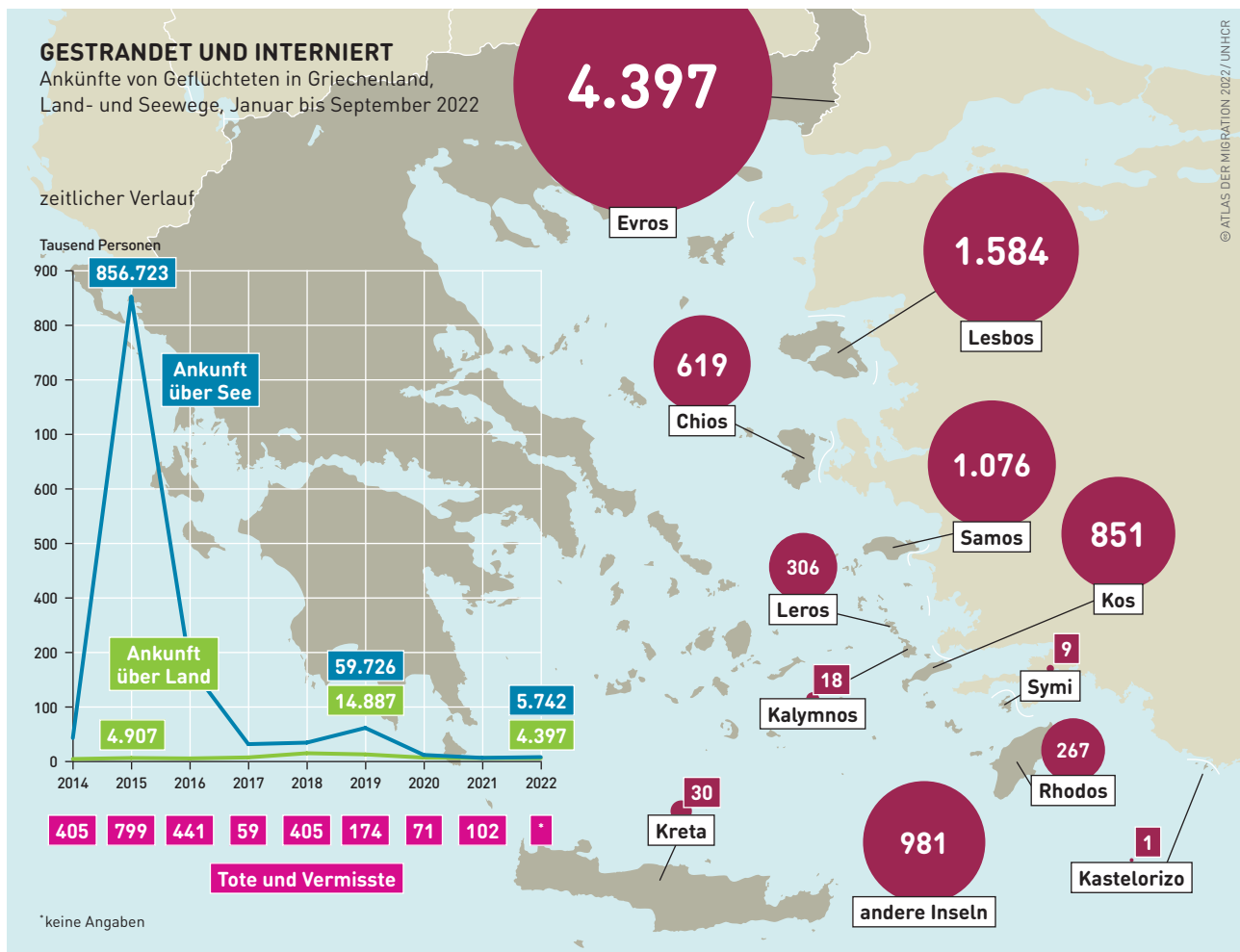
In einem Bericht von Ärzte ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières, MSF) ist beschrieben, welche Folgen der Aufenthalt in den Aufnahme- und Identifikationszentren – besser bekannt als „Hotspots“ – für die körperliche und geistige Gesundheit von Kindern hat. Von den Patient:innen, die MSF auf Chios, Lesbos und Samos 2019 und 2020 wegen Selbstverletzung oder Suizidversuchen behandelte, waren zwei Drittel Kinder. Der jüngste Patient mit Suizidgedanken war gerade einmal sechs Jahre alt. Unter den Kindern mit psychischen Problemen, die MSF in diesem Zeitraum auf Lesbos behandelte, hatte rund jedes dritte Schlafstörungen oder Entwicklungsstörungen und jedes vierte eine generalisierte Angststörung.

Nicht alle Geflüchteten sind im Lager. Ein erheblicher Teil ist obdachlos, darunter auch viele alleinlebende Frauen, unbegleitete Minderjährige und andere besonders schutzbedürftige Personen, die versuchen, in verlassenen Häusern unterzukommen. Nach einer Untersuchung des griechischen Geflüchtetenrates und anderen NGOs erleiden Überlebende sexueller Gewalt auf der Straße in Griechenland teils erneut sexualisierte Gewalt. Hunderte von anerkannten Geflüchteten, sogar Mütter mit kleinen Kindern, schwangere Frauen, ältere Menschen sind gezwungen, über längere Zeit auf öffentlichen Plätzen und Straßen zu leben, was ihre Gesundheit und Sicherheit stark gefährdet.

Griechische Behörden gehen derweil bei den so genannten Pushbacks, den Zurückschiebungen Schutzsuchender, äußerst brutal vor. Der norwegischen Organisa-



Noch 2021 verzögerten die griechischen Behörden nach Kräften jeden Asylprozess. Seit 2022 setzt Griechenland auf schnelle Ablehnungen



tion Aegean Boat Report zufolge gab es 2021 mindestens 629 Pushbacks in der Ägäis, von denen insgesamt 15.803 Menschen betroffen waren. Laut Human Rights Watch nimmt die griechische Polizei Geflüchtete an der griechisch-türkischen Landgrenze am Fluss Evros fest, führt manche halbnackt zurück über die Grenze und raubt ihnen zuvor Handys und andere Habseligkeiten.

Die Recherche-NGO Lighthouse Reports sammelte Videos von insgesamt 635 Pushbacks, die seit März 2020 von maskierten griechischen Grenzschutzbeamten in der Ägäis durchgeführt wurden. Bei einem der Vorfälle versuchten mehr als 25 Geflüchtete, die Küste der Insel Kos zu erreichen. Sie wurden von der griechischen Küstenwache aufgehalten, mit einem Stock weggestoßen und später ins Wasser geworfen. Die Gruppe der Schutzsuchenden wurde später von der türkischen Küstenwache festgenommen.

Die chaotische Situation auf den Inseln hat bei einem großen Teil der griechischen Bevölkerung, ohnehin durch die Pandemie belastet, rassistische Ressentiments verstärkt. Hinein mischte sich die Empörung darüber, dass der türkische Präsident Erdogan Grenzöffnungen auf türkischer Seite als Druckmittel gegen die EU einsetzte. So sah denn Anfang 2020 eine Mehrheit der Befragten auf den griechischen Inseln in der östlichen Ägäis Geflüchte-

Die Balkanroute, auf der 2015 viele Ankömmlinge weiterreisten, ist offiziell geschlossen. Viele werden heute in Lagern untergebracht

te als „Gefahr für die Nation“. Im Januar 2020 fand auf den griechischen Inseln zunächst ein Generalstreik statt, um gegen die überfüllten Hotspot-Camps zu protestieren. Einen Monat später brach Gewalt aus: NGO-Mitarbeiter:innen wurden angegriffen, Proteste gegen Geflüchtete organisiert, und Rechtsextreme aus der ganzen EU mischten sich unter die Anwohner:innen, um auf Lesbos „Europa zu verteidigen“.

Bis 2022 hat die EU für 276 Millionen Euro auf den Inseln Lesbos, Samos, Kos, Chios und Leros sogenannte „Closed Controlled Access Center“ errichtet. Dort wird zunächst geprüft, ob die Ankommenden überhaupt zu einem regulären Asylverfahren zugelassen werden. Stammen sie etwa aus einem vermeintlich sicheren Herkunftsland, soll es für sie allenfalls ein beschleunigtes Asylverfahren geben. Währenddessen gelten sie offiziell als nicht in die EU eingereist. Nach einer Ablehnung werden die Menschen in Hochsicherheitstrakten innerhalb der Lager interniert, die direkt der Polizei unterstehen. Ziel ist die weitgehende Abschottung Ankommender bis zur möglichst schnellen Abschiebung. —

UNGLEICHES LEBEN

Für viele Millionen Menschen aus der ganzen Welt ist Deutschland zur neuen Heimat geworden. Eine moderne Gesellschaft ist auf diese Einwanderung angewiesen.

Die Bundesrepublik ist seit je stark von Migration geprägt. Von 83,2 Millionen Menschen in Deutschland haben 22,3 Millionen einen Migrationshintergrund. Sie selbst oder mindestens ein Elternteil wurden nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren. Im Westen ist ihr Anteil dreimal so hoch wie im Osten – zu fast 95 Prozent leben sie in den alten Bundesländern und in Berlin.

Seit 1945 sind weit mehr als 25 Millionen Menschen auf Dauer in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland eingewandert. 11,9 Millionen kamen zwischen 1945 und 1950 aus den ehemals deutschen Ostgebieten, aus Polen, der UdSSR, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei nach Deutschland – davon 7,9 Millionen in die Bundesrepublik und 4 Millionen in die wesentlich kleinere und bevölkerungsärmere DDR. Zwischen 1950 und 2020 wanderten rund 2,8 Millionen sogenannte Spätaussiedler vor allem aus Kasach-

stan, Russland, Rumänien und Polen ein, bis 1990 ausschließlich in die Bundesrepublik. Zudem siedelten bis zum Mauerbau 1961 rund 2,7 Millionen Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone und ab 1949 aus der DDR in den Westen über.

Durch den wirtschaftlichen Aufschwung nach Ende des Krieges und die Einführung der Wehrpflicht 1956 zeichnete sich ein Arbeitskräftemangel in einigen Wirtschaftsbranchen ab. Gegen den erklärten Willen und Protest der SPD und der Gewerkschaften, die Druck auf die Löhne fürchteten, öffnete die CDU auf Drängen der Arbeitgeber die Grenzen. Die ersten Italiener:innen kamen nach dem am 20. Dezember 1955 mit Italien abgeschlossenen Anwerbeabkommen. Dieser Tag veränderte die Geschichte Deutschlands, hin zu der heutigen Gesellschaft der Vielen.

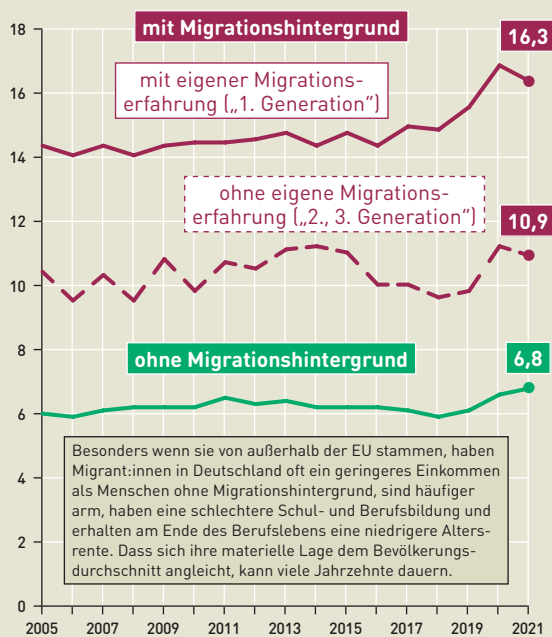
Danach folgten bis 1973 rund 14 Millionen weitere „Gastarbeiter:innen“ aus Spanien, Griechenland, Portugal, Marokko, Tunesien, Jugoslawien und vor allem aus der Türkei. Elf Millionen kehrten zurück, doch anders als von der CDU geplant blieben drei Millionen. Viele holten ihre Familien nach, andere gründeten eigene.

Seitdem hat sich das Gesicht der Republik radikal verändert: die Liebesbeziehungen, das Aussehen der Menschen und der Städte, die Schulen, die Schichtung in der Gesellschaft, der Speisezetteln, Alltagsgewohnheiten, das religiöse Leben, die Sprache, die Literatur – und die sozialen Probleme. Der Wandel gilt für den Westen des Landes mehr als für den Osten. Der Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern hätte nicht größer sein können. Während an den westdeutschen Grenzen seit den 50er-Jahren ein stetiges Kommen und Gehen herrschte, ließ die DDR nur vergleichsweise wenige Vertragsarbeiter:innen zumeist aus Vietnam, Mosambik, Kuba und Angola ins Land. 1989 betrug ihre Zahl rund 94.000. Viele Vertragsarbeiter:innen mussten nach 1990 das Land verlassen. Einen der Bundesrepublik vergleichbaren Rechtsanspruch auf Asyl gab es in der DDR nicht. Allerdings nahm der Staat mehrere Tausend politische Emigrant:innen aus Griechenland, Chile und anderen Ländern auf.

Aber auch im Westen kamen zwischen 1949 und 1987 vergleichsweise wenige Asylsuchende nach Deutschland. Das änderte sich Ende der 1980er-Jahre. Seitdem haben bis 2022 nach Angaben des statistischen Bundesamtes rund 4,7 Millionen Menschen einen Antrag auf Asyl ge-

DER LANGE WEG AUS DEN „WORKING POOR“

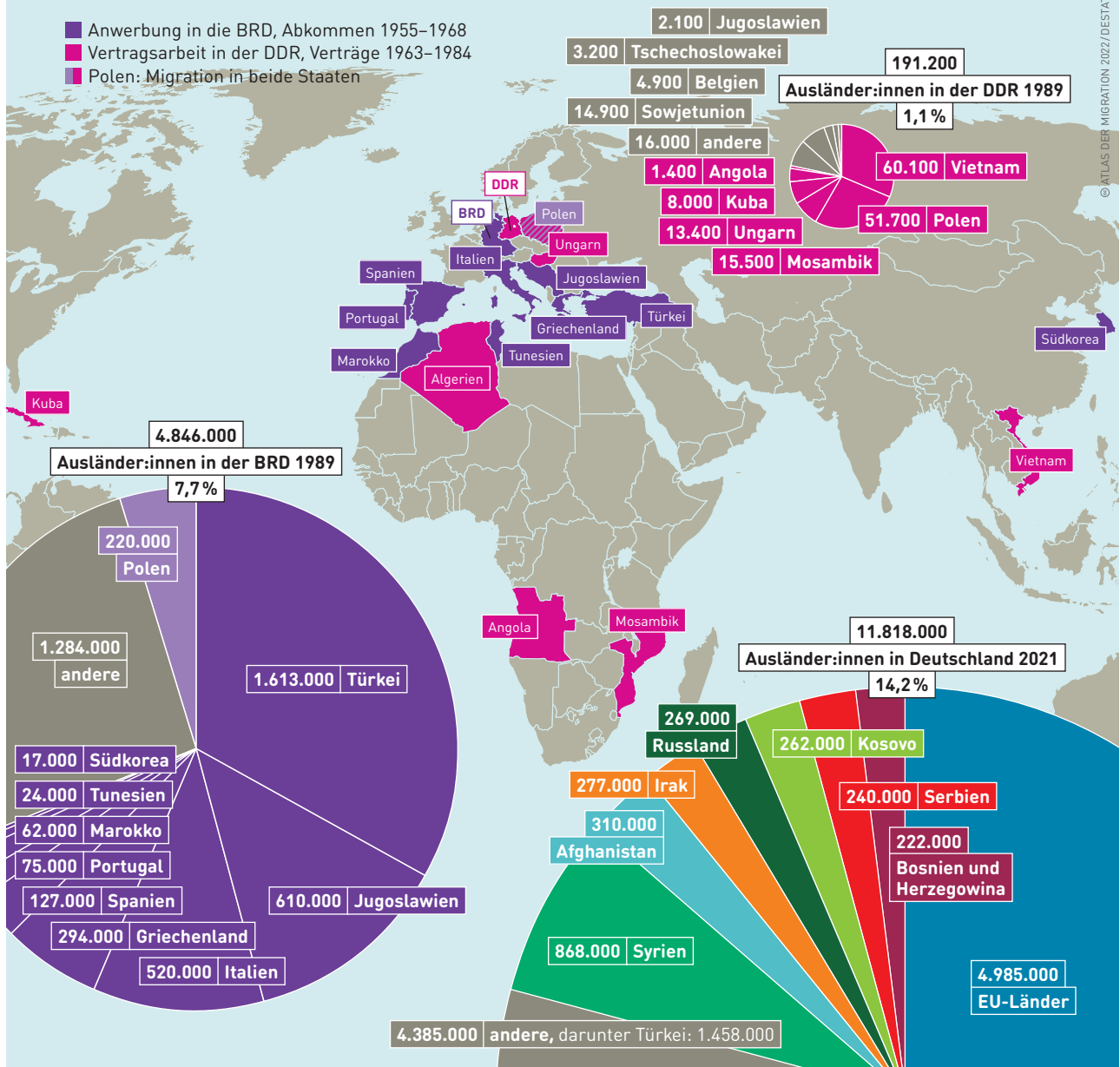
Erwerbstätige in Deutschland mit Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, in Prozent



Möglicherweise dauert es vier Generationen, bis Menschen mit Migrationshintergrund deutlich weniger von Arbeitsarmut betroffen sind

AM ANFANG WAR DIE ARBEITSKRAFT

Ausländer:innen in der BRD und der DDR 1989 sowie in Deutschland 2021 nach Herkunftsländern, absolute Zahl und Anteil an der Bevölkerung in Prozent



stellt. Zwar wird ein immer höherer Anteil der Asylanträge anerkannt, gleichzeitig wird es für Asylsuchende immer schwieriger, überhaupt nach Deutschland zu gelangen. Trotzdem tragen die Fluchtbewegungen zum Migrationsgeschehen bei.

Die soziale und rechtliche Stellung vieler Migrant:innen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verbessert, unter anderem durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Es besteht jedoch weiterhin eine starke, teils wachsende soziale Ungleichheit gegenüber Deutschen ohne Migrationshintergrund. Teil der Einwanderungsgeschichte ist auch die traurige Tatsache, dass durch rassistische Gewalt seit 1980 mehr als 200 Menschen in Deutschland getötet wurden.

Zumeist in der Arbeitsmigration wurzelte vor 1989 das Leben der Ausländer:innen in BRD und DDR. Heute kommen EU-Freizügigkeit, Schutz und Asyl hinzu

Trotz alledem ist die Migration der zurückliegenden 70 Jahre insgesamt ein Erfolgsmodell. Viele Millionen Menschen aus aller Welt haben in der Bundesrepublik eine Lebensperspektive und ein Einkommen gefunden, wurden hier sesshaft und bekamen Kinder und Kindeskinde. Viele von diesen sind dank guter Bildungsabschlüsse und auch durch Förderprogramme sozial aufgestiegen. Sie sind eine zunehmend wichtige Stimme in Politik, Kultur und Medien und prägen Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft. —

AUTOR:INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im Oktober 2022 geprüft. Der Atlas der Migration ist im PDF-Format unter der Download-Adresse herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt ist. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10-11 GESCHICHTE: MENSCHEN IN BEWEGUNG von Jochen Oltmer

S. 10: IOM, World Migration Report 2022, S. 23, <https://bit.ly/3TdYW1e>. – S. 11: uoregon.edu, Slave trade, <https://bit.ly/2JUJ7q1>, <https://bit.ly/2WFy4ae>. Voyages: The Trans-Atlantic Slave Trade Database, <https://bit.ly/2ZatfDr>, <https://bit.ly/2wJz7aB>. WHAP heritage, <http://bit.ly/2ERzBjn>.

12-13 GEGENWART: NEUER HÖCHSTSTAND von Vera Hanewinkel

S. 12: UN, International Migrant Stock 2020: Destination, Tabelle 3, <https://bit.ly/3Skbywo>. – S. 13 o.: ebd., Tabelle 1. UNSD, Methodology, <https://bit.ly/3Sj5KTC>. – S. 13 u.: wie S. 12, Tabelle 2.

14-15 GEWALT: FLUCHT VOR DEM KRIEG von Katrin Radtke und Sören Schneider

S. 14: UNHCR, Refugee Data Finder, More than 100 million people are forcibly displaced, Stand: 9. Juni 2022, <https://bit.ly/3gnvjFP>. Deutschland: <https://bit.ly/3F82LdV>, <https://bit.ly/3W8Pubd>. – S. 15: UNHCR, Refugee Data Finder, <https://bit.ly/3MRdpay>. Heidelberg Institute for International Conflict Research, 30. Konfliktbarometer, 2022, <https://bit.ly/3z1fKdg>. UNHCR, Ukraine situation Flash Update #34, 4. November 2022, <https://bit.ly/3t1mZyz>.

16-17 UKRAINE: SCHUTZ FÜR MILLIONEN von Johanna Bussemer

S. 16: UNHCR, Internally Displaced Persons, <https://bit.ly/3TFON7e>. Wikipedia, Ukraine, <https://bit.ly/3F8Im8G>. Frontverlauf ebd., <https://bit.ly/3SqOETV>. – S. 17: UNHCR, Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation, 18. Oktober 2022, <https://bit.ly/3z8i42t>.

18-19 KLIMA: DIE UMWELT ALS GEFAHR von Amali Tower

S. 18: Internal Displacing Monitoring Centre, Grid 2021, S. 12, <https://bit.ly/3TO3bth>. – S. 19 o.: ebd., S. 43 f. S. – S. 19 u.: ebd., S. 7.

20-21 REGIONALPOLITIK: UNTERSCHÄTZTE MOBILITÄT von Alina Schürmann

S. 20: EU Emergency Trust Fund For Africa, Regions

and countries, <https://bit.ly/3D235YL>. Encyclopedia Britannica, The Migration Morass in the Mediterranean, zitiert nach Atlas der Migration 2019, S. 28, <https://bit.ly/3sk5joP>. – S. 21: SWAC, OECD, Maps – Atlas of the Sahara-Sahel, 2014, <https://bit.ly/3542JBK>. Wikipedia, Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, <https://bit.ly/3smGBgd>.

22-23 FRONTX: IM VORFELD DER GRENZE von Christian Jakob

S. 22, S. 23 u.: Euronews, Jorge Liboreiro: Allegations, lawsuits and damning reports: How Frontex became the most contentious EU agency, 26. August 2021, <https://bit.ly/3DphcJc>. 2022: Frontex, FAQ, <https://bit.ly/3NcsPXr>. – S. 23 o.: Frontex, Other Partners and Projects, <https://bit.ly/3sEX5kh>.

24-25 HILFE: WO KRIMINALISIERUNG DROHT von Frances Webber

S. 25: Missing Migrants Project, Data, Oktober 2022, <https://bit.ly/3Docf3c>.

26-27 KARTEN: IM DIENSTE DER MÄCHTIGEN von Antonie Schmiz, Stephan Liebscher und Barbara Orth

S. 26: thetruesize.com, <https://bit.ly/3slRzRj>. – S. 27: Frontex, Risk Analysis for 2021, S. 20 f., <https://bit.ly/3z5UrHE>. László Sebők, Nationality Map of East Central and Southeast Europe, SOI, ICES 1998, <https://bit.ly/3VQsDRo>.

28-29 VISA: KÄUFLICHE FREIHEIT von Maria Oshana

S. 28: Kristin Surak, Are golden visas a golden opportunity for economic development? LSE blogs, 26. Mai 2021, <https://bit.ly/3z9mZA5>. Dies., Who wants to buy a visa? Comparing the uptake of residence by investment programmes in the European Union. LSE blogs, 26. Mai 2021, <https://bit.ly/3VV4toY>. Malta golden passports: ‚Loopholes‘ found in citizenship scheme, BBC online, 22. April 2021, <https://bbc.in/3DqIqzh>. European Commission, Investor citizenship scheme: Commission refers Malta to the Court of Justice, 29. September 2022, <https://bit.ly/3Tvhxj4>. Schengenvisa.info, Cyprus: Four Charged Over Golden Passport, Scheme, Including Former President of Parliament, 9. August 2022, <https://bit.ly/3grO2Qx>. goldenvisas.com, Austria Citizenship by Investment, <https://bit.ly/3F7ISnb>. law-experts.at, Citizenship by Investment in Austria, <https://bit.ly/3MZu9FP>. Cecilia Rodriguez, forbes.com: Want to Live Abroad? Best Golden Passports And Visas Programs: Malta And Portugal Top 2022 List, 9. März 2022,

<https://bit.ly/3VVtQXs>. – S. 29: The Henley Passport Index 2022, <https://bit.ly/3grOHBv>. Wikipedia, Visa requirements for European Union Citizens, <https://bit.ly/3TrCY4t>. ETIAS, Welche Länder benötigen kein Visum, um nach Europa zu reisen?, <https://bit.ly/3z8OERA>.

30-31 PAPIERLOSIGKEIT: DAS BLEIBEN ERLAUBEN von Laetitia van der Veen

S. 31: Julien Fakhoury et al., Self-rated health among undocumented and newly regularized migrants in Geneva, BMC Public Health, 23. Juni 2021, <https://bit.ly/3foGofC>. Claudine Burton-Jeangros et al., The well-being of newly regularized migrant workers, Comparative Migration Studies, 17. August 2021, <https://bit.ly/3sLYWdo>, Table 1, <https://bit.ly/3sotBXq>. OSCE, Regularization of Migrants in an Irregular Situation in the OSCE Region, 2. August 2021, <https://bit.ly/3TDGUiu>.

32-33 ABSCHIEBUNG: LANGER WEG ZURÜCK von Thomas Hohlfeld

S. 32: Eurostat dataset [migr_asydcfsta], First instance decisions, <https://bit.ly/3Do4SZC>. Dataset [migr_asydcfina], Final instance decisions, <https://bit.ly/3gzHIXc>. – S. 33: Eurostat, zitiert nach Atlas of Migration 2021, European Commission, JRC Publications Repository, S.12, 78, 122, 244, 351, 433, <https://bit.ly/3Srohdx>.

34-35 RECHTSEXTREMISMUS: IDENTITÄT UND EMOTION von Bernard Schmid

S. 34: Wikipedia, Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie, <https://bit.ly/3FgvoH8>, Europa der Freiheit und der Demokratie, <https://bit.ly/3Sr42j9>, Europa der Nationen und der Freiheit, <https://bit.ly/3TutB42>, Fraktion Identität und Demokratie, <https://bit.ly/3TvqqJs>. – S. 35: Wikipedia, Kategorie:Parlamentswahl 2022, <https://bit.ly/3TuuzLI>.

36-37 ARBEIT: DIE GROSSE MOBILISIERUNG von Yuliya Kosyakova und Laura Goßner

S. 36: Destatis, Erwerbersonenvorausberechnung 2020, Modell W2EQ2, S. 7, Tabellen S. 15–66, <https://bit.ly/3D3a5VD>. – S. 37: Vienna Institute of Demography, European Demographic Datasheet 2022, <https://bit.ly/3D2iEQb>.

38-39 PARTIZIPATION: DABEI SEIN IST VIEL von Karolina Novinšćak Kölker

S. 38: Mediendienst Integration, Politische Teilhabe. Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 20. Deutschen Bundestag. Oktober 2021, <https://bit.ly/3W6gd9>. – S. 39 o.: Migrant Integration Policy Index 2020, <https://bit.ly/3MVqOyx>. –

S. 39 u.: Helge Baumann, Wolfram Brehmer, Die Zusammensetzung von Betriebsräten: Ergebnisse aus der WSI-Betriebsrätebefragung 2015, WSI-Mitteilungen 3/2016, S. 209, <https://bit.ly/3eUK6rl>.

40-41 RÜCKÜBERWEISUNGEN: GELD AUS DER FERNE von Dany Bahar

S. 40: knomad.org, Migration and Development Brief 36, Mai 2022, S. 2, <https://bit.ly/3MVs44J>. – S. 41: ebd., S. 9. World Bank Data, Personal remittances, received (% of GDP), <https://bit.ly/3SIlos9>.

42-43 FRAUEN: ARBEIT MIT HINDERNISSEN von Michaela Kreyenfeld, Maximilian Sprengholz und Bentley Schieckoff

S. 42: Silas Amo-Agyei, The migrant pay gap: Understanding wage differences between migrants and nationals. ILO 2020, S. 70 ff., <https://bit.ly/3eYslHq>. – S. 43: Eurostat dataset [lfsa_ergacob], Employment rates by sex, age and country of birth, <https://bit.ly/3F93oFI>.

44-45 SORGEARBEIT: DIE PFLEGEWANDERUNG von Petra Ezzeddine und Zuzana Uhde

S. 44: Eva Pasch, Pflegenotstand wird durch Ausbeutung kompensiert. Katapult 15, 25. Oktober 2019, <https://bit.ly/3N4Usl6>. – S. 45 o.: Miloslav Bahna, The economic rationales behind crossborder care among care workers from Slovakia, in: FES Budapest, Towards a scarcity of care?, November 2020, S. 100, <https://bit.ly/3SspynC>. Eurostat dataset [lfst_r_lfu3rt], Unemployment rates by sex, age, educational attainment level and NUTS 2 regions, 2017, <https://bit.ly/3CXC88U>. – S. 45 u.: Eurostat dataset [demo_pjanind], Population structure indicators at national level, <https://bit.ly/3f1fsML>.

46-47 LANDWIRTSCHAFT: JOBS MIT AUSREISEPFLICHT von Dorothea Biaback Anong

S. 46: Bundesagentur für Arbeit, Kurzinfo März 2022, Saisonale Beschäftigung in der Landwirtschaft, <https://bit.ly/3VXB3X5>. DGB, arbeitsmarkttaktuell Mai 2022, <https://bit.ly/3snMfPk>. – S. 47 o.: Eurostat dataset [migr_ressw2], Authorisations issued for the purpose of seasonal work, <https://bit.ly/3sFiGcl>. – S. 47 u.: Eurostat, People on the move, 2020 edition, <https://bit.ly/3StkT4M>.

48-49 STÄDTE: MUTIGE LOKALPOLITIK von Liza Pflaum und Alice Fritze

S. 48: Eurostat, Structure of each migration status by degree of urbanisation, 2021, <https://bit.ly/3sjmocs>. – S. 49: Eurostat dataset [urb_percep], Perception survey results, <https://bit.ly/3sn4Hrb>.

**50-51 SELBSTORGANISATION:
IM EIGENEN NAMEN**

von Federico Tomasone und Florian Horn

S. 50: European Commission, European Website on Integration, Mapping key migrant-led organisations across the EU, 26. Mai 2021, <https://bit.ly/3VXLPNk>. – S. 51: Adam Isacson, Weekly U.S.-Mexico Border Update, 9. September 2022, [wola.org, https://bit.ly/3MVCtNP](https://bit.ly/3MVCtNP). Newsweek, 1. November 2018, <https://bit.ly/2JUg1Xw>. dailykos.org, <https://bit.ly/2QFBZyi>.

**52-53 BOSNIEN UND HERZEGOWINA:
VERLORENE ZUKUNFT** von Daniela Majstorović

S. 52: [fragilestatesindex.org](https://bit.ly/3TLf5or), Human Flight and Brain Drain, <https://bit.ly/3TLf5or>. Theglobaleconomy.com, Human flight and brain drain – Country rankings, <https://bit.ly/3TLf5or>. – S. 53: World Bank data, wenn nicht anders genannt. Bevölkerung: <https://bit.ly/3gzXrWv>. Rücküberweisungen: <https://bit.ly/3z6W5sC>, <https://bit.ly/3F9oXV4>. Monats-einkommen, [ceicdata.com: https://bit.ly/3gzGZpa](https://bit.ly/3gzGZpa). Arbeitslosigkeit: <https://bit.ly/3StoVtW>, <https://bit.ly/3SuwkJJ>, <https://bit.ly/3TGkbn4>.

54-55 POLEN: LAND DER DOPPELMORAL
von Bartosz T. Wielński

S. 54 v. l. o. n. r. u.: Eurostat, First residence permits

issued, by reason, <https://bit.ly/3VWWmbx>. Statista, Number of attempts to illegally cross the Polish-Belarusian border in Poland, <https://bit.ly/3Dpk88Q>. UNHCR Global Trends 2021, table 1, <https://bit.ly/3TKH4VI>. Statista, Net international migration, emigration and immigration figures in Poland, <https://bit.ly/3SofUIT>. UNHCR, Operational Data Portal, Ukraine Refugee Situation, September 2022, <https://bit.ly/3z8i4zt>.

56-57 GRIECHENLAND: LEIDEN IM LAGER
von Phoebe Daliani

S. 56: UNHCR, Refugee Data Finder, <https://bit.ly/3spEOHr>. – S. 57: UNHCR, Operational Data Portal, Refugee Situations, <https://bit.ly/3Dr68eQ>.

58-59 DEUTSCHLAND: UNGLEICHES LEBEN
von Eberhard Seidel

S. 58: Destatis, Migration und Integration, Senkung der Zahl der ‚Working Poor‘, <https://bit.ly/3D2AuCD>. – S. 59: Klaus Bade u. a., Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR, 2004, zitiert nach Atlas der Migration 2019, S. 28, <https://bit.ly/3sk5joP>, Text: <https://bit.ly/3DmsONc>. Wikipedia, Anwerbeabkommen, <https://bit.ly/3z6EFfO>. Destatis, Ausländer in Deutschland nach Herkunftsland, Tabelle 12521-0002, <https://bit.ly/3z725S4>.



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine weltweit aktive Institution der politischen Bildungsarbeit. Sie ist mit ihren bundesweiten, europäischen und internationalen Standorten einer der größten linken Bildungsträger weltweit. Neben den Arbeits- und Menschenrechten stehen Themen wie soziale Rechte, sozialökologische Transformation, linker Feminismus, Transformationen von Gesellschaften und Staatlichkeit, Friedenspolitik, antirevisionistische Geschichtspolitik sowie Internationalismus auf ihrer Agenda. Seit 1990 wirkt die Stiftung im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg und vertritt dabei die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratischen Sozialismus, der konsequent international ausgerichtet ist. Die Stiftung sieht sich einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus.

Grundlegend für die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind eine materialistische Zeitdiagnose, die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Krisen und die Suche nach Lösungswegen. Ob es um die globale Krise der Demokratie, den Klimawandel oder die Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft geht: Progressive Kräfte stehen vor der Herausforderung, auf diese Krisen aufmerksam zu machen und gleichzeitig Gegenstrategien zu entwickeln, die soziale und politische Menschenrechte durchsetzen, liberale Errungenschaften verteidigen und autoritären Methoden Einhalt gebieten.

In diesem Sinne unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung kollektive Prozesse, die sich für die emanzipatorische Aneignung universaler Menschenrechte einsetzen, sowie Kämpfe für die sozialen und politischen Rechte von Arbeiter:innen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Kleinbäuer:innen, Landlosen, indigenen Gruppen, Frauen, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Migrant:innen und anderen Gruppen, die in unterschiedlicher Form von Ausbeutung, Diskriminierung oder Rassismus betroffen sind.

Unser Zukunftsbild ist das einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder einzelnen Person ungeachtet von Geschlecht, Herkunft, Staatsangehörigkeit und Religion die Grundlage der freien Entwicklung aller ist. Zentrales Anliegen dabei ist die kritische Analyse von Herrschaftsverhältnissen sowie der Einsatz für einen sozialökologischen Umbau und die politische Partizipation aller Menschen. Als der Partei DIE LINKE nahestehende, aber unabhängige politische Stiftung unterstützen wir mit unserer Bildungsarbeit die Kämpfe von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Nichtregierungsorganisationen hierzulande und in vielen Regionen der Welt. Dabei lassen wir uns von der Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus leiten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
www.rosalux.de

ONLINE WEITERLESEN, -HÖREN UND -SEHEN

Antifascist Europe – Monitoring europäischer Netzwerke der extremen Rechten

Die englischsprachige Rechercheplattform Antifascist Europe ist ein antifaschistisches Forschungsprojekt und Netzwerk aus aktivistischen Initiativen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen aus ganz Europa. Es werden aktuelle Entwicklungen und transnationale Netzwerke rechtsextremer und rechts-populistischer Parteien sowie neonazistischer und faschistischer Gruppen beobachtet und analysiert.

www.antifascist-europe.org



Moving Cities – eine andere Migrationspolitik ist möglich

Über 700 europäische Städte und Gemeinden setzen sich aktiv für eine solidarische Migrationspolitik ein. Finden Sie heraus, wie diese Städte versuchen, die regressive Politik der Nationalstaaten und der EU zu verändern und wie sie – mit Hilfe der Zivilgesellschaft – an der Verbesserung ihrer lokalen Migrationspolitik arbeiten.

www.moving-cities.eu/de



Die Andersdenkende – Rosa Luxemburg

Sozialistin, Ökonomin, selbstbestimmte Frau, poetische Briefeschreiberin und passionierte Naturliebhaberin. Rosa Luxemburg war vieles – und noch viel mehr wurde nach ihrer Ermordung auf sie projiziert. Welche Entscheidungen ließen sie sozialistische Revolutionärin werden? So „unsystematisch“, wie sie sich gezwungen sah zu leben, entstanden ihre politischen Positionen. In der Materialsammlung werden Briefe, Schriften, Videos und Audios von und zu Rosa Luxemburg veröffentlicht.

www.rosaluxemburg.org/de

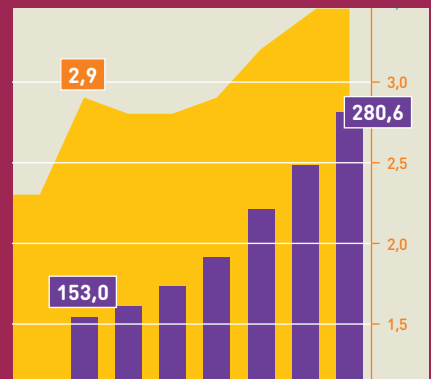
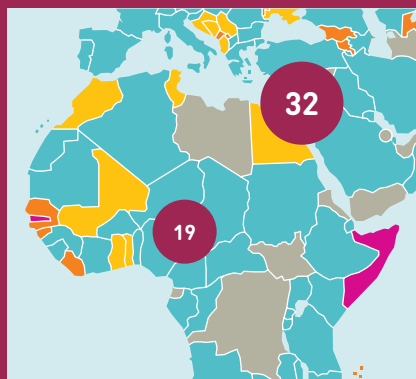
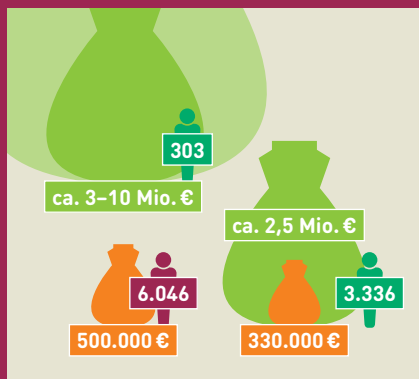


L!NX – die digitale Lernplattform der Rosa-Luxemburg-Stiftung

L!NX ist die neue digitale Bildungsplattform mit interaktiven, multimedialen und kurzen Formaten für Selbstlerner:innen und Multiplikator:innen auf der Suche nach grundlegenden Inhalten – mit kritischem Blick und aus einer linken Perspektive. Die Inhalte reichen dabei von Globalisierung und Handel, Geschichte und Kultur, Wirtschaft und Arbeit, über Migration, Antirassismus und Antifaschismus bis hin zu Organizing, Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität.

<https://linx.rosalux.de>





Dass Nachbarstaaten bei Kriegen die Grenzen für Flüchtlinge öffnen, ist eine gute und sinnvolle Regel.

aus: UKRAINE – SCHUTZ FÜR MILLIONEN, Seite 17

Nach Frankreich ziehen Pflegekräfte aus den Ex-Kolonien des Maghreb, nach Spanien aus Lateinamerika, nach Griechenland aus Georgien.

aus: SORGEARBEIT – DIE PFLEGEWANDERUNG, Seite 44

Allein 14 Länder in Europa bieten Pässe oder Dauervisa gegen sechsstellige Investitionen an.

aus: VISA – KÄUFLICHE FREIHEIT, Seite 29

Die Zukunft bietet große Beschäftigungspotenziale für Migrantinnen in Ländern, die von Alterung und Fachkräftemangel gekennzeichnet sind.

aus: FRAUEN – ARBEIT MIT HINDERNISSEN, Seite 43